

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

• System der Erwerbstätigenstatistiken • Einfluss des Euro auf die Preisentwicklung • Einzelhandel • Großhandel • Deutsch-polnischer Außenhandel • Lohnverteilung in Haushaltsdatensätzen und in amtlich erhobenen Firmendaten • Welche Konsequenzen hat die „New Economy“ für die amtliche Statistik?

3/2002

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Verlag: Metzler-Poeschel, Stuttgart

Verlagsauslieferung: SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: 0 70 71/93 53 50
Telefax: 0 70 71/93 53 35
Internet: www.s-f-g.com
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Druck: Kern & Birner, Frankfurt am Main

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im April 2002

Einzelpreis: EUR 10,85 [D]

Jahresbezugspreis: EUR 111,- [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-02103 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11/75 24 05
- Telefax: 06 11/75 33 30
- E-Mail: info@destatis.de

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2002

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt		Seite
Kurznachrichten		155
Textteil		
<i>Stephan Lüken</i>	Das derzeitige System der Erwerbstätigenstatistiken	165
<i>Wolfgang Buchwald, Jürgen Chlumsky, Nadin Engelhardt</i>	Zum Einfluss des Euro auf die Preisentwicklung in Deutschland	182
<i>Josef E. Lambertz</i>	Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 2001	189
<i>Wolfgang Eimermann</i>	Entwicklung im Großhandel im Jahr 2001	195
<i>Andreas Kuhn</i>	Der deutsch-polnische Außenhandel im Kontext der EU-Osterweiterung	201
<i>Peter Jacobebbinghaus, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung</i>	Die Lohnverteilung in Haushaltsdatensätzen und in amtlich erhobenen Firmendaten	209
<i>Günther Elbel</i>	Preise im Februar 2002	222
<i>Dr. Hans-Joachim Haß, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.</i>	Welche Konsequenzen hat die „New Economy“ für die amtliche Statistik?	227
Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge		231
Tabellenteil		
Inhalt		1*
Statistische Monatszahlen		2*

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	155
	Texts	
<i>Stephan Lüken</i>	The current system of employment statistics	165
<i>Wolfgang Buchwald, Jürgen Chlumsky, Nadin Engelhardt</i>	The impact of the Euro on the price trend in Germany	182
<i>Josef E. Lambertz</i>	Trends in retail trade, 2001	189
<i>Wolfgang Eimermann</i>	Trends in wholesale trade, 2001	195
<i>Andreas Kuhn</i>	German-Polish foreign trade in the context of the enlargement of the EU to the East	201
<i>Peter Jacobebbinghaus</i>	Distribution of wages in household data records and in officially collected enterprise data	209
<i>Günther Elbel</i>	Prices in February 2002	222
<i>Dr. Hans-Joachim Haß</i>	What are the consequences of the “New Economy” for official statistics?	227
	List of the contributions published in the current year	231
	Tables	
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the “former territory of the Federal Republic” relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the “new Länder and Berlin-East” relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus. Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Neue Homepage des Statistischen Bundesamtes

Seit Oktober 2001 präsentiert sich das Statistische Bundesamt mit seinem neuen Corporate Design. Den Leserinnen und Lesern dieser Zeitschrift, der meisten anderen gedruckten Veröffentlichungen sowie den Beziehern von Pressemitteilungen ist die neue Wort-Bild-Marke „Destatis – wissen. nutzen.“ ebenso wie die Kurzbezeichnung Destatis für das Statistische Bundesamt inzwischen bereits vertraut.

Jetzt ist auch die viele tausend Seiten umfassende Website www.destatis.de dem neuen Corporate Design angepasst worden. Gestartet wurde mit den deutschsprachigen Seiten, die englischsprachigen werden in Kürze folgen. Aber nicht nur das Design ist neu, auch die gesamte Nutzerführung wurde überarbeitet. Ziel war es, die Besucher mit wenigen Mausklicks zum gewünschten Ergebnis zu führen – bei der Fülle des angebotenen Informationsmaterials eine sehr ambitionierte Aufgabe.

Eine weitere wesentliche Neuerung ist der thematische Zugang zu den Informationen der Website, der bereits auf der Startseite als Navigationsrahmen erscheint und über das gesamte Programm hinweg erhalten bleibt. Zu jedem Thema gibt es eine Übersicht, die das vorhandene Zahlenmaterial, die Grafiken sowie die erläuternden Texte komplett erschließt. Wenn Sie in erster Linie an kurzfristigen Wirtschaftsindikatoren interessiert sind, können Sie den eigens

hierfür vorgesehenen Schnellzugang „Wirtschaft aktuell“ wählen. Wollen Sie mehr in die Tiefe gehen und die Datenbanken, also zum Beispiel den Zeitreihenservice, nutzen, bietet sich ebenfalls schnell der entsprechende Zugang.



Wichtige tagesaktuelle Statistikergebnisse sowie Hinweise auf Veranstaltungen und Neuerscheinungen sind direkt auf der Startseite zu finden.

Internetangebot des Eurostat Data Shop Berlin sehr gefragt

Sieben Monate nach dem Start weist der eigene Online-Informationsservice des Eurostat Data Shops Berlin, der vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) betreut wird, bereits positive Ergebnisse vor.

Die Zahl der Zugriffe auf das Internetangebot zeigt das große Interesse der Öffentlichkeit an Daten zur Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten sowie zu den Beitritts- und EU-Partnerländern: Von August bis Dezember 2001 wurden insgesamt rund 179 000, das heißt durchschnittlich 36 000 Zugriffe pro Monat verzeichnet, in den ersten beiden Monaten dieses Jahres wurden bereits 103 500 Zugriffe registriert.

Das Internetangebot bietet:

- eine Vielzahl kostenfreier Produktinformationen und Daten zum Herunterladen mit direkten Links zu aktuellen Pressemitteilungen und Strukturindikatoren Eurostats,
- umfassende Informationen zu den Datenbanken und Veröffentlichungen Eurostats mit Online-Bestellmöglichkeit beim Eurostat Data Shop Berlin,
- den Service „Konjunktur aktuell“ (Prime-UP¹² oder Echtzeit-Service als Jahresabonnement ausgewählter Konjunkturindikatoren, Online-Datenbank der „Euroindicators“).

Am häufigsten wird auf die Gratis-Informationen zugegriffen. Hier finden die Nutzer u. a. Schlüsselzahlen (100 Basisindikatoren aus dem „Eurostat-Jahrbuch 2001“, die Broschüre „EU Energy and transport in figures 2001“) sowie die Veröffentlichung „Statistik kurz gefasst“ mit aktuellen Ergebnissen wichtiger Erhebungen und Studien.

Nach Auswertung der Kundenanfragen beim Eurostat Data Shop Berlin sind gut 6% der bisher insgesamt 2 950 Kunden nicht deutschsprachig. Im Hinblick auf die steigende Zahl der nicht deutschsprachigen Nutzer wird der Eurostat Data Shop Berlin sein Internetangebot demnächst auch in Englisch anbieten.

www.eu-datashop.de bietet den optimalen Einstieg in die europäische Datenwelt!

Aus Europa

17. CEIES-Seminar

Das 17. CEIES-Seminar mit dem Thema „The New Economy – Key Measurement Issues“ fand am 4. und 5. März 2002 in Rom statt. Zweck der CEIES-Seminare ist es, die Produzenten und Nutzer von Wirtschaftsstatistiken zusammenzubringen. In diesem Jahr lag der Schwerpunkt der Diskussionen

auf der so genannten New Economy und den damit verbundenen Anforderungen vor allem an die amtliche Statistik.

Hier standen folgende Themenstellungen im Vordergrund:

- die definitorische Abgrenzung des Bereichs der Informations- und Kommunikationstechnologien als prägendem Merkmal der New Economy; dabei stellte sich heraus, dass es bislang keine einheitliche und allgemein anerkannte Definition dafür gibt.
- statistische Daten über den Wirtschaftsbereich der Informations- und Kommunikationstechnologien in Analogie zu den anderen (Wirtschafts-)Bereichsstatistiken; dadurch erst lässt sich auch die Bedeutung dieses Bereichs für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermitteln. Kontrovers diskutiert wurden besonders zwei Aspekte: die Berechnung der (totalen) Faktorproduktivität sowie die hedonische Preismessung.
- Informationen über die Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien in der übrigen Wirtschaft, im Öffentlichen Bereich und in der Gesellschaft; derartige Informationen sind vor allem wichtig für die Abschätzung der künftigen Entwicklung.
- die Konsequenzen der Neuen Ökonomie für die amtliche Statistik; deutlich wurde hier, dass in einigen Ländern – wie auch in Deutschland – detaillierte Nachweisungen für die oben genannten Bereiche in der amtlichen Statistik (noch) nicht vorhanden sind (siehe hierzu auch den Beitrag „Welche Konsequenzen hat die „New Economy“ für die amtliche Statistik?“ auf S. 227 ff. dieses Heftes). Zum anderen zeigten die Erfahrungen der nationalen statistischen Ämter, die bereits über einen recht aussagefähigen Datenkranz zur Neuen Ökonomie verfügen, dass entsprechende Prioritäten auf politischer Ebene sowie eine entsprechende Mindestausstattung dafür erforderlich sind.

Twinning-Projekt mit dem Statistischen Zentralamt Polens

Im Rahmen der Heranführungsstrategie der Europäischen Union (EU) müssen die Beitrittsländer moderne, effiziente Verwaltungen einrichten, die in der Lage sind, den rechtlichen Besitzstand der EU (acquis communautaire) in demselben Umfang wie die Mitgliedsländer umzusetzen. Für die Statistiken der Beitrittsländer bedeutet das, die statistischen Rechtsvorschriften der EU zu implementieren und hierfür die organisatorischen sowie die infrastrukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Unterstützung beim Verwaltungsaufbau erfolgt im Rahmen verschiedener Maßnahmen, unter anderem in einem Partnerschaftsprozess, dem so genannten Twinning. Der Name steht für die projektbezogene Zusammenarbeit zwischen einem Beitrittsland und einem Mitgliedsland der EU, weitere Mitgliedsländer können sich an einzelnen Projektmaßnahmen beteiligen. Zu jedem Twinning-Projekt gehört ein Langzeitberater aus einer Verwaltung des Mitgliedslandes, der vor Ort die Partnerinstitution des Beitrittslandes sowohl bei der Angleichung

der Rechtsordnung als auch bei der Umsetzung dieser Regelungen unterstützt. Langzeitberater werden für einen Zeitraum von mindestens einem Jahr für die Projektarbeit zur Partnerbehörde abgeordnet. Für die organisatorische und finanzielle Durchführung wird ein Projektleiter aus dem das Twinning-Projekt durchführenden Mitgliedsland eingesetzt.

Um das Ziel des Twinning-Projektes zu erreichen, ist es darüber hinaus notwendig, verschiedene Mittel, u. a. kurzfristigen Wissenstransfer, Schulungen, Dienstleistungen (z. B. Übersetzen und Dolmetschen) und spezifische Hilfen (beispielsweise maßgeschneiderte Computersoftware) zu kombinieren. Zur Durchführung der damit verbundenen Einzelmaßnahmen, die die Grundlage des Twinnings bilden, sind Kurzzeitexperten aus den Mitgliedsstaaten verantwortlich.

Die EU hatte Anfang 2001 ein Twinning-Projekt zur Harmonisierung der amtlichen Statistik Polens mit den Anforderungen der EU ausgeschrieben. Um dieses Projekt hat sich das Statistische Bundesamt (Destatis) – unterstützt von den statistischen Ämtern Finnlands und Dänemarks – beworben. Am 13. November 2001 wurde Destatis von der EU-Delegation in Warschau offiziell als Twinning-Partner des Statistischen Zentralamtes Polens bestätigt.

Das Projekt hat ein Volumen von 7,68 Mill. Euro. Davon werden 1,5 Mill. Euro von der EU finanziert, die Gegenstand der Partnerschaftvereinbarung zwischen Destatis und dem polnischen Statistischen Zentralamt sind. Bei der Partnerschaftvereinbarung handelt es sich um einen von allen Beteiligten vereinbarten Arbeitsplan, in dem für jede Projektstufe die Verantwortlichkeit zur Durchführung der einzelnen Maßnahmen festgelegt wird.

Das Projekt hat eine Laufzeit von 30 Monaten ab Vertragsgenehmigung durch die Europäische Kommission. Die Beratungen durch die Kurzzeitexperten sind in einem Zeitraum von 15 Monaten durchzuführen. Anfang März 2002 legte Destatis den Vertrag der EU zur Prüfung vor, sodass mit der Genehmigung noch im ersten Quartal 2002 zu rechnen ist. Der Abschluss des Projektes ist für das zweite Vierteljahr 2004 vorgesehen.

Insgesamt sind 67 Maßnahmen (Beratungseinsätze, Studienaufenthalte u. Ä.) und zehn Seminare geplant, die arbeitsteilig von Deutschland, Finnland, Dänemark und Frankreich durchgeführt werden.

Schwerpunkte sind die Bereiche statistische Informationssysteme/-technologien, Landwirtschaftsstatistik, Preisstatistik, Konjunkturstatistiken, Statistiken der Einnahmen und Ausgaben des Staates, Produktionsstatistik, Arbeitskräfteerhebung, Unternehmensregister und Intrahandelsstatistik.

Bei der Durchführung der Maßnahmen wird Destatis von den Statistischen Ämtern der Länder Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Sachsen unterstützt.

Als Langzeitexperte hat sich Herr Eichler, Vizepräsident des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen, zur Verfügung gestellt; Projektleiter ist Herr Schulze, Referats-

leiter in der Gruppe Statistik-Kooperation des Statistischen Bundesamtes.

Studienaufenthalt polnischer Außenhandelsstatistiker

Vom 18. bis 22. Februar 2002 besuchten zwei polnische Außenhandelsstatistiker im Rahmen eines Studienaufenthaltes die Gruppe Außenhandel des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden. Der Besuch war eine bilaterale Maßnahme zur Vorbereitung des im vorherigen Beitrag vorgestellten Twinning-Projektes zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Statistischen Zentralamt Polens (CSO). Das Twinning-Projekt soll die polnische Statistik in die Lage versetzen, die beim Eintritt in die Europäische Union (EU) durch Gemeinschaftsrecht angeordneten Statistiken durchführen zu können.

Die polnische Statistik steht dabei unter anderem vor der Herausforderung, gleichzeitig mit der Aufnahme in die Europäische Union ein funktionierendes Erhebungssystem zur Erfassung des Handels mit Gemeinschaftswaren (Intrastat) einführen zu müssen. Derzeit erfolgt die Erfassung des polnischen Außenhandels noch durch die polnische Zollverwaltung, sodass die – vergleichsweise kleine – Arbeitseinheit „Außenhandel“ des CSO bisher hauptsächlich für Datenauswertungen und Veröffentlichungen zum Außenhandel zuständig war (siehe auch den Beitrag „Der deutsch-polnische Außenhandel im Kontext der EU-Osterweiterung“ in diesem Heft auf S. 201 ff).

Die polnischen Statistiker haben inzwischen mit den Vorbereitungen zur Einführung des neuen außenhandelsstatistischen Erhebungssystems begonnen, zum Beispiel mit ersten Untersuchungen über den Aufbau eines Intrastat-Registers, um das Problem der Meldeausfälle auch künftig so gering wie möglich zu halten. Daher war das Interesse für das deutsche Intrahandelsregister sehr groß, ebenso wie für die darauf aufbauenden, leider immer noch erforderlichen Mahnaktionen. Ferner informierten sich die polnischen Gäste über die Schwierigkeiten, die Deutschland 1993 bei der Einführung des Intrastat-Systems zu bewältigen hatte, und über die dazu gefundenen Lösungen. Des Weiteren stand ein Überblick über die Datenerhebung, -aufbereitung und -prüfung der deutschen Außenhandelsstatistik auf der Tagesordnung.

Aus dem Inland

Kongress „Effizienter Staat“

Der 5. Deutsche Verwaltungskongress „Effizienter Staat“ am 13. und 14. Mai 2002 im Schöneberger Rathaus, Berlin, unter dem Leitthema „Partizipation in einer Online-Gesellschaft“ wird sich mit den neuen Möglichkeiten, Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen von Staat und Verwaltung teilhaben zu lassen, die das Internet bietet, beschäftigen. Elektronische Wahlen, Informationsfreiheitsgesetz wie auch die Sicherung öffentlicher Netze gegen E-Kriminalität

und die praktischen Probleme bei E-Government-Projekten werden vorgestellt und erörtert. Hochrangige Vertreter aus Bundesbehörden, Ländern und Kommunen sowie über 100 Referenten in den Fachforen stehen – wie bei den vorangegangenen Kongressen – für einen intensiven Meinungs- und Informationsaustausch.

An einer Podiumsdiskussion „E-Vote und Online-Wahlen – Ziele von Politik und Gesellschaft“ am zweiten Tag der Veranstaltung werden der Präsident des Statistischen Bundesamtes und Bundeswahlleiter, Johann Hahlen, der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und frühere Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, Dr. Joachim Jacob, der Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, Dr. Dirk Henze, sowie Dr. Dieter Klumpp, Geschäftsführer der Alcatel-SEL-Stiftung für Kommunikationsforschung, teilnehmen.

Programm und weitere Informationen sind auch im Internet unter www.effizienter-staat.de zu finden.

In diesem Zusammenhang ist auch auf zwei weitere aktuelle Informationsangebote zum Thema Moderner Staat und Informationsgesellschaft hinzuweisen: die Bilanz 2002 des Programms der Bundesregierung „Moderner Staat – Moderne Verwaltung“ sowie den Fortschrittsbericht der Bundesregierung zum Aktionsprogramm „Informationsgesellschaft Deutschland“, beides zu finden unter www.bundesregierung.de.

Informationen des Bundeswahlleiters

Internetangebot des Bundeswahlleiters für Deutsche im Ausland

Ab sofort sind unter www.destatis.de/wahlen im Bereich „Service für Auslandsdeutsche“ ausführliche Informationen zum Wahlrecht für Deutsche im Ausland bei der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 abrufbar.

Das Serviceangebot umfasst insbesondere das Antragsformular für die Eintragung in ein Wählerverzeichnis in Deutschland zur Bundestagswahl 2002, das im PDF-Format heruntergeladen und am PC ausgefüllt werden kann. Da der Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis eigenhändig zu unterzeichnen ist, muss der Antragsteller das am PC ausgefüllte Formular vollständig ausdrucken, unterschreiben und auf dem Postweg seiner letzten Heimatgemeinde in Deutschland übermitteln; eine Übermittlung als E-Mail ist nicht zulässig.

Deutsche im Ausland können unter folgenden Voraussetzungen an der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 teilnehmen:

1. Deutsche, die in einem Mitgliedstaat des Europarates leben, können an der bevorstehenden Bundestagswahl teilnehmen, wenn sie

- Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind,
- am Wahltag (22. September 2002) das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben,
- nach dem 23. Mai 1949 mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland gewohnt haben und
- nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Außer der Bundesrepublik Deutschland sind derzeit Mitgliedstaaten des Europarates: Albanien, Andorra, Armenien, Aserbaidschan, Belgien, Bulgarien, Dänemark, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Republik Moldau, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russische Föderation, San Marino, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Zypern.

2. Deutsche, die außerhalb eines Mitgliedstaates des Europarates leben, können an der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag teilnehmen, wenn am Wahltag nicht mehr als fünfundzwanzig Jahre seit ihrem Fortzug aus der Bundesrepublik Deutschland verstrichen sind und sie die übrigen oben unter 1. erwähnten vier Voraussetzungen erfüllen.
3. Deutsche, die im Ausland leben und die unter 1. oder 2. genannten Voraussetzungen erfüllen, müssen sich rechtzeitig in das Wählerverzeichnis ihrer letzten Heimatgemeinde in Deutschland eintragen lassen. Diese Eintragung muss schriftlich mit einem besonderen Formular beantragt werden; zugleich muss der bzw. die Deutsche schriftlich an Eides statt versichern, dass er bzw. sie wahlberechtigt ist. Die Antragsformulare für die Eintragung in ein Wählerverzeichnis zur Bundestagswahl sind erhältlich:

- ab sofort (erstmal) im Internetangebot des Bundeswahlleiters als Download (pdf-Datei) unter www.destatis.de/wahlen bei „Service für Auslandsdeutsche“

oder als Papiervordrucke

- ab sofort beim Bundeswahlleiter unter der Anschrift

Datenerfassung für den Bundeswahlleiter,
Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Bonn,
Postfach 17 03 77,
53029 Bonn,
Telefon: 49(0)18 88/6 44 85 18,
Telefax: 49(0)18 88/6 44 89 77,
E-Mail: bundeswahlleiter-bonn@destatis.de

oder

- ab sofort bei den Kreiswahlleitern in Deutschland

oder

- ab März/April bei allen Botschaften und Konsulaten der Bundesrepublik Deutschland im Ausland.

Antragsformulare können dort zugleich für Familienangehörige, Freunde oder Kollegen angefordert werden. Firmen und Verbände können sich für ihre Mitarbeiter/-innen im Ausland die Antragsformulare in der erforderlichen Stückzahl zusenden lassen.

4. Der bzw. die im Ausland lebende Wahlberechtigte muss mit dem Antragsformular jeweils für sich gesondert die Eintragung in das Wählerverzeichnis beantragen und den Antrag mit seiner bzw. ihrer eidesstattlichen Versicherung, wahlberechtigt zu sein, an die Gemeinde, in der er bzw. sie vor dem Fortzug aus der Bundesrepublik Deutschland zuletzt gemeldet war, senden.

Die Anträge müssen auf dem Formular spätestens am 21. Tag vor dem Wahltag, das heißt spätestens am 1. September 2002, bei der zuständigen Stelle in Deutschland eingehen. Die ausgefüllten Antragsvordrucke sollten deshalb möglichst frühzeitig zurückgeschickt werden.

5. Der bzw. die wahlberechtigte Deutsche im Ausland erhält nach seiner bzw. ihrer Eintragung in das Wählerverzeichnis ohne weitere Anforderung – etwa einen Monat vor dem Wahltag – die für seine bzw. ihre Briefwahl erforderlichen Wahlunterlagen (Wahlschein, Stimmzettel, Wahlumschlag, Wahlbriefumschlag und Merkblatt zur Briefwahl) übersandt.

Der Wähler bzw. die Wählerin muss dann in dem verschlossenen amtlichen Wahlbriefumschlag

- seinen bzw. ihren Wahlschein nebst eidesstattlicher Versicherung sowie
- in dem verschlossenen amtlichen Wahlumschlag seinen bzw. ihren Stimmzettel der Stelle, die auf dem Wahlbriefumschlag steht, so rechtzeitig übersenden, dass der Wahlbrief dort spätestens am Wahltag, dem 22. September 2002, bis 18.00 Uhr eingeht.

6. Deutsche im Ausland, die an der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 in Deutschland teilnehmen wollen, sollten wegen der Besonderheit des Verfahrens und der unter Umständen langen Postwege rechtzeitig handeln. Die deutschen Auslandsvertretungen weisen durch Anzeigen in der ausländischen Presse auf die Wahlmöglichkeit für Deutsche im Ausland hin. Daneben wäre es wünschenswert, wenn Familienangehörige oder Freunde, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, und Firmen, die Mitarbeiter/-innen ins Ausland entsandt haben, ihre im Ausland lebenden Angehörigen, Freunde und Mitarbeiter/-innen auf die Möglichkeit und Formalien zur Teilnahme an der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag aufmerksam machen.

Weitere Auskünfte erteilt
Heinz Christoph Herbertz, Telefon (06 11) 75 23 45,
E-Mail: bundeswahlleiter@destatis.de.

Neuerscheinungen

Input-Output-Tabellen 1995 und 1997 neu im Statistik-Shop

Die Input-Output-Tabellen des Statistischen Bundesamtes wurden für das Jahr 1997 auf der Grundlage zusätzlicher statistischer Quellen neu berechnet und für das Jahr 1995 aktualisiert. Alle Tabellen sind auf die aktuellen – im Februar dieses Jahres veröffentlichten – Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abgestimmt, die Wertangaben auf die Euro-Währung umgestellt. Die Input-Output-Tabellen werden in zwei verschiedenen Gliederungstiefen – nach 59 Gütergruppen und nach 71 Produktionsbereichen – angeboten. Der Übergang zwischen den Ergebnissen der Inlandsproduktsberechnung und der Input-Output-Rechnung wird in den Aufkommens- und Verwendungstabellen mit Produktionswerten und Vorleistungen gegliedert nach 59 Gütergruppen und 59 Wirtschaftsbereichen gezeigt. Zusätzlich sind die Verwendung von Energie nach Energieträgern und Produktionsbereichen sowie die Zahl der Erwerbstätigen und der Arbeitnehmer nach Produktionsbereichen dargestellt. Die Ergebnisse der Input-Output-Rechnung werden um Auswertungstabellen mit Input-Koeffizienten und inversen (Leontief-)Koeffizienten ergänzt.

Input-Output-Tabellen geben einen detaillierten Einblick in die Güterströme und Produktionsverflechtungen in der Volkswirtschaft und mit der übrigen Welt. Sie dienen u. a. als Grundlage für Strukturuntersuchungen der Wirtschaft sowie für Analysen der direkten und indirekten Auswirkungen von Nachfrage-, Preis- und Lohnänderungen auf die Gesamtwirtschaft und die einzelnen Bereiche. Darüber hinaus sind sie eine vielseitig verwendbare Basis für Vorausschätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung. Berechnet nach den Konzepten des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) ermöglichen Input-Output-Tabellen auch internationale Vergleiche der Produktionsstrukturen und -ergebnisse in den Volkswirtschaften der Europäischen Union. Den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes dienen Input-Output-Tabellen als Grundlage, um Wechselbeziehungen zwischen wirtschaftlichen Tätigkeiten und natürlicher Umwelt aufzuzeigen.

Das Statistische Bundesamt bietet die Ergebnisse der Input-Output-Rechnung 1995 und 1997 als kostenpflichtige, elektronische Veröffentlichung online über den Statistik-Shop an: www-ec.destatis.de. Zusätzlich wird in den nächsten Monaten für das Berichtsjahr 1997 eine Print-Veröffentlichung erscheinen (Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 2 „Input-Output-Rechnung 1997“).

Weitere Auskünfte erteilt
Liane Ritter, Telefon (06 11) 75 22 70,
E-Mail: input-output@destatis.de.

Umweltdaten Deutschland 2002

Die Broschüre „Umweltdaten Deutschland 2002“ ist eine Gemeinschaftsveröffentlichung des Umweltbundesamtes und des Statistischen Bundesamtes. Sie bietet Fachleuten und Umweltinteressierten ein Nachschlagewerk in kompakter Form, das für umweltpolitische Diskussionen Fakten und Argumente bereithält.

Aufgenommen wurden Umweltthemen, die die Umweltsituation in Deutschland maßgeblich charakterisieren. Darüber hinaus werden auch globale Umweltprobleme betrachtet, an deren nachhaltiger Lösung Deutschland mitarbeitet. Zur Darstellung herangezogen wurden Indikatoren des Umweltbarometers des Umweltbundesamtes, des Entwurfs der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sowie des 6. Umweltaktionsprogramms der Europäischen Union (2001 bis 2010).

Die ausgewählten Umweltthemen wurden nach der internationalen Berichtsstruktur geordnet: Umweltrelevante Aktivitäten, Umweltbelastungen, Umweltqualität/-zustand, Wirkungen auf die Umwelt und Umweltmaßnahmen.

Die Broschüre ist im April 2002 erschienen und kann beim Umweltbundesamt, Bismarckplatz 1, 14193 Berlin, sowie beim Statistischen Bundesamt, Gruppe IVB, 65180 Wiesbaden, kostenfrei bezogen werden.

Die Messung des Fortschritts auf dem Wege zu einem nachhaltigeren Europa

Unter diesem Titel ist eine neue Veröffentlichung des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften erschienen, die die aktuellsten auf europäischer Ebene zurzeit verfügbaren Informationen im Hinblick auf das im Vertrag von Amsterdam der Europäischen Union niedergelegte Ziel einer nachhaltigen Entwicklung enthält.

Der Bericht umfasst 63 Indikatoren aus den Bereichen Soziales (z. B. Einkommensverteilung, Arbeitslosigkeit, Migrationsrate, Gesundheit, Bildung), Wirtschaft (Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Investitionen, Energieverbrauch, Verkehr usw.) und Umwelt (Luftverschmutzung, Wälder, Wasserverbrauch, Abfallaufkommen und -entsorgung, Einsatz von Stickstoffdünger und Pestiziden usw.) sowie aus dem institutionellen Bereich (u. a. Internetzugang, Kommunikation, Forschung und Entwicklung). Die Auswahl und Definition der Indikatoren lehnt sich dabei eng an diejenige der Vereinten Nationen an. Der Bericht kann als Referenzwerk angesehen werden, das weitreichende statistische Informationen zu Fragen der nachhaltigen Entwicklung liefert.

Zu beziehen ist die Veröffentlichung „Measuring progress towards a more sustainable Europe“, Katalognummer KS-37-01-203-EN-C, zum Preis von 35 Euro bei den Eurostat Data Shops, in Deutschland beim Eurostat Data Shop Berlin, Otto-Braun-Straße 70–72, 10178 Berlin, E-Mail: datashop@destatis.de.

Weitere Auskünfte, insbesondere zu Fragen der Methodik, erteilt Mario Ronconi, Eurostat/F3, L-2920 Luxembourg, Telefon (352) 43 01 3 55 32, E-Mail: mario.ronconi@cec.eu.int.

Kompakt

Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2001 rückläufig

Das Bruttoinlandsprodukt, der Wert der in Deutschland erwirtschafteten Leistung, ging im vierten Quartal 2001 im Vergleich zum vierten Quartal 2000 real um 0,1% zurück. Zuletzt hatte die deutsche Wirtschaft im Vorjahresvergleich im ersten Quartal 1996 einen Rückgang zu verzeichnen (–0,1%).

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 (Ursprungswerte)
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

2000				2001			
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj
+4,1	+3,9	+2,6	+1,5	+1,4	+0,6	+0,4	–0,1

Im vierten Quartal 2001 stand ein Arbeitstag weniger als im entsprechenden Quartal des Vorjahres zur Verfügung. Ohne diesen Kalendereffekt hätte sich ein Nullwachstum gegenüber dem Vorjahresquartal ergeben.

Nach rechnerischer Ausschaltung von saison- und kalenderbedingten Schwankungen (Census X-12-ARIMA) lag das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 2001 um 0,3% niedriger als im Vorquartal. Bereits im dritten Quartal 2001 war das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorquartal rückläufig (–0,2%).

Bruttoinlandsprodukt real (saison- und kalenderbereinigte Werte)
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

2000				2001			
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj
+1,0	+1,2	+0,1	+0,2	+0,4	+0,0	–0,2	–0,3

Die Wirtschaftsleistung wurde im vierten Quartal 2001 von 39,0 Mill. Erwerbstätigen erbracht, das waren 78 000 Personen oder 0,2% weniger als ein Jahr zuvor. Die Erwerbslosigkeit (internationale Abgrenzung) stieg im vierten Quartal 2001 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 115 000 Personen oder 3,9% auf 3,1 Mill. Personen. Der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen insgesamt erhöhte sich damit von 7,1% im vierten Quartal 2000 auf 7,3% im Berichtsquartal.

Die Arbeitsproduktivität, gemessen als Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen nahm im Durchschnitt des vierten Quartals 2001 um 0,1% zu. Je Arbeitsstunde gerechnet ergibt sich ein höherer Anstieg (+0,7%), was vor allem auf die zunehmende Inanspruchnahme von Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen ist.

Die Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen zeigt, dass die Abnahme des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2001 gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres um 0,1% vor allem auf die rückläufige Bruttowertschöpfung der Bereiche Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (-3,3%) und Baugewerbe (-4,7%) zurückzuführen war. Dagegen stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung insbesondere des Bereichs Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (+3,1%), aber auch beim Handel, Gastgewerbe und Verkehr (+1,8%), den öffentlichen und privaten Dienstleistern (+0,5%) und der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (+0,5%).

Die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995 zeigt, dass sich das negative Wirtschaftswachstum im vierten Quartal 2001 vor allem aus Rückgängen der Investitionen in Ausrüstungen (-10,6%) und Bauten (-4,5%) sowie einem sehr starken Vorratsabbau ergab. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben (+1,2 bzw. +1,8%) sowie die Investitionen in sonstige Anlagen (+4,0%, vor allem EDV-Software und Urheberrechte) hatten dagegen im Berichtsquartal real zugenommen; sie konnten allerdings die Rückgänge bei den Ausrüstungen, Bauten und Vorräten nicht ausgleichen. Die inländische Verwendung insgesamt war im vierten Quartal 2001 real um 2,1% niedriger als im entsprechenden Vorjahresquartal. Auch die Exporte waren im Berichtsquartal schwächer (-0,8%) als im vierten Quartal 2000. Da die Importe noch deutlicher zurückgingen (-6,6%), hatte der preisbereinigte Exportüberschuss (Außenbeitrag) im vierten Quartal 2001 mit einem Wachstumsbeitrag von +1,9 Prozentpunkten die negative Entwicklung der inländischen Verwendung nahezu ausgeglichen.

In jeweiligen Preisen waren im vierten Quartal 2001 das Bruttoinlandsprodukt um 1,9% und das Bruttonationaleinkommen um 2,2% größer als vor einem Jahr. Das Volkseinkommen lag mit 398,0 Mrd. Euro um 2,0% über dem Wert des vierten Quartals 2000. Das Arbeitnehmerentgelt nahm im Berichtsquartal um 1,4% und die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 4,3% zu. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte war 3,0% höher als im vierten Quartal 2000, die Sparquote der privaten Haushalte betrug 8,9%.

Das Jahresergebnis für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2001 bleibt gegenüber dem am 17. Januar 2002 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Ergebnis (+0,6%, kalenderbereinigt +0,8%) unverändert. Die Neuberechnung der Defizitquote (Finanzierungsdefizit des Staates in Prozent des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen) – vor allem auf der Grundlage aktualisierter und zusätzlicher Daten über Steuereinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden – ergab jetzt 2,7% an Stelle von 2,6%.

Diese und weitere Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können im Internet abgerufen werden. Außerdem werden in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 3 „Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung“, Bestellnummer 2180300-01324 (Bezugsquellen siehe Impressum) tiefer gegliederte Ergebnisse veröffentlicht. Diese Veröffentlichun-

gen sind auch online im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes erhältlich.

Weitere Auskünfte erteilt das VGR-Infoteam,
Telefon (06 11) 75 26 26,
E-Mail: vgr-bip-auskunft@destatis.de.

Rückgang der Baugenehmigungen

Im Jahr 2001 wurde in Deutschland der Bau von 291 100 Wohnungen genehmigt. Das waren 16,5% oder 57 400 Baugenehmigungen weniger als im Vorjahr.

Von Januar bis Dezember 2001 wurden in Wohngebäuden 256 700 Neubauwohnungen und 28 800 Wohnungen durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (z. B. Ausbau von Dachgeschossen) genehmigt. Der Rückgang war bei Neubauwohnungen in Zwei- und Mehrfamilienhäusern mit 17,2 bzw. 19,0% besonders stark. Weniger Baugenehmigungen gab es auch für Wohnungen in Einfamilienhäusern (-13,3%).

Die Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude sind im Jahr 2001 um 5 600 zurückgegangen. Der umbaute Raum der genehmigten neuen Nichtwohngebäude nahm gegenüber dem Vorjahr von 222,4 Mill. m³ auf 226,2 Mill. m³ leicht zu (+1,7%). Besonders bei den genehmigten Büro- und Verwaltungsgebäuden nahm der umbaute Raum stark zu (+8,8%).

Weitere Auskünfte erteilt
Kerstin Kortmann, Telefon (06 11) 75 47 40,
E-Mail: kerstin.kortmann@destatis.de.

Ausländische Touristen besuchen vor allem deutsche Großstädte

Hotels, Pensionen und andere Beherbergungsbetriebe mit neun oder mehr Betten in Deutschland konnten im Jahr 2001 insgesamt 16,9 Mill. ausländische Gäste begrüßen. Bevorzugte Reiseziele der ausländischen Touristen waren die deutschen Großstädte. Mit 18,9 Mill. entfiel rund die Hälfte aller Übernachtungen (37,9 Mill.) dieser Gästegruppe auf Städte mit 100 000 oder mehr Einwohnern.

Damit unterscheidet sich das Reiseverhalten der ausländischen Gäste deutlich von dem der deutschen Touristen, die es stärker in die ländlichen Regionen und damit in kleinere Gemeinden zieht. Knapp die Hälfte aller Übernachtungen der inländischen Gäste fand im Jahr 2001 in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern statt. Auf die Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern entfiel bei den inländischen Gästen dagegen nur ein Anteil von gut 18% aller Übernachtungen.

Weitere Ergebnisse der Tourismusstatistik für das Jahr 2001 werden voraussichtlich in einem Beitrag in der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift vorgestellt.

Nähere Informationen sind erhältlich bei
Ulrich Spörel, Telefon (06 11) 75 22 79,
E-Mail: tourismus@destatis.de.

Gut 180 Mrd. Euro für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2000

In Deutschland wurden im Jahr 2000 180,5 Mrd. Euro für Bildung, Forschung und Wissenschaft ausgegeben. Dies waren – wie im Vorjahr – 8,9% des Bruttoinlandsprodukts. Gegenüber 1999 sind die Ausgaben um 2,0% gestiegen.

Der größte Teil des Budgets entfiel mit 114,3 Mrd. Euro (1999: 113,3 Mrd. Euro) auf die Ausgaben für Schulen, Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen. Schüler/-innen, Studierende und Auszubildende wurden mit 11,6 Mrd. Euro (1999: 11,3 Mrd. Euro) gefördert. 50,3 Mrd. Euro (1999: 48,2 Mrd. Euro) wurden für Forschung und Entwicklung aufgewendet.

Für eine detaillierte Betrachtung der Finanzierung dieser Ausgaben sind derzeit nur die Angaben für das Jahr 1999 verfügbar.

1999 wurden 40,0% des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft von den Ländern, 12,8% vom Bund und 10,7% von den Gemeinden finanziert. 36,5% der Mittel wurden von privaten Haushalten, Unternehmen und Organisationen ohne Erwerbszweck sowie vom Ausland aufgebracht.

Während die Bildungsausgaben 1999 zu 74,4% (92,7 Mrd. Euro) aus den öffentlichen Haushalten finanziert wurden, wurden die Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu 65,6% (31,6 Mrd. Euro) von den Privaten getragen.

Detaillierte Daten können unter www.destatis.de/basis/d/biwiku/ausgueb.htm abgerufen werden.

Weitere Auskünfte erteilt
Harald Eichstädt, Telefon (06 11) 75 41 80,
E-Mail: harald.eichstaedt@destatis.de.

Schüler- und Schulabgängerzahlen allgemein bildender Schulen

Im laufenden Schuljahr 2001/2002 besuchen rund 9,9 Mill. Schülerinnen und Schüler in Deutschland allgemein bildende Schulen, 90 500 (–0,9%) weniger als im Vorjahr. Dabei ist eine deutliche Abnahme von 6,2% (–127 200) in den neuen Ländern und Berlin und ein leichter Zuwachs von 0,5% (+36 700) im früheren Bundesgebiet festzustellen. Insgesamt setzt sich damit der im Vorjahr begonnene Rückgang der Schülerzahlen in Deutschland fort. Für die kommenden Jahre ist mit weiter zurückgehenden Schülerzahlen für Deutschland insgesamt zu rechnen.

In den Grundschulen werden im laufenden Jahr 139 800 Schüler/-innen weniger unterrichtet als im Vorjahr (–4,2%). Rückgänge sind dabei in Ost und West zu verzeichnen. Allerdings fallen sie mit 65 900 bzw. 13,6% in den neuen Ländern und Berlin stärker aus als im früheren Bundesgebiet (73 900 bzw. 2,6%). Diese demographisch bedingte Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren mit dem Aufrücken der Schüler/-innen in höhere Klassenstufen auch auf die weiterführenden Schulen auswirken.

Bei den übrigen Schularten dürften die Veränderungen weitgehend strukturbedingt sein: Die höchsten Zuwachsraten weisen nach den Schulen des zweiten Bildungswegs (+2 000; +4,2%) die Schularten mit mehreren Bildungsgängen (+11 800; +2,7%) auf. Grund hierfür ist vor allem der weitere Ausbau der so genannten „Kombinierten Klassen an Sekundarschulen“ (anstelle von Haupt- und Realschulen) in Sachsen-Anhalt. Dagegen lagen die Steigerungsraten bei Hauptschulen mit 0,8% (+8 900), bei Realschulen mit 1,1% (+14 500) sowie bei Sonderschulen mit 0,9% (+4 000) annähernd gleich hoch. Der leicht höhere Zuwachs der Schülerzahlen bei Gymnasien von 1,2% (+28 100) beruht zum Teil auf der Einführung des 13. Schuljahres in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Ohne diesen Sondereffekt würde die Zunahme nur 0,6% (+12 500) betragen.

49,2% der Schüler an allgemein bildenden Schulen sind Mädchen oder junge Frauen. Im Einzelnen ist der Mädchen-/Frauenanteil bei den Schularten jedoch unterschiedlich. Die Spanne reicht von 36,4% in Sonderschulen über 43,7% in Hauptschulen bis zu 54,5% in Gymnasien.

Im Jahr 2000 haben rund 938 000 Jugendliche die allgemein bildenden Schulen verlassen. Das waren 20% mehr als 1992, dem ersten Jahr mit gesamtdeutschen Ergebnissen. Die Zahl der Absolventen ohne Abschluss stieg in diesem Zeitraum mit 36% deutlich stärker. Im Jahr 2000 hatten insgesamt 87 000 Jugendliche keinen Schulabschluss. Damit erhöhte sich ihr Anteil an allen Schulentlassenen allgemein bildender Schulen auf gut 9% (1992: 8%).

Schulabgänger ohne Abschluss an allgemein bildenden Schulen haben grundsätzlich die Möglichkeit, in beruflichen Schulen noch einen allgemein bildenden Abschluss zu erwerben. Etwa ein Drittel nutzte seit 1992 diese Möglichkeit.

Weitere Auskünfte erteilt
Marianne Renz, Telefon (06 11) 75 41 41,
E-Mail: schulstatistik@destatis.de.

Ergebnisse der Jugendhilfestatistik 2000

Öffentlich geförderte Jugendarbeit rückläufig

Im Jahr 2000 wurden insgesamt 116 650 Maßnahmen der Jugendarbeit von öffentlichen Stellen, das heißt von Bund, Ländern und Gemeinden, finanziell gefördert. Im Vergleich zur letzten Erhebung 1996 ist dies ein Rückgang um rund 11%. Erfasst sind hier Maßnahmen der Kinder- und Jugendberufshilfe, außerschulischen Jugendbildung, internationalen Jugendarbeit sowie die Mitarbeiterfortbildung freier Träger. Mehr als die Hälfte (59 900 oder 51%) aller Maßnahmen erfolgte im Jahr 2000 im Bereich der Kinder- und Jugendberufshilfe, das sind 12% weniger als 1996.

Auch die Zahl der jungen Menschen, die an Veranstaltungen der öffentlich geförderten Jugendarbeit teilgenommen

haben, ging zurück. Sie verminderte sich gegenüber 1996 um knapp 125 000 oder rund 3% auf 4,5 Mill.

Nachfrage nach Erziehungsberatung stieg weiter an

Insgesamt 274 600 junge Menschen unter 27 Jahren haben im Jahr 2000 eine Erziehungsberatung beendet, das waren knapp 3% mehr als 1999 (267 000). In zwei Dritteln aller Fälle (183 700) dauerte die Beratung weniger als 6 Monate.

Diese Hilfen werden von Erziehungsberatungsstellen und anderen Beratungsdiensten angeboten, um Jugendliche bei der Bewältigung von Schwierigkeiten und Konflikten zu unterstützen, die sie nicht allein oder in ihren Familien lösen können.

In mehr als 81% (223 000) aller Fälle nahmen die Eltern bzw. ein Elternteil Kontakt zu den Beratungsstellen auf. Fast 8% der Jugendlichen suchten aus eigener Initiative den Weg in die professionelle pädagogische Beratung oder Therapie; davon waren 57% zwischen 15 und 21 Jahre alt. Gut zwei Drittel aller Selbstmelder (67%) waren Mädchen bzw. junge Frauen.

91% der jungen Menschen, die eine Erziehungsberatung beendet haben, lebten bei ihren Eltern, bei einem Elternteil mit Stiefelerteil bzw. Partner oder nur mit einem Elternteil zusammen. 42% (117 400) der Beratenen stammten aus Familien mit zwei Kindern.

Über den Anlass der Beratung konnten bis zu zwei Angaben gemacht werden. In erster Linie wurden Beziehungsprobleme (40%) als Ursache genannt, gefolgt von Schul- bzw. Ausbildungsproblemen (28%) sowie Scheidung oder Trennung der Eltern (21%).

Weitere Auskünfte erteilt

Heike Tüllmann, Telefon (0 18 88) 6 44 81 51,
E-Mail: jugendhilfe@destatis.de.

Langsame Angleichung der Frauen- an die Männerverdienste

Frauen verdienen im Jahr 2001 weiterhin deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen. So erreichten die vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe im Oktober 2001 mit 2 294 Euro 79,0% des Männerverdienstes (2 904 Euro). Günstiger fiel diese Relation in den neuen Bundesländern aus. Hier kamen die Frauen auf 87,4% des Durchschnittsverdienstes der Männer bei allerdings erheblich niedrigerem Niveau (1 846 Euro gegenüber 2 111 Euro).

In längerfristiger Betrachtung zeigt sich eine allmähliche Annäherung der Frauenverdienste an die der Männer. Im Jahr 1957 erzielten in der damaligen Bundesrepublik Deutschland Arbeiterinnen 57,3% und weibliche Angestellte 55,3% des jeweiligen Männerverdienstes. In den 44 Jahren seither hat sich diese Relation auf 73,6% bei Arbeitern und auf 70,8% bei Angestellten erhöht.

Die aktuellen Verdienstunterschiede dürften im Wesentlichen darauf zurückgehen, dass Frauen häufiger als Männer mit weniger anspruchsvollen und deswegen geringer entlohnten Arbeiten beschäftigt werden. So sind beispielsweise 12% der Arbeiterinnen als Fachkräfte und 45% als ungelernte Kräfte eingesetzt, bei Arbeitern machen dagegen die Anteile von Facharbeitern 58% und von ungelerten Kräften 11% aus. Von den weiblichen Angestellten arbeiten 38% als Bürofachkräfte und ungelernte Kräfte, von den männlichen dagegen nur 14%. In den neuen Ländern sind diese Unterschiede schwächer ausgeprägt; hieraus erklären sich zum Teil die geringeren Verdienstunterschiede.

Zu beachten ist auch der unterschiedliche Frauenanteil in den Wirtschaftszweigen. Er beträgt beispielsweise im Einzelhandel – einem Wirtschaftszweig mit relativ niedrigen Verdiensten – rund 60%, im Produzierenden Gewerbe mit seinem relativ hohen Verdienstniveau dagegen nur 18%. Im Produzierenden Gewerbe beschäftigen wiederum die Branchen mit dem niedrigsten Verdienstniveau – etwa das Leder-, Bekleidungs- und Textilgewerbe – besonders viele Frauen.

Weitere Auskünfte erteilt

Peter Kaukewitsch, Telefon (06 11) 75 26 88,
E-Mail: peter.kaukewitsch@destatis.de.

Konsumausgaben der privaten Haushalte

Der 15. März 2002 wurde zum Weltverbrauchertag erklärt. Aus diesem Anlass veröffentlichte Destatis die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berechneten Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland. Diese sind von 1991 bis 2001 insgesamt um 41,5% und das verfügbare Einkommen um 38,5% gestiegen. Im Ergebnis ist die Sparquote der privaten Haushalte von 13,0% im Jahr 1991 auf 10,2% im Jahr 2001 zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum haben sich die Preise für die Lebenshaltung um 25,7% erhöht.

Im Jahr 2001 betrug das Gesamtvolumen der Konsumausgaben der privaten Haushalte 1 178 Mrd. Euro oder 14 300 Euro je Einwohner. Seit 1991 sind vor allem die Ausgaben für das Wohnen gestiegen. Betrug ihr Anteil an den gesamten Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte 1991 noch 20,1%, so waren es im Jahr 2001 bereits 24,8%. Auch der Anteil der Ausgaben für Gesundheit, Nachrichtenübermittlung, Körperpflege sowie Versicherungs- und Finanzdienstleistungen an den Gesamtausgaben der privaten Haushalte hat sich erhöht. Dagegen sind die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren, Bekleidung und Schuhe, Einrichtungsgegenstände, Verkehr und Unterhaltungselektronik anteilmäßig gesunken. Vor allem für Nahrungsmittel wendeten die privaten Haushalte 2001 mit 10,8% ihrer Konsumausgaben weniger auf als noch 1991 (12,6%).

Weitere Auskünfte erteilt

Michael Burghardt, Telefon (06 11) 75 26 06,
E-Mail: michael.burghardt@destatis.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im *Januar 2002* nominal genau so viel (0,0%) und real 1,8% weniger als im Januar 2001 um, beide Monate hatten jeweils 26 Verkaufstage. Der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren erzielte im Januar 2002 einen Umsatzzuwachs von nominal 6,6% und real 2,4% gegenüber Januar 2001. Die Lebensmittelgeschäfte mit einem breiten Sortiment (Supermärkte, SB-Warenhäuser sowie Verbrauchermärkte) schnitten dabei besser ab (nominal + 6,9%, real + 2,7%) als der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, zu dem u. a. die Delikatessgeschäfte zählen (nominal + 1,4%, real - 2,0%).

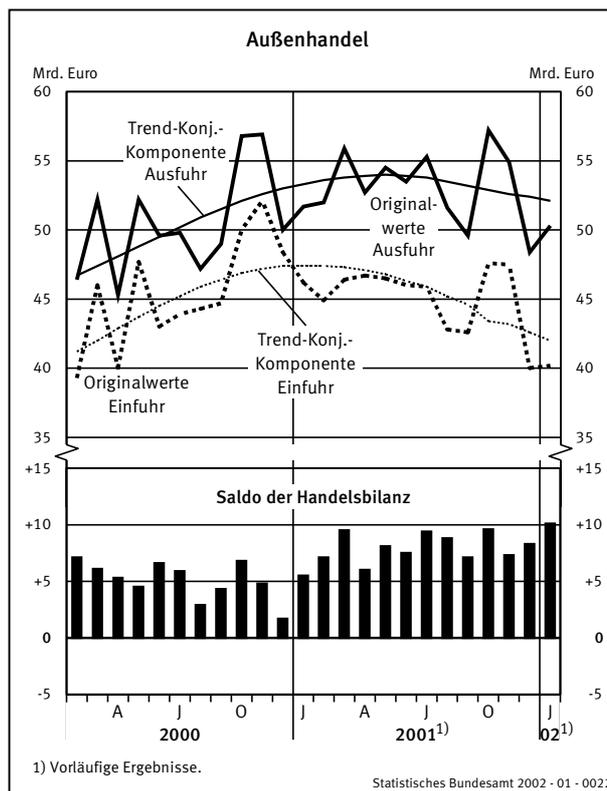
Im Einzelhandel mit Nicht-Nahrungsmitteln – dazu gehört der Einzelhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern – wurde sowohl nominal (-5,0%) als auch real (-5,1%) das Ergebnis des Vorjahresmonats nicht erreicht. Lediglich der Facheinzelhandel mit kosmetischen, pharmazeutischen und medizinischen Produkten sowie die Apotheken (nominal + 3,7%, real + 2,9%) erzielte nominal und real höhere Umsätze als im Vorjahresmonat. In den anderen Branchen lagen die Umsätze sowohl nominal als auch real unter den Ergebnissen des Vorjahresmonats, so im sonstigen Facheinzelhandel (z. B. Bücher, Zeitschriften, Schmuck, Sportartikel) mit Einbußen von nominal 2,4% und real 3,6%, im sonstigen Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu dem Waren- und Kaufhäuser gehören (nominal - 3,7%, real - 5,0%), im Facheinzelhandel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen (nominal - 5,9%, real - 7,6%) und im Facheinzelhandel mit Hausrat, Bau- und Heimwerkerbedarf (nominal - 8,5%, real - 9,3%).

Im Januar 2002 wurde im Vergleich zum Dezember 2001 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal 1,6% und real 1,4% mehr abgesetzt.

Außenhandel

Aus Deutschland wurden im *Januar 2002* Waren im Wert von 50,3 Mrd. Euro ausgeführt, während im gleichen Zeitraum Waren im Wert von 40,2 Mrd. Euro nach Deutschland eingeführt wurden. Dies stellt gegenüber dem Vorjahresmonat ausfahrseitig einen Rückgang von 2,8%, einfahrseitig einen Rückgang von 13,0% dar. Die Ausführpreise lagen im Januar 2002 um 0,4%, die Einfuhrpreise um 3,4% unter dem Vorjahresniveau. Dabei trugen die stark gesunkenen Preise von Erdöl und Mineralölerzeugnissen besonders zum Rückgang der Einfuhrpreisindizes – und damit auch zum wertmäßigen Rückgang der Einfuhren – bei, denn der Einfuhrpreisindex ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse war im Januar 2002 im Vergleich dazu im gleichen Zeitraum nur um 1,5% zurückgegangen.

Im Januar 2002 ergab sich ein Ausfuhrüberschuss in Höhe von 10,1 Mrd. Euro. Unter Berücksichtigung der Salden für Ergänzungen zum Warenverkehr (-0,3 Mrd. Euro), Dienstleistungen (-3,7 Mrd. Euro), Erwerbs- und Vermögenseinkommen (-5,5 Mrd. Euro) sowie laufende Übertragungen (+0,7 Mrd. Euro) schloss – nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank – die Leistungsbilanz im Januar 2002 mit einem Überschuss von 1,3 Mrd. Euro ab. Im Januar 2001 hatte sich ein Passivsaldo von 5,8 Mrd. Euro ergeben.



Gegenüber dem Vormonat sind die deutschen Exporte mit einem nominalen Plus von 3,9% wieder leicht gestiegen, ebenso wie die Einfuhren nach Deutschland, die im Januar 2002 um 0,4% gegenüber dem Vormonat zugenommen haben. Nach durchgeführter Zeitreihenzerlegung (Berliner Verfahren, Version 4) ergeben sich im Januar 2002 saisonbereinigt jedoch Rückgänge von 0,8% bei den Ausfuhren und von 0,3% bei den Einfuhren. Dies ist auf die geringe Zahl der Arbeitstage aufgrund der Weihnachtsfeiertage im Dezember 2001 zurückzuführen, die im Dezember zu einem höheren saisonbereinigten Monatswert geführt hat. [uu](#)

Dipl.-Volkswirt Stephan Lüken

Das derzeitige System der Erwerbstätigenstatistiken

Im August 1999 hatte der Statistische Beirat der Bundesregierung einen Bericht mit 38 Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik übergeben (siehe Beitrag in Heft 9/1999, S. 683 ff., dieser Zeitschrift). Eine dieser Empfehlungen betraf auch die Fortentwicklung der Erwerbstätigenstatistiken. Im Bericht an die Bundesregierung heißt es dazu: „Besondere Herausforderungen an die amtliche Statistik stellt der Wandel in der Arbeitswelt. Neue Beschäftigungsformen wie Telearbeit und flexible Arbeitszeitmodelle erfordern eine konzeptionelle Neugestaltung der Erwerbstätigen- und Verdienstatistiken. Die amtliche Statistik ist aufgefordert, für diese Aufgabengebiete – gemeinsam mit den Nutzern und Befragten – tragfähige Konzepte für die Zukunft auszuarbeiten.“

In engem Kontakt mit den Initiatoren der Empfehlung, der Wissenschaft, der Bundesanstalt für Arbeit (BA) und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) haben die statistischen Ämter in den vergangenen Jahren die Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Erwerbstätigenstatistiken eingehend untersucht. Die Ergebnisse sind in einen Bericht eingeflossen, der dem Statistischen Beirat zu seiner diesjährigen Tagung am 18. Juni 2002 vorgelegt wird.

Zur Einführung in die aktuelle Diskussion wird im Folgenden zunächst ein Überblick über den derzeitigen Aufbau und die wichtigsten Quellen des erwerbsstatistischen Gesamtsystems gegeben sowie die Rahmenbedingungen für Fortentwicklungen aufgezeigt. In einem der nächsten Hefte werden dann – ausgehend von neuem, zusätzlichem Informationsbedarf über Erwerbstätige und den Arbeitsmarkt – Vorschläge zur Weiterentwicklung der Erwerbstätigenstatistiken vorgestellt.

Vorbemerkung

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit und des Arbeitsmarktes ist von zentraler wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Bedeutung. Dementsprechend groß ist der Bedarf an erwerbs- und arbeitsmarktstatistischen Informationen. Benötigt werden insbesondere monatliche Eckdaten zur Lage des Arbeitsmarktes und zur Beschäftigung, aber auch tiefer gegliederte Angaben für bestimmte Problemgruppen des Arbeitsmarktes, zur Dauer und Häufigkeit der Betroffenheit von Erwerbslosigkeit und zum Einsatz und zur Wirksamkeit beschäftigungspolitischer Maßnahmen. In gesamtwirtschaftlicher Betrachtung sind darüber hinaus vor allem Daten zur Auslastung des Produktionsfaktors Arbeit, über das Arbeitsvolumen und zur Arbeitsproduktivität erforderlich, während unter sozialpolitischen Gesichtspunkten Strukturinformationen über die Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben im Vordergrund stehen. Hierzu zählen beispielsweise Daten zur Alters- und Qualifikationsstruktur der Erwerbsbevölkerung, zu Unterhalt und Einkommen und – im Zusammenhang mit der Erklärung von Veränderungen im Erwerbsverhalten – Daten, die Aufschluss über die Übergänge vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem und von der Erwerbstätigkeit bzw. Erwerbslosigkeit in den Ruhestand bzw. die „Stille Reserve“ geben. Schließlich besteht im Zuge der jüngsten technologischen Entwicklung zunehmend Bedarf an Daten, die den Wandel der Berufs- und Arbeitsplatzstruktur, der Arbeitsorganisation und der Qualität der Arbeit dokumentieren.

Entsprechend der Bedeutung von Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt und des umfangreichen Datenbedarfs gibt es eine Vielzahl unterschiedlich ausgestalteter Statistiken, in

denen erwerbsstatistische Informationen erhoben werden. Im Folgenden wird deshalb ein zusammenfassender Überblick über das Gesamtsystem der Erwerbstätigenstatistiken gegeben. Ziel ist dabei nicht eine erschöpfende Beschreibung aller erwerbsstatistischen Quellen. Der Schwerpunkt liegt vielmehr auf der Darstellung der unterschiedlichen Verwendungszwecke und der gezielten Betrachtung der für Reformvorschläge infrage kommenden erwerbsstatistischen Quellen. Einbezogen werden dabei neben den „reinen“ Erwerbstätigenstatistiken auch die Arbeitsmarktstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit (BA). Unberücksichtigt bleiben hingegen nicht-amtliche Erwerbstätigkeits- und Arbeitsmarktstatistiken, auch wenn bei der späteren Diskussion der Vorschläge zur Fortentwicklung der Erwerbstätigenstatistiken gelegentlich auf die Möglichkeit der Nutzung nicht-amtlicher Datenquellen als Alternative zur Schaffung neuer oder Ausweitung bestehender amtlicher Erwerbstätigenstatistiken hingewiesen wird.

Überblick über das erwerbsstatistische Gesamtsystem

1. Primärstatistiken

1.1 Personen- und Haushaltsbefragungen

1.1.1 Mikrozensus

Der jährlich durchgeführte Mikrozensus ist mit einem Auswahlatz von einem Prozent der Bevölkerung (etwa 820 000 Personen in 370 000 Haushalten) die größte Stichprobenerhebung in Deutschland. Die Bedeutung des Mikrozensus, der erstmals 1957 erhoben wurde, resultiert zweifellos aus seiner Anlage als Mehrzweckstichprobe. Entsprechend seinem Auftrag, statistische Angaben über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, der Familien und der Haushalte, den Arbeitsmarkt, die berufliche Gliederung und die Ausbildung sowie die Wohnverhältnisse in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung bereitzustellen¹⁾, bietet der Mikrozensus in Verbindung mit dem hohen Auswahlatz ein umfangreiches Auswertungsspektrum sowohl zur Erwerbstätigkeit als auch zum Umfeld der Arbeit. Dabei können sämtliche Auswertungen auf der Personenebene wie auch im Haushalts- und Familienzusammenhang vorgenommen werden.

Zur Erwerbstätigkeit stellt der Mikrozensus jährlich eine Vielzahl beschäftigten- und arbeitsplatzbezogener Informationen bereit. Hierzu zählen die normalerweise und tatsächlich geleistete Arbeitszeit, Vollzeit- oder Teilzeittätigkeit (einschl. der Gründe dafür), unbefristeter oder befristeter Arbeitsvertrag (einschl. der Dauer und der Gründe für die Befristung), Wirtschaftszweig des Betriebes, ausgeübter Beruf, Stellung im Beruf, Beginn der Tätigkeit, Schicht-, Sonntags- und Feiertags-, Abend- und Nachtarbeit, Arbeit zu Hause und Lage (Staat, Region) der Arbeitsstätte. Hinzu kommen wei-

tere Informationen zur Erwerbstätigkeit aus vierjährigen Zusatzprogrammen des Mikrozensus, u. a. über die Art der ausgeübten Tätigkeit, die Stellung im Betrieb, die Abteilung innerhalb des Betriebes oder der Behörde sowie zum Pendlergeschehen. Dabei liegt ein Teil der genannten Angaben auch für eine zweite Erwerbstätigkeit der Befragten vor. Die personenbezogenen Merkmale zur Erwerbstätigkeit können darüber hinaus kombiniert werden mit demographischen Merkmalen (z. B. Geschlecht, Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit). Ergänzend dazu stehen aus den Themenkomplexen Schul- und Berufsausbildung sowie berufliche Weiterbildung des Mikrozensus Daten über die Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen zur Verfügung.

Ein weiterer Vorzug des Mikrozensus ist, dass er neben den Erwerbstätigen auch alle weiteren aktiv und passiv am Erwerbsleben beteiligten Personengruppen (Erwerbslose, „Stille Reserve“, sonstige Nichterwerbspersonen) umfassend abbildet. Die Kategorisierung der Bevölkerung nach der Stellung im Erwerbsleben erfolgt im Mikrozensus ausgehend von zwei unterschiedlichen Konzepten. Das so genannte „Unterhaltskonzept“ stellt auf die finanzielle und soziale Komponente der Erwerbsbeteiligung ab, indem es nach den Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts fragt. Durch die Kombination der Angaben zum Lebensunterhalt mit demographischen und haushalts- bzw. familienbezogenen Merkmalen sowie in Verbindung mit den Angaben zur Höhe des Einkommens und zur Erwerbstätigkeit zeichnet der Mikrozensus somit ein differenziertes Bild der Unterhaltssituation der Bevölkerung. Eine Einschränkung besteht allerdings dahingehend, dass die Höhe des Einkommens aus Erwerbstätigkeit im Mikrozensus nicht explizit, sondern nur als Bestandteil der Summe aller Einkommen erfragt wird.

Beim so genannten „Erwerbskonzept“ des Mikrozensus steht hingegen der Produktionsaspekt, das heißt die Arbeitsleistung – auch geringsten Umfangs – als Beitrag zur Wertschöpfung im Vordergrund. Damit steht das „Erwerbskonzept“ des Mikrozensus im vollen Einklang mit den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und dem „Labour-Force-Konzept“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Statuswechsel zwischen Erwerbstätigkeit, Erwerbslosigkeit und den verschiedenen Formen der Nichterwerbstätigkeit (Schüler/-in, Studierende/-r, Hausfrau/-mann, Rentner/-in) können im Mikrozensus zum einen über den komparativ-statistischen Vergleich der Ergebnisse zweier Erhebungen aufgezeigt werden (Nettoveränderungen). Zum anderen erlauben die jährlichen Retrospektivfragen im Erhebungsprogramm des Mikrozensus für ausgewählte Merkmale eine Betrachtung des Statuswechsels auf individueller Ebene. Darüber hinaus wird zurzeit untersucht, inwieweit aufgrund der viermaligen Wiederholungsbefragungen im Mikrozensus auch Längsschnittuntersuchungen über die Bewegungsvorgänge am Arbeitsmarkt (Bruttoveränderungen zwischen zwei Erhebungsstichtagen) durchgeführt und valide Ergebnisse dazu bereitgestellt werden können.

1) Siehe Mikrozensusgesetz und Gesetz zur Änderung des Bundesstatistikgesetzes vom 17. Januar 1996 (BGBl. I S. 34), Artikel 1 Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz), § 1 Abs. 2.

Aufgrund des hohen Auswahlsatzes bilden die Strukturdaten des Mikrozensus den Hochrechnungsrahmen für viele (auch nicht-amtliche) Bevölkerungs- und Sozialstatistiken. Nachdem es eine Volkszählung im traditionellen Sinne, die bisher in größeren Zeitabständen den Bezugsrahmen für alle Bevölkerungsstichproben lieferte, auf absehbare Zeit nicht mehr geben wird, könnte der Mikrozensus in dieser Funktion zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen.

1.1.2 Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU)

Die zentrale europäische Erhebung im Bereich der Erwerbsstatistiken ist die Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft (EU-Arbeitskräfteerhebung). Da sich das Erhebungsprogramm der EU-Arbeitskräfteerhebung weitgehend mit den Mikrozensusfragen zur Erwerbstätigkeit deckt, wurde die europäische Erhebung in Deutschland in rationeller Weise als Unterstichprobe in den jährlichen Mikrozensus integriert. Der auf Regierungsbezirksebene disproportionale Auswahlsatz beträgt zurzeit im Bundesdurchschnitt etwa 0,45%.

Angesichts der inhaltlichen und konzeptionellen Übereinstimmung beider Statistiken gelten für die EU-Arbeitskräfteerhebung im Wesentlichen dieselben Vorzüge und Einschränkungen wie für den Mikrozensus. Ein Nachteil der EU-Arbeitskräfteerhebung im Vergleich zum Mikrozensus ist neben dem kleineren Stichprobenumfang, der die Möglichkeiten der fachlichen und regionalen Gliederung der Ergebnisse gegenüber dem Mikrozensus reduziert, dass „reine“ EU-Merkmale – anders als weite Teile des Mikrozensuserhebungsprogramms – in Deutschland nicht mit Auskunftspflicht belegt sind. Einen Informationsgewinn bieten die jährlich zu wechselnden Themenstellungen durchgeführten Ad-hoc-Module der EU-Arbeitskräfteerhebung, die es prinzipiell ermöglichen, flexibler als mit dem Mikrozensus auf kurzfristigen Datenbedarf zu reagieren.

Exkurs: Unterjährigkeit von Mikrozensus und EU-Arbeitskräfteerhebung

Die EU-Verordnung Nr. 577/98 zur Durchführung der EU-Arbeitskräfteerhebung²⁾ sieht für die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft den Übergang auf eine kontinuierliche Arbeitskräfteerhebung vor, die zukünftig Quartals- und Jahresdurchschnittsergebnisse liefern soll.³⁾ In Deutschland ist dies gleichbedeutend mit einer unterjährigen Erhebung des Mikrozensus. Dies bedeutet aber auch, dass die EU-Arbeitskräfteerhebung in Deutschland nicht mehr wie bisher mit einem disproportionalen Auswahlsatz von 0,45%, sondern mit dem vollen Mikrozensusauswahlsatz von einem Prozent bundesweit durchgeführt werden muss. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der Komplexität des Übergangs auf eine unterjährige Erhebung hat die Amtsleiterkonferenz der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eine Arbeits-

gruppe „Organisatorisch-technische Weiterentwicklung des Mikrozensus“ mit umfangreichen Voruntersuchungen zu den erforderlichen Änderungen in der Erhebungs- und Ablauforganisation sowie mit Piloterhebungen zum Test verschiedener Varianten einer unterjährigen Durchführung des Mikrozensus beauftragt.

Im März 2001 haben die Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder beschlossen, den unterjährigen Mikrozensus nach dem Auslaufen des derzeit gültigen Mikrozensusgesetzes ab Januar 2005 einzuführen.⁴⁾ Dieser Beschluss steht im Einklang mit einer gleichlautenden Empfehlung des Statistischen Beirats. Auf eine tiefergehende Darstellung des Umsetzungskonzeptes wird hier verzichtet. Es ist allerdings festzuhalten, dass die Einführung einer unterjährigen Erhebungsform für die Arbeitskräfteerhebung und den Mikrozensus nicht nur eine erhebliche Weiterentwicklung dieser beiden Statistiken und des Systems der Haushaltsstichproben in Deutschland bedeutet, sondern für sich genommen auch eine herausragende Weiterentwicklung des erwerbsstatistischen Gesamtsystems darstellt.

So werden mit dem Übergang auf einen unterjährigen Mikrozensus erstmals international vergleichbare vierteljährliche Strukturdaten für die alle Wirtschaftsbereiche umfassende Angebotsseite des Arbeitsmarktes aus einer Primärstatistik zur Verfügung stehen. Bei ausreichender Qualität der vierteljährlichen Mikrozensusergebnisse würden sich die bisher für diese Zwecke vom Statistischen Bundesamt auf Grundlage nationaler Datenquellen durchgeführten ex-post harmonisierten unterjährigen Schätzungen erübrigen. Darüber hinaus werden auch auf nationaler Ebene bestehende Datenlücken im erwerbsstatistischen System – etwa im Hinblick auf die Bereitstellung unterjähriger Daten für die Selbstständigen im Dienstleistungsbereich – geschlossen, wodurch sich gleichzeitig die Datenbasis für die vierteljährlichen Erwerbstätigenrechnungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen deutlich verbessern dürfte.

1.1.3 Europäisches Haushaltspanel

Das Europäische Haushaltspanel wurde 1994 vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) als jährliche Wiederholungsbefragung in den Mitgliedstaaten der EU mit dem Ziel initiiert, die Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktes auf die wirtschaftliche und soziale Situation der Menschen zu beobachten. Zentrale Themen der Haushaltspanelbefragung sind Erwerbstätigkeit und Einkommen. Dabei sind die Erwerbstätigen nach dem „Labour-Force-Konzept“ der Internationalen Arbeitsorganisation abgegrenzt. Zusätzlich wurde im Europäischen Haushaltspanel das „Main-Activity-Konzept“ eingeführt, bei dem Personen, die normalerweise mindestens 15 Stunden pro Woche einer Erwerbstätigkeit nachgehen, als Haupterwerbstätige gelten. Zum Einkommen werden im Europäischen Haushalts-

2) Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates vom 9. März 1998 zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft (Amtsbl. der EG Nr. L 77 vom 14. März 1998, S. 3).

3) Mitgliedstaaten, die nicht in der Lage sind, eine kontinuierliche Erhebung durchzuführen, sind jedoch befugt, lediglich eine jährliche Erhebung im Frühjahr durchzuführen.

4) Zur Erfüllung des europäischen Datenbedarfs – z. B. der Europäischen Zentralbank im Rahmen des EU-Aktionsplans – wird das Statistische Bundesamt in der Übergangszeit für die wichtigsten Arbeitsmarktindikatoren ausgehend von den jährlichen Stichtagsergebnissen der Arbeitskräfteerhebung und unter Nutzung nationaler unterjähriger Datenquellen für Deutschland (ex-post harmonisierte) vierteljährliche Schätzergebnisse ermitteln.

panel sowohl auf Haushalts- als auch auf Personenebene wesentlich umfangreichere Angaben als im Mikrozensus erhoben. Die Methode der Panelerhebung wurde gewählt, um detaillierte Analysen der Übergänge von der Ausbildung zur Erwerbstätigkeit, von Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit und von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in den Ruhestand zu ermöglichen.

An dem ursprünglich als dreijähriges Forschungsprojekt angelegten Europäischen Haushaltspanel sind europaweit etwa 60 000 Haushalte beteiligt. In Deutschland wurden in den ersten drei Wellen vom Statistischen Bundesamt zusammen mit den Statistischen Ämtern der Länder im Rahmen einer eigens dafür aufgebauten Panelstichprobe jeweils etwa 5 000 Haushalte befragt. Nach Abschluss der Projektphase beteiligte sich die amtliche Statistik nicht mehr an den Erhebungen. Ersatzweise werden für Deutschland in das Datenformat des Europäischen Haushaltspanels konvertierte Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) geliefert.

1.2 Betriebs- und Unternehmenserhebungen

Die amtliche Statistik verfügt über eine ganze Reihe von Betriebs- und Unternehmenserhebungen, in denen Angaben zur Erwerbstätigkeit erhoben werden. Diese Statistiken sind überwiegend auf bestimmte Teilbereiche der Wirtschaft beschränkt (Bereichsstatistiken). Im Folgenden wird unterschieden zwischen kurzfristigen Bereichsstatistiken mit monatlicher und vierteljährlicher Periodizität und mittel- und langfristigen Strukturserhebungen, die jährlich oder in mehrjährigen Abständen durchgeführt werden.

1.2.1 Kurzfristige Bereichsstatistiken

Vollständig abgedeckt durch monatliche oder vierteljährliche Teilerhebungen bei Betrieben (von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten) sind die produzierenden Bereiche Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Gewinnung von Steinen und Erden, Baugewerbe sowie Energie- und Wasserversorgung. Monatliche Stichprobenerhebungen finden darüber hinaus im Handel und im Gastgewerbe statt. Für die Landwirtschaft, die Öffentliche Verwaltung und insbesondere den Dienstleistungssektor stehen – sieht man von der auch teilweise Dienstleistungen einschließenden vierteljährlichen Handwerksberichterstattung (als bereichsübergreifender Stichprobe) ab – keine unterjährigen Daten zur Erwerbstätigkeit aus Primärerhebungen zur Verfügung.

Die in den kurzfristigen Bereichsstatistiken und in der Handwerksberichterstattung erhobenen Erwerbstätigen- bzw. Beschäftigtenzahlen⁵⁾ dienen primär der Darstellung der Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage in den jeweiligen Sektoren im Rahmen der Konjunkturbeobachtung. Nachgewiesen werden zu diesem Zweck ausschließlich Bestandsdaten und deren (Netto-)Veränderungen zwischen zwei

Stichtagen. Teilweise ist aufgrund von Abschneidegrenzen, aus stichprobenmethodischen Gründen oder aus qualitativen Erwägungen auch nur ein Nachweis von Indizes, nicht aber von absoluten Beschäftigtenzahlen möglich (so z. B. in der Handwerksberichterstattung).

Neben Angaben zur Erwerbstätigkeit bzw. abhängigen Beschäftigung liefern die kurzfristigen Wirtschaftsbereichsstatistiken vor allem konjunkturrelevante Daten über Umsätze, geleistete Arbeitsstunden sowie Lohn- und Gehaltssummen in wirtschaftsfachlicher Gliederung. Demographische Gliederungen fehlen dagegen gänzlich. Ein Vorzug der Bereichsstatistiken ist allerdings ihre relativ hohe Aktualität.

1.2.2 Mittel- und langfristige Strukturserhebungen

Zu den vielfältigen mittel- und langfristigen Wirtschaftsbereichsstatistiken mit Angaben zur Erwerbstätigkeit bzw. Beschäftigung zählen die jährlichen Kostenstrukturserhebungen im Produzierenden Gewerbe, die industrielle Kleinbetrieberhebung, die jährlichen Total- und Zusatzerhebungen im Baugewerbe, die Strukturserhebungen im Handel und Gastgewerbe sowie die in mehrjährlichem Turnus durchgeführten Landwirtschafts-, Handwerks- sowie Handels- und Gaststättenzählungen, wobei Letztere künftig einer gesonderten Anordnung durch eine Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Allen gemeinsam ist die Aufgabe, in größeren Zeitabständen totale Bestandsaufnahmen für die in den monatlichen und vierteljährlichen Wirtschaftsbereichsstatistiken nicht erfassten Personenkreise, Betriebsbereiche bzw. sonstigen Erhebungseinheiten durchzuführen. Da außerdem Strukturuntersuchungen ermöglicht werden sollen, lassen diese Statistiken im Vergleich zu den kurzfristigen Bereichsquellen grundsätzlich auch tiefergehende Darstellungen der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen, in der Regel Viersteller der WZ 93⁶⁾, und in regionaler Hinsicht zu. Darüber hinaus werden in einigen mehrjährigen Statistiken auch demographische Gliederungen (Geschlecht, Alter) nachgewiesen.

Zu den erwerbsstatistischen Bereichsquellen zählt auch die Personalstandstatistik, die jährlich für den Stichtag 30. Juni umfangreiche Informationen über die Beschäftigung im öffentlichen Dienst liefert. Dabei werden alle bei öffentlichen Arbeitgebern beschäftigten Beamten, Berufs- und Zeitsoldaten, Arbeiter, Angestellten und Richter nach Geschlecht, Altersgruppen, Voll- und Teilzeittätigkeit, Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen sowie mit ihrem Bruttomonatsverdienst und weiteren finanzstatistischen Merkmalen erfasst. Das insbesondere für Zwecke der Erwerbstätigenrechnung benötigte Merkmal Wirtschaftszweig – der „Staat“ ist nach der funktionsbezogenen Gliederung der WZ 93 außer in der öffentlichen Verwaltung im engeren Sinne auch in vielen anderen Wirtschaftsbereichen tätig (z. B. Erziehung und Unterricht, Landwirtschaft, Verkehr, Entsorgung) – steht aus der Personalstandstatistik nicht originär zur Verfügung. Es lässt sich aber behelfsweise

5) Genau genommen handelt es sich um Daten über Beschäftigungsfälle, da eine Person mit mehreren Erwerbstätigkeiten in verschiedenen Betrieben/Unternehmen auch mehrfach erfasst wird.

6) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993.

aus der Gliederung der Ergebnisse nach staatlichen und kommunalen Aufgabenbereichen herleiten.

Die unternehmensbezogenen Dienstleistungen waren bisher auch nicht mittel- oder langfristig durch Bereichsquellen abgedeckt. Zum 1. Januar 2001 ist das seit langem von vielen Seiten geforderte Dienstleistungsstatistikgesetz (DIStatG⁷⁾ in Kraft getreten. Die neue Dienstleistungsstatistik, zu der jährlich höchstens 15% der Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit in den Abschnitten I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung) und K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen) der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1) berichtspflichtig sind, soll die wohl gravierendste Lücke im System der amtlichen Statistik schließen helfen. Erhoben werden dabei (jeweils nach dem Stand Ende September) u. a. auch Angaben über die Zahl der tätigen Personen in der Gliederung nach Geschlecht, Voll- und Teilzeittätigkeit sowie Stellung im Beruf. Erste Ergebnisse der Dienstleistungsstatistik 2000 werden voraussichtlich im Sommer 2002 vorliegen.

2. Sekundärstatistiken

2.1 Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Beschäftigtenstatistik)

Die Beschäftigtenstatistik beruht auf den Meldungen der Arbeitgeber zur Sozialversicherung (gesetzliche Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung). In ihr werden alle sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer – das sind etwa 80% aller Erwerbstätigen⁸⁾ – erfasst. Ausgeblendet bleiben lediglich nicht sozialversicherungspflichtige Beamte, geringfügig Beschäftigte, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige. Andererseits deckt die Beschäftigtenstatistik nicht nur Teilbereiche, sondern die gesamte Wirtschaft ab. Dabei variiert der Deckungsgrad in den einzelnen Wirtschaftszweigen erheblich. Mit der Durchführung der Beschäftigtenstatistik ist die Bundesanstalt für Arbeit beauftragt [Sozialgesetzbuch (SGB) Viertes Buch (IV), § 28 a]. Die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik werden von der Bundesanstalt für Arbeit gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern ausgewertet.

Den Kern der Beschäftigtenstatistik bilden vierteljährliche Auszählungen des Gesamtbestandes der sozialversiche-

rungspflichtig Beschäftigten u. a. nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Stellung im Beruf, Wirtschaftszweig, Beruf, Voll- und Teilzeitbeschäftigung und Ausbildung. Einmal jährlich fallen zusätzlich zeitraumbezogene Angaben zur Beschäftigungsdauer und zur beitragspflichtigen Höhe des Bruttoarbeitsentgelts der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an.⁹⁾ Grundsätzlich können die Quartals- und Jahresergebnisse der Beschäftigtenstatistik in regionaler Hinsicht bis auf Gemeindeebene differenziert werden. Durch die Verknüpfung von wohn- und arbeitsortbezogenen Auswertungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist auch die Möglichkeit umfangreicher Pendleranalysen gegeben.

Die vierteljährlichen und jährlichen Auswertungen der Beschäftigtenstatistik werden ergänzt durch monatliche Stichproben, die nach einer Wartezeit von zwei bzw. drei Monaten bei etwa 10% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten durchgeführt werden. Die Ergebnisse der Monatsstichproben der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dienen als Indikatoren der Beschäftigungsentwicklung am aktuellen Rand und bilden somit eine wichtige Grundlage für die Erwerbstätigenrechnung des Statistischen Bundesamtes.¹⁰⁾

Vor allem aufgrund ihrer vielfältigen Verwendungszwecke und wegen des hohen Deckungsgrades ist die Beschäftigtenstatistik ein wichtiger Baustein im erwerbsstatistischen Gesamtsystem. Dabei ist besonders hervorzuheben, dass das integrierte Meldeverfahren Angaben zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auch für solche Wirtschaftszweige liefert, für die ansonsten keinerlei erwerbsstatistische Daten verfügbar sind. So ist die Beschäftigtenstatistik derzeit die einzige amtliche Quelle, die unterjährige beschäftigungsrelevante Informationen für den Bereich der unternehmensbezogenen und privaten Dienstleistungen bereitstellt.¹¹⁾

Ein weiterer Vorzug der Beschäftigtenstatistik ist, dass die Meldungen der Arbeitgeber sowohl personenbezogen für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als auch auf der Ebene der meldenden Betriebe ausgewertet werden können, wodurch die Beschäftigtenstatistik als Bindeglied zwischen den arbeitsangebotsorientierten Haushaltserhebungen (Mikrozensus und EU-Arbeitskräfteerhebung) und den nachfrageorientierten Wirtschaftsbereichsstatistiken fungiert. Die so genannte Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit ist insofern eine wichtige Quelle für das Unternehmensregister und bildet zudem die Auswahlgrundlage für nachgehende Erhebungen, wie etwa das Betriebspanel und die Beschäftigtenstichprobe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

7) Gesetz zur Einführung einer Dienstleistungsstatistik und zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften vom 19. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1765), Artikel 1 Gesetz über Statistiken im Dienstleistungsbereich (Dienstleistungsstatistikgesetz – DIStatG).

8) Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (hier: ohne geringfügig Beschäftigte) laut Beschäftigtenstatistik an allen Erwerbstätigen gemäß den Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung (Inlandskonzept) des Statistischen Bundesamtes.

9) An den Auswertungen des so genannten Jahreszeitraummaterials haben sich bisher nur das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter, nicht aber die Bundesanstalt für Arbeit selbst beteiligt.

10) Ab Jahresende 2001 wurden die Stichproben auf monatliche Totalauszählungen mit zweimonatiger Wartezeit umgestellt, wodurch sich die Datenbasis für die Erwerbstätigenrechnungen am aktuellen Rand verbessert haben dürfte.

11) Aus diesem Grund kommt den unterjährigen Auswertungsmöglichkeiten der Beschäftigtendatei auch im Hinblick auf die Umsetzung der EU-Konjunkturverordnung im Dienstleistungsbereich besondere Bedeutung zu.

Ein Nachteil der bisherigen Konzeption der Beschäftigtenstatistik ist allerdings, dass die Aufbereitungen des so genannten Jahreszeitraummaterials, die für Bewegungs- und Verlaufsuntersuchungen von Beschäftigungsverhältnissen herangezogen werden können und im Rahmen derer auch zeitraumbezogene Angaben zur Beschäftigungsdauer und insbesondere zum Arbeitsentgelt anfallen, erst mit einer sehr großen zeitlichen Verzögerung von etwa drei Jahren zur Verfügung stehen.¹²⁾

In jüngster Zeit hat die Beschäftigtenstatistik einige einschneidende Veränderungen erfahren. Zu nennen sind die Neuordnung des Meldeverfahrens auf Grundlage der „Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung“ (DEÜV) zum 1. Januar 1999, die die Datenübermittlung auf elektronischem Wege bzw. auf Datenträgern als Standard einführte, die Einbeziehung der geringfügig Beschäftigten in die Sozialversicherungspflicht aufgrund der am 1. April 1999 in Kraft getretenen gesetzlichen Neuregelung¹³⁾, die einen statistischen Nachweis dieser Personengruppe im Rahmen des integrierten Meldeverfahrens nach sich zog und damit einen wertvollen Beitrag zur Schließung einer der noch bestehenden Lücken in der erwerbsstatistischen Berichterstattung leistete, sowie die Umstellung der IT-gestützten Aufbereitungsverfahren der Beschäftigtenstatistik in der Bundesanstalt für Arbeit auf das so genannte „Datamart BST“ in der ersten Hälfte des Jahres 2001, die zu verfahrenstechnischen Verbesserungen des Aufbereitungsverfahrens führte.

2.2 Arbeitsmarktstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit

Die Arbeitsmarktstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit dürfen – auch wenn es sich hierbei nicht um „reine“ Erwerbstätigenstatistiken handelt – bei der Darstellung des erwerbsstatistischen Gesamtsystems nicht unberücksichtigt bleiben. Die Ergebnisse der Arbeitsmarktstatistiken werden für die Analyse von Ungleichgewichten zwischen dem Angebot an und der Nachfrage nach Arbeitskräften sowie für die Beschreibung der Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt herangezogen. Grundlage für die Erstellung der Arbeitsmarktstatistiken ist die computergestützte Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung (CoArb), in der alle vermittlungsrelevanten Informationen über arbeitsuchende und arbeitslose Personen gespeichert werden.

Für Zwecke der kurzfristigen Arbeitsmarktbeobachtung veröffentlicht die Bundesanstalt für Arbeit aus dem Verfahren der computergestützten Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung monatlich u. a. die Zahl der registrierten Arbeitslosen (nach Geschlecht, Altersgruppen, Staatsangehörigkeit und Dauer der Arbeitslosigkeit), Arbeitslosenquoten, die Zu- und Abgänge in bzw. aus Arbeitslosigkeit, die Zahl der Arbeitsvermittlungen, deren statistischer Nachweis derzeit heftig in

der Kritik steht, und die Zahl der Leistungsempfänger sowie die Zahl der gemeldeten offenen Stellen. Bei der Statistik der offenen Stellen ist allerdings zu berücksichtigen, dass den Arbeitsämtern etwa nur ein Drittel des gesamten Stellenangebots gemeldet wird, sodass sie zur Feststellung des tatsächlichen Arbeitskräftebedarfs der Wirtschaft nur begrenzt geeignet ist.

Weitere monatlich von der Bundesanstalt für Arbeit bekannt gegebene Arbeitsmarktindikatoren sind die Anzahl der Kurzarbeiter und der hieraus resultierende durchschnittliche Arbeitsausfall (als Maß für die Unterbeschäftigung), die Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) sowie die Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung (FbW) und an anderen Maßnahmen der Arbeitsförderung im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Um die Wirkungsweise dieser Maßnahmen zu messen und regional zu vergleichen, erstellt die Bundesanstalt für Arbeit seit 1998 jährlich so genannte „Eingliederungsbilanzen“, die den Übergang der Absolventen solcher Maßnahmen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nachweisen.

Abgesehen von den Eingliederungsbilanzen dominiert bei den Arbeitsmarktstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit zumindest im Rahmen der kurzfristigen Berichterstattung der Nachweis von Querschnittsergebnissen, das heißt von zeitpunktbezogenen Bestandsdaten und deren zeitlicher Veränderung. Dies gilt gleichermaßen für die Strukturanalysen der Bundesanstalt für Arbeit, in denen einmal jährlich jeweils für den Stichtag Ende September fachlich tief differenzierte Strukturdaten zum Arbeitsmarkt, untergliedert nach Arbeitsamtsbezirken, ausgewiesen werden.

Die in den Arbeitsmarktstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit dargestellten Personengruppen bzw. Sachverhalte und die den ausgewiesenen Größen zugrunde liegenden Definitionen und Abgrenzungen sind jeweils im Sozialgesetzbuch (SGB) festgelegt. Dies gilt auch für die Arbeitslosenquote der Bundesanstalt für Arbeit, die in Deutschland nach wie vor der vorrangig verwendete Indikator zur Beurteilung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist.¹⁴⁾ Wenngleich monatlich hochaktuell verfügbar, ist die Aussagekraft der Arbeitslosenquote der Bundesanstalt für Arbeit aufgrund der von Land zu Land sehr unterschiedlichen Gesetzgebungen und Verwaltungspraktiken für supra- und internationale Vergleiche erheblich eingeschränkt. Aus diesem Grund veröffentlicht die Bundesanstalt für Arbeit in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt seit dem Berichtsmonat Januar 2001 – ergänzend zu den nationalen Quoten – mit derselben Aktualität eine saisonbereinigte monatliche EU-standardisierte Erwerbslosenquote, deren Berechnungsmethode gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt erarbeitet und von Eurostat übernommen wurde (siehe auch Abschnitt 3.2).

12) Die Bundesanstalt für Arbeit plant die Einführung einer neuen Entgeltstatistik, die die bisherigen Auswertungen des Jahreszeitraummaterials ersetzen wird.

13) Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse vom 24. März 1999, BGBl. I S. 388.

14) Gemeint ist die Arbeitslosenquote „in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen“. Daneben gibt die Bundesanstalt für Arbeit weiterhin monatlich auch eine enger abgegrenzte (nationale) Arbeitslosenquote „in Prozent der abhängig beschäftigten zivilen Erwerbspersonen“ bekannt, weil die umfassendere Quote „in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen“ Restriktionen hinsichtlich der Regionalisierbarkeit und fachlichen Gliederungstiefe aufweist.

3. Erwerbs- und arbeitsmarktstatistische Schätzungen

3.1 Erwerbstätigen- und Arbeitsvolumenrechnungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die zuvor beschriebenen Erwerbsstatistiken, insbesondere Mikrozensus, Beschäftigtenstatistik, Personalstandstatistik und die Wirtschaftsbereichsstatistiken, aber auch andere Quellen, wie etwa die Geschäftsstatistiken über das Personal bei Bahn, Post und im Kreditgewerbe, bilden die Grundlage für die Erwerbstätigenrechnungen im Statistischen Bundesamt und in den Statistischen Landesämtern. Die Erwerbstätigenrechnungen wiederum sind in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) eingebunden. Da aber nach den Regeln des harmonisierten Systems Europäischer Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) das Produktionskonzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit dem „Labour-Force-Konzept“ der Internationalen Arbeitsorganisation im vollen Einklang steht (siehe Abschnitt 1.1.1), sind die Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nicht nur als Bezugswerte für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, sondern auch für Zwecke der Arbeitsmarktbeobachtung geeignet.

Für das Bundesgebiet werden im Rahmen der Erwerbstätigenrechnung des Statistischen Bundesamtes laufend monatliche, vierteljährliche und jährliche Durchschnittsergebnisse zur Erwerbstätigkeit ermittelt. Dabei stellen die Monatszahlen die vorrangigen Indikatoren für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland dar. Sie werden monatlich als Originalwert und in saisonbereinigter Form zeitgleich mit den Arbeitsmarktdaten der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlicht. Im Vergleich zu den Arbeitslosenzahlen der Bundesanstalt für Arbeit weisen die Erwerbstätigenzahlen des Statistischen Bundesamtes derzeit jedoch einen time-lag von zwei Monaten auf.

Anders als die Monatszahlen der Erwerbstätigenrechnung werden die Vierteljahres- und Jahresergebnisse für das Bundesgebiet gegliedert nach der Stellung im Beruf der Erwerbstätigen (Selbstständige einschl. mithelfender Familienangehöriger, Arbeitnehmer) und sechs bzw. 60 Wirtschaftsbereichen der WZ 93 nachgewiesen. Regionale Erwerbstätigenzahlen in Form jahresdurchschnittlicher Länder- und Kreisergebnisse stehen aus den Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“¹⁵⁾ ebenfalls in der Gliederung nach der Stellung im Beruf und Wirtschaftsbereichen zur Verfügung. Demographische Gliederungen sind bei den Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung bisher nicht vorhanden.

Ergänzend zu den Personenzahlen der Erwerbstätigenrechnung berechnet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung für Deutschland vierteljährliche und jährliche Daten

über die geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen insgesamt und der Arbeitnehmer in wirtschaftsfachlicher Gliederung. Die Ergebnisse der Arbeitsvolumenberechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sind abgestimmt auf die Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung und als fester Bestandteil in das Veröffentlichungsprogramm der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen integriert. Für die Regionalebene wurden bisher keine Arbeitsvolumenberechnungen durchgeführt.¹⁶⁾

Zuletzt wurden die Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung – und nachfolgend auch der Arbeitsvolumenberechnungen – für Deutschland innerhalb von zwei Jahren zweimal nicht unerheblich revidiert. Diese Revisionen waren begründet in der Einführung des ESVG 1995 in die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Sommer 1999, in neuen Erkenntnissen über den Umfang der geringfügigen Beschäftigung und in Umstellungsproblemen der Beschäftigtenstatistik als einer der wichtigsten Quellen der Erwerbstätigenrechnung. Inzwischen liegen revidierte und neu berechnete Zeitreihen der Erwerbstätigen- und der Arbeitsvolumenberechnungen für Deutschland ab 1991 vor. Eine Fortführung des zuvor üblichen auch getrennten Nachweises von Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder und Berlin-Ost war mit der Revision, die aufgrund des Übergangs auf die WZ 93 und der Lösung von der bisherigen Schätzbasis Volkszählung einen vollständigen Neuaufbau aller monatlichen, vierteljährlichen und jährlichen Berechnungen erforderte, nicht mehr möglich. Stattdessen bietet der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ – analog zum Vorgehen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ – länderscharfe Gliederungen mit wahlweiser Zuordnung der Erwerbstätigen Berlins entweder zu den Ländern des früheren Bundesgebietes oder den neuen Bundesländern an.

3.2 Harmonisierte Schätzungen für supra- und internationale Vergleiche

Parallel zu den Erwerbstätigenrechnungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen führt das Statistische Bundesamt speziell für supra- und internationale Vergleiche Schätzungen unterjähriger harmonisierter Erwerbstätigenzahlen und Arbeitsmarktdaten durch. Die internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse wird dabei durch die Umsetzung nationaler Datenquellen auf die von der Internationalen Arbeitsorganisation vorgegebenen Standards erreicht (Ex-post-Harmonisierung). Ausgangsbasis für die Schätzungen sind die diesen Standards entsprechenden jährlichen Stichtagsergebnisse des Mikrozensus bzw. der EU-Arbeitskräfteerhebung, die mit Hilfe von Indikatoren, die aus geeigneten nationalen Datenquellen abgeleitet werden, unterjährig fortgeschrieben werden.

Die auf diese Weise für Deutschland ermittelten Quartals- und Jahreswerte über (zivile) Erwerbstätige, Erwerbslose und Erwerbspersonen wurden bisher überwiegend von der Orga-

15) Im Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ sind das Statistische Bundesamt und alle Statistischen Landesämter vertreten. Im Oktober 2001 ging der Vorsitz dieses Arbeitskreises auf das Hessische Statistische Landesamt über.

16) Ein entsprechendes Projekt wurde zwar bereits einmal in das Arbeitsprogramm des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ aufgenommen, konnte aber aus Kapazitätsgründen bisher nicht umgesetzt werden.

nisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) genutzt.¹⁷⁾ Das Statistische Bundesamt wird die harmonisierten Schätzungen in der Übergangszeit bis zur Einführung einer unterjährigen EU-Arbeitskräfteerhebung in Deutschland ab Januar 2005 weiterentwickeln und ausweiten. Mit diesem erweiterten Angebot entspricht das Statistische Bundesamt dem zusätzlichen vierteljährlichen Datenbedarf der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Arbeitsmarkt im Rahmen des Aktionsplans zur Umsetzung der Statistikanforderungen für die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Ein spezieller Anwendungsfall harmonisierter Schätzungen ist schließlich auch die monatliche standardisierte Erwerbslosenquote (siehe Abschnitt 2.2), die seit dem Berichtsmonat Januar 2001 in Deutschland neben der Quote der registrierten Arbeitslosen veröffentlicht wird und ebenfalls zu den Indikatoren zählt, denen die Europäische Zentralbank besondere Priorität beimisst.

Überlegungen zur Weiterentwicklung des Systems der Erwerbstätigkeitsstatistiken

Innerhalb des oben beschriebenen Systems sehr unterschiedlich gestalteter Erwerbsstatistiken nimmt der Mikrozensus in Verbindung mit der EU-Arbeitskräfteerhebung eine herausragende Stellung ein. Sein besonderer Wert liegt in dem jährlichen Überblick über die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung, also dem Arbeitskräfteangebot, in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung. Mit dem Übergang auf die Unterjährigkeit wird das Datenangebot des Mikrozensus um vierteljährliche Struktur- und Konjunkturdaten zur Entwicklung des Arbeitskräfteangebots erweitert werden. Vor diesem Hintergrund ist verständlich, dass Reformvorschläge vor allem an dieser Quelle ansetzen. Dennoch sollten dringend auch andere Statistiken in die Überlegungen zur Weiterentwicklung der Erwerbsstatistiken einbezogen werden. Im Hinblick auf arbeitsmarktrelevante Fragestellungen, die an im Sozialgesetzbuch geregelte Sachverhalte anknüpfen, kommen hier vor allem die aktuell bereits diskutierten Arbeitsmarktstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit und sonstigen Datensammlungen der Arbeitsverwaltung in Betracht. Eine Alternative zum Mikrozensus in Bezug auf die Abbildung der Erwerbstätigkeit ist die Beschäftigtenstatistik, die sich durch eine vollständige Erfassung der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen und flexible Auswertungsmöglichkeiten auszeichnet und zugleich als Bindeglied zwischen den personenbezogenen Statistiken des Arbeitskräfteangebots und den nachfrageorientierten Betriebs- und Unternehmensbefragungen fungiert. Allerdings ist die Beschränkung auf die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer gleichzeitig auch das größte Manko

dieser Sekundärstatistik. Demgegenüber sind die kurzfristigen Wirtschaftsbereichsstatistiken auf die Erfassung der zentralen konjunkturrelevanten Merkmale beschränkt. Ihr Wert – ebenso wie der der auf den Einzelstatistiken aufbauenden Erwerbstätigenrechnung – liegt darin, dass über den gesamten Jahresverlauf Aussagen über die konjunkturelle Entwicklung der Erwerbstätigkeit möglich sind. Für Fortentwicklungen im Sinne einer Erhebung neuer Sachverhalte erscheinen diese Erhebungen dagegen unter den Gesichtspunkten ihrer schnellen Verfügbarkeit und einer geringstmöglichen Belastung der Befragten eher weniger geeignet. Hingegen dürften bei den erwerbsstatistischen Schätzungen die Aktualität, die Genauigkeit, die internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse und die Verfügbarkeit langer Reihen noch Ansatzpunkte für Verbesserungen bieten.

Aus der Beschreibung der Verwendungszwecke wird ersichtlich, dass die jeweiligen Statistiken die Entwicklung der Erwerbstätigkeit und des Arbeitsmarktes aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten. Sie stehen deshalb in einer Komplementärbeziehung zueinander. Vereinzelte Doppelerfassungen und Überschneidungen lassen sich dabei nicht immer ausschließen, sie sollten im Rahmen regelmäßiger Programmüberprüfungen auf ein Minimum beschränkt werden. Generell gilt vor diesem Hintergrund aber, dass tiefe Einschnitte oder gar eine vollständige Neukonzeption des historisch gewachsenen Systems ineinander greifender und aufeinander aufbauender Erwerbstätigen- und Arbeitsmarktstatistiken nicht zur Debatte stehen können. Vielmehr muss es Ziel der Überlegungen sein, die im Zuge der jüngsten technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen entstandenen Datenlücken zu schließen und das erwerbsstatistische System so fortzuentwickeln, dass es künftig schneller und flexibler als bisher auf neuen Datenbedarf reagieren kann. Einer Ausweitung der Statistiken sind aber auch durch die Forderungen nach einer generellen Entlastung der Befragten von statistischen Meldepflichten und nach einer Reduzierung der Kosten für amtliche Statistiken enge Grenzen gesetzt.

Als Drittes ist zu berücksichtigen, dass – ebenso wie andere Statistikbereiche – auch die amtlichen Erwerbstätigen- und Arbeitsmarktstatistiken im hohen Maße durch Vorgaben und Lieferverpflichtungen auf europäischer Ebene bestimmt sind. Hierzu zählen insbesondere die jährlichen Anforderungen im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Indikatoren zur Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien der Europäischen Union, die Bereitstellung jährlicher Strukturindikatoren für die Syntheseberichte der Kommission an den Europäischen Rat¹⁸⁾ und die vierteljährlichen und jährlichen Lieferverpflichtungen zur Erwerbstätigkeit und zum Arbeitsmarkt im Rahmen des ESVG 1995. Europäische Anforderungen zum statistischen Nachweis der Beschäftigung resultieren nicht zuletzt auch aus der „Unternehmensregister-Verordnung“¹⁹⁾, der „Unternehmens-

17) Siehe hierzu die regelmäßigen Veröffentlichungen der OECD „Quarterly Labour Force Statistics“ und „Labour Force Statistics“ sowie ältere Ausgaben des Jahrbuchs der Internationalen Arbeitsorganisation.

18) Die jährlichen Syntheseberichte gehen zurück auf die Sondertagung des Europäischen Rates am 23./24. März 2000 in Lissabon. Dort wurde die Kommission beauftragt, jährliche Berichte über die Fortschritte in den Bereichen Beschäftigung, Innovation, Wirtschaftsreform und sozialer Zusammenhalt sowie zusätzlich Nachhaltigkeit und Umwelt zu erstellen.

19) Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke (Amtsbl. der EG Nr. L 196 vom 5. August 1993, S. 1).

struktur-Verordnung²⁰⁾, der „Konjunktur-Verordnung“²¹⁾ und der Umsetzung des EU-Aktionsplans zum Statistikbedarf der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).

Das Instrument zur Erfüllung der vielfältigen europäischen Informationsanforderungen zur Erwerbstätigkeit und zum Arbeitsmarkt sieht Eurostat vor allem in der in Deutschland in den Mikrozensus integrierten EU-Arbeitskräfteerhebung. Die EU-Arbeitskräfteerhebung wurde zuletzt 1992 und 1998 erheblich ausgeweitet. Eine weitere Ausweitung, insbesondere im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Indikatoren zu den beschäftigungspolitischen Leitlinien, ist für das Jahr 2003 geplant.²²⁾ Im gemeinsamen Fragebogen von Mikrozensus und Arbeitskräfteerhebung des Jahres 2000 waren bereits 112 von insgesamt 172 Fragen – also zwei Drittel – durch europäische Vorgaben bestimmt. Darüber hinaus ordnet die EU-Verordnung Nr. 577/98 zur Durchführung der Arbeitskräfteerhebung jährliche Ad-hoc-Module zu wechselnden Themenstellungen an, die in Deutschland im Rahmen des bisherigen Erhebungsumfangs nicht oder nur in begrenztem Umfang durchgeführt werden können.

Wie die Diskussionen zum Übergang auf eine unterjährige EU-Arbeitskräfteerhebung gezeigt haben, kann die deutsche amtliche Statistik die Umsetzung europäischer Informationsanforderungen, soweit sie von einer qualifizierten Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten unterstützt werden, nicht verhindern. Dies bedeutet aber zugleich, dass sich der Spielraum für Fortentwicklungen auf nationaler Ebene weiter verringert. Aus diesem Grunde ist es besonders wichtig dafür Sorge zu tragen, dass die nationalen Informationsbedürfnisse bei europäischen Statistikprojekten im Bereich der Erwerbstätigkeit und des Arbeitsmarktes berücksichtigt werden. [UU](#)

20) Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 über die strukturelle Unternehmensstatistik (Amtsbl. der EG Nr. L 14 vom 17. Januar 1997, S. 1), geändert durch Verordnung (EG, Euratom) Nr. 410/98 des Rates vom 16. Februar 1998 (Amtsbl. der EG Nr. L 52 vom 21. Februar 1998, S. 1).

21) Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken (Amtsbl. der EG Nr. L 162 vom 5. Juni 1998, S. 1).

22) Entwurf einer Verordnung (EG) der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates vom 9. März 1998 zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft im Hinblick auf die Anpassung der Liste der Variablen und die ab 2003 für die Datenübermittlung zu verwendende Kodierung.

Übersicht über die Quellen des erwerbsstatistischen Gesamtsystems

Statistik	Berichtskreis	Periodizität	Variable Erwerbstätigkeit/ Arbeitsmarkt	Demographische Gliederungen	Tätigkeits- und arbeitsplatzbezogene Gliederungen	Regionalgliederung
1. Primärstatistiken 1.1 Haushalts- und Personenerhebungen						
Mikrozensus	Stichprobenerhebung bei 1% aller Haushalte (Flächenstichprobe)	jährlich	Erwerbstätige (Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation ILO)	Geschlecht Altersgruppen Familienstand Eheschließungsjahr Staatsangehörigkeit usw.	Normalerweise geleistete wöchentliche Arbeitszeit (Stunden und Tage) und tatsächlich in der Berichtswoche geleistete Arbeitszeit (Stunden und Tage) sowie arbeitsmarktbezogene Gründe und andere Ursachen für den Unterschied Vollzeit- oder Teilzeittätigkeit Ursachen einschließlich der arbeitsmarktbezogenen Gründe für Teilzeittätigkeit Befristeter oder unbefristeter Arbeitsvertrag Ursachen eines befristeten Arbeitsvertrages Gesamtdauer der befristeten Tätigkeit Wirtschaftszweig des Betriebes Ausgeübter Beruf sowie Stellung im Beruf Berufs- und Betriebswechsel Jahr und Monat des Beginns der Tätigkeit beim derzeitigen Arbeitgeber oder als Selbstständiger Zweite Erwerbstätigkeit	Bundesländer Regierungsbezirke (NUTS 2)
EU-Arbeitskräfteerhebung	Stichprobenerhebung bei durchschnittlich etwa 0,45% aller Haushalte (disproportionaler Auswahlsatz)	wie vor	wie vor	im Wesentlichen wie vor	im Wesentlichen wie vor	wie vor
a) Europäisches Haushaltspanel (ECHP) 1994 bis 1996 b) für das ECHP konvertierte Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) 1994 bis 1997 (Fortsetzung bis 2001)	a) Panelstichprobe bei etwa 5 000 Haushalten b) Panelstichprobe von etwa 12 000 Haushalten mit mehr als 20 000 Personen	jährlich	Erwerbstätige (ILO-Konzept und „Main-Activity-Konzept“)	Geschlecht Geburtsjahr Familienstand usw.	Wirtschaftszweig Stellung im Beruf Wochenstunden in Haupt- und Nebentätigkeit Berufliche Tätigkeit [Internationale Standardklassifikation der Berufe (ISCO), Ausgabe 1988, Zweisteller] Gegenwärtiges durchschnittliches monatliches Einkommen aus Haupttätigkeit (brutto und netto) für abhängig Erwerbstätige oder Auszubildende Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit im letzten Kalenderjahr; für Selbstständige: Gewinn vor Steuern	a) Kreise und kreisfreie Städte (NUTS 3) b) Bundesländer

noch: Übersicht über die Quellen des erwerbsstatistischen Gesamtsystems

Statistik	Berichtskreis	Periodizität	Variable Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt	Demographische Gliederungen	Tätigkeits- und arbeitsplatzbezogene Gliederungen	Regionalgliederung
1.2 Betriebs-/Unternehmensbefragungen 1.2.1 Kurzfristige Bereichsstatistiken						
Monatsberichte Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Betriebe)	Totalerhebung der Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten	monatlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig geleistete Arbeitsstunden Löhne/Gehälter	Bundesländer Kreise und kreisfreie Städte
Monatsberichte Energie- und Wasserversorgung (Betriebe)	Totalerhebung der Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten	monatlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig geleistete Arbeitsstunden Löhne/Gehälter	Bundesländer Kreise und kreisfreie Städte
Monatsberichte Bauhauptgewerbe (Betriebe)	Totalerhebung der Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten	monatlich	Tätige Personen (Insgesamt/Arbeiter)	–	Wirtschaftszweig geleistete Arbeitsstunden Löhne, Gehälter (ohne WZ 93- Gliederung: Inhaber/ Arbeiter/ Angestellte/ Auszubildende)	Kreise und kreisfreie Städte (ohne WZ 93- Gliederung: Inhaber nach Ländern)
Berichterstattung Ausbaugewerbe	Stichprobenerhebung bei höchstens 9 000 Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten	vierteljährlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig geleistete Arbeitsstunden Löhne/Gehälter	Bundesländer Kreise und kreisfreie Städte
Handwerksberichterstattung	Stichprobenerhebung bei höchstens 50 000 selbstständigen Handwerksunternehmen (ohne handwerkliche Nebenbetriebe und das handwerksähnliche Gewerbe)	vierteljährlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig/ Gewerbezwig	Bundesländer
Einzelhandelsstatistik	Stichprobenerhebung bei höchstens 25 000 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 500 000 DM	monatlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig Voll- bzw. Teilzeittätigkeit	Bundesländer
Großhandelsstatistik	Stichprobenerhebung bei höchstens 10 000 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 2 Mill. DM	monatlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig Voll- bzw. Teilzeittätigkeit	Bundesländer
Gastgewerbestatistik	Stichprobenerhebung bei höchstens 11 500 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 25 000 DM	monatlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig Voll- bzw. Teilzeittätigkeit	Bundesländer
1.2 Betriebs-/Unternehmensbefragungen 1.2.2 Mittel- und langfristige Strukturhebungen						
Investitionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden (Betriebe)	Totalerhebung der Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten	jährlich	Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen	–	Wirtschaftszweig	Bundesländer

noch: Übersicht über die Quellen des erwerbsstatistischen Gesamtsystems

Statistik	Berichtskreis	Periodizität	Variable Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt	Demographische Gliederungen	Tätigkeits- und arbeitsplatzbezogene Gliederungen	Regionalgliederung
Investitionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden (Unternehmen)	Totalerhebung der Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten	jährlich	Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen	–	Wirtschaftszweig	Bundesländer
Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden (Unternehmen)	Stichprobenerhebung bei höchstens 18 000 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten	jährlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig Voll- bzw. Teilzeittätigkeit	Deutschland
Erhebung für Kleinbetriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden (Betriebe)	Totalerhebung der Betriebe von Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten	jährlich (September)	Tätige Personen/Arbeiter	–	Wirtschaftszweig	Bundesländer Kreise und kreisfreie Städte
Erhebung für Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden	Totalerhebung der Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten	jährlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig Löhne/Gehälter	Bundesländer
Jahreserhebung in Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung	Totalerhebung bei Unternehmen der Energieversorgung, bei Wasserversorgungsunternehmen mit einer Abgabe von Wasser ab 200 000 m ³ und mehr	jährlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig geleistete Arbeitsstunden Löhne/Gehälter Voll- bzw. Teilzeittätigkeit	Bundesländer Kreise und kreisfreie Städte
Kostenstrukturerhebung in Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung	Totalerhebung von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten	jährlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig geleistete Arbeitsstunden Löhne/Gehälter	Bundesländer Kreise und kreisfreie Städte
Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (Betriebe)	Totalerhebung	jährlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig geleistete Arbeitsstunden Löhne/Gehälter Stellung im Beruf	Land (ohne WZ 93 auch Kreisdaten)
Zusatzerhebung im Ausbaugewerbe (Betriebe)	Stichprobenerhebung bei höchstens 9 000 der ausbaugewerblichen Betriebe von Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten	jährlich	Tätige Personen (Insgesamt/Arbeiter)	–	Wirtschaftszweig geleistete Arbeitsstunden Löhne/Gehälter	Bundesländer
Investitionserhebung in Unternehmen des Baugewerbes	Totalerhebung der Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten	jährlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig Löhne/Gehälter	Bundesländer
Kostenstrukturerhebung in Unternehmen des Baugewerbes	Stichprobenerhebung bei höchstens 6 000 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten	jährlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig geleistete Arbeitsstunden Löhne/Gehälter Voll- bzw. Teilzeit Stellung im Beruf	Deutschland
Strukturerhebung in Unternehmen des Groß- und Einzelhandels	10%-Stichprobe von Unternehmen mit mindestens 2 Mill. DM Umsatz im Großhandel und 500 000 DM Umsatz im Einzelhandel	jährlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig Löhne/Gehälter	Bundesländer

noch: Übersicht über die Quellen des erwerbsstatistischen Gesamtsystems

Statistik	Berichtskreis	Periodizität	Variable Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt	Demographische Gliederungen	Tätigkeits- und arbeitsplatzbezogene Gliederungen	Regionalgliederung
Dienstleistungsstatistik bei Unternehmen der Abschnitte I und K der NACE Rev. 1	15%-Stichprobe	jährlich	Tätige Personen (Insgesamt/Auszubildende)	Geschlecht	Wirtschaftszweig Löhne/Gehälter Voll- bzw. Teilzeit	Bundesländer (Regierungsbezirke für Beschäftigte insgesamt)
Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst	Totalerhebung bei Einrichtungen des unmittelbaren und mittelbaren öffentlichen Dienstes sowie rechtlich selbstständiger Organisationen mit überwiegend öffentlicher Beteiligung	jährlich	Tätige Personen/ Geringfügig Beschäftigte/ ohne Bezüge Beurlaubte	Geschlecht Altersgruppen Familienmerkmale	Staatliche und kommunale Aufgabenbereiche Dienstverhältnis Arbeitszeitfaktor Voll- bzw. Teilzeit Bruttomonatseinkommen Vergütungs- und Lohngruppen	Bundesländer Kreise und kreisfreie Städte
Statistik der Beschäftigten in der Binnenschifffahrt	Totalauszählung	jährlich	Beschäftigte	–	Fahrendes Personal Landpersonal	Deutschland
Statistik der Beschäftigten in der Luftfahrt	Totalauszählung	jährlich	Personalbestand Luftfahrtpersonal	–	Stellung im Beruf Beruf	Deutschland
Kostenstrukturerhebung in Unternehmen des Handwerks	5%-Stichprobe von Unternehmen mit einem Umsatz von mindestens 32 500 DM	vierjährlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig Löhne/Gehälter Voll- bzw. Teilzeit	Deutschland
Kostenstrukturerhebung in Unternehmen des Einzelhandels und Gastgewerbes	5%-Stichprobe von Unternehmen mit einem Umsatz von mindestens 100 000 DM im Einzelhandel und 32 500 DM Umsatz im Gastgewerbe	vierjährlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig Löhne/Gehälter Insgesamt/Teilzeit	Deutschland
Handwerkszählung	Totalerhebung der selbstständigen Handwerksunternehmen	etwa alle 10 Jahre	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig/ Gewerbebereich Stellung im Beruf Löhne/Gehälter	Bundesländer Kreise und kreisfreie Städte
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung (GLS)	Stichprobenerhebung von durchschnittlich 6,6% (West) bzw. 9,2% (Ost) der Arbeitnehmer bei Betrieben bzw. Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, des Handels sowie des Kredit- und Versicherungsgewerbes	vierjährlich	Arbeiter und Angestellte	Alter	Leistungsgruppen Ausbildung Arbeitsvertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit Mehrarbeitsstunden Nacht-, Schicht- und Feiertagsarbeit Bruttoverdienste Unternehmenszugehörigkeit	Früheres Bundesgebiet Neue Bundesländer
Handels- und Gaststättenzählung	Totalerhebung von Unternehmen und Arbeitsstätten des Großhandels, Einzelhandels, der Handelsvermittlung und des Gastgewerbes mit einem Jahresumsatz von mindestens 25 000 DM	etwa alle 10 Jahre (nur nach gesonderter Anordnung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates)	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig	Bundesländer Kreise und kreisfreie Städte
Agrarstrukturerhebung	Stichprobenerhebung bei höchstens 100 000 Betrieben ab 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche	zweijährlich	Tätige Personen	Altersgruppen (Familienarbeitskräfte und ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte) Geschlecht	Wirtschaftszweig Stellung im Beruf (für ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte) geleistete Arbeitsstunden	Bundesländer
	Totalerhebung	vierjährlich	wie vor	wie vor	wie vor	Bundesländer Kreise

noch: Übersicht über die Quellen des erwerbsstatistischen Gesamtsystems

Statistik	Berichtskreis	Periodizität	Variable Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt	Demographische Gliederungen	Tätigkeits- und arbeitsplatzbezogene Gliederungen	Regionalgliederung
Landwirtschaftszählung	Totalerhebung von Betrieben ab 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche	etwa alle 10 Jahre	Tätige Personen	Altersgruppen Geschlecht	Wirtschaftszweig Stellung im Beruf geleistete Arbeitsstunden	Bundesländer Kreise
2. Sekundärstatistiken 2.1 Sekundärstatistiken zur Erwerbstätigkeit						
Beschäftigtenstatistik	Totalauswertung der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer (rund 75% aller Erwerbstätigen)	monatlich vierteljährlich jährlich	Beschäftigte (Bestände und Zu- bzw. Abgänge)	Geschlecht Altersgruppen Staatsangehörigkeit	Wirtschaftszweig Stellung im Beruf Voll- bzw. Teilzeittätigkeit ausgeübter Beruf Ausbildung Beschäftigungsdauer beitragspflichtiges Bruttoarbeitsentgelt	Land Kreis Gemeinde
Berufsbildungsstatistik	Totalerhebung	jährlich	Auszubildende	Geschlecht Staatsangehörigkeit	Ausbildungsberuf Ausbildungsjahr	Bundesländer
		jährlich	Ausbilder	Altersgruppen	fachliche und pädagogische Eignung	Bundesländer
Statistik über das Personal an Schulen	Totalerhebung aller privaten und öffentlichen Schulen	jährlich	Lehrkräfte	Geschlecht Staatsangehörigkeit Altersgruppen	Voll- bzw. Teilzeittätigkeit Stundenweise Beschäftigte	Bundesländer
Statistik über das Personal an Hochschulen	Totalerhebung aller staatlich anerkannten Hochschulen	jährlich	Lehrkräfte und gesamtes Personal	Geschlecht Alter	haupt-/nebenberufliches Personal Insgesamt/Teilzeit Dienstbezeichnung Tätigkeitsbereich Besoldungs- und Vergütungsgruppe	Bundesländer
Statistik über die Berufe des Gesundheitswesens	Totalauszählung der Meldungen der Ärzte-, Zahnärztkammern, der Apothekerkammern, der Krankenhäuser und Gesundheitsämter sowie der Ausbildungsstätten für das Gesundheitswesen	jährlich	Tätige Personen, Apotheken, Personal der Gesundheitsämter	Geschlecht	Berufe	Bundesländer
Gewerbeanzeigenstatistik	Totalerhebung	monatlich	An-, Um- und Abmeldung eines Gewerbes Beschäftigte	Staatsangehörigkeit für Einzelunternehmer und Gewerbetreibende	Wirtschaftszweig Haupt- und Zweigniederlassung	Bundesländer
Angaben der Seeberufsgenossenschaft (Seeschifffahrt)	Bei der Seeberufsgenossenschaft versichertes Bordpersonal auf deutschen und ausländischen Seeschiffen	jährlich	Bordpersonal	Alter Deutsche/Ausländer	Berufsgruppe Schiffsart	Deutschland
Statistik der Beschäftigten im Kreditgewerbe	Zusammenstellung der Deutschen Bundesbank auf der Basis von Geschäftsberichten ausgewählter Banken und des Arbeitgeberverbandes für das Kreditgewerbe	jährlich	Beschäftigte	–	–	Deutschland
Statistik der Beschäftigten im Versicherungsgewerbe	Totalauszählung des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen	jährlich	Beschäftigte	–	–	Deutschland

noch: Übersicht über die Quellen des erwerbsstatistischen Gesamtsystems

Statistik	Berichtskreis	Periodizität	Variable Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt	Demographische Gliederungen	Tätigkeits- und arbeitsplatzbezogene Gliederungen	Regionalgliederung
Meldungen der Deutschen Post AG Postdienst Telekom Postbank	Totalauszählungen	monatlich " " "	Beschäftigte " "	–	Voll- bzw. Teilzeittätigkeit Voll- bzw. Teilzeittätigkeit	Deutschland " "
Meldungen der Deutschen Bahn AG und des Bundeseisenbahnvermögens	Totalauszählung	monatlich	Beschäftigte	–	–	Deutschland
Beitragszahlerstatistik nach dem SGB III	Totalauszählung bei den Krankenversicherungsträgern	monatlich	Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung (alle Arbeitnehmer mit mehr als 18 Wochenstunden)	–	–	Deutschland
Heimarbeiterstatistik	Totalauszählung aus den Meldungen der Gewerbeaufsichtsämter	jährlich (Jahresende)	Heimarbeiter	–	Wirtschaftszweig	Bundesländer
Statistik über Zivildienstleistende	Totalauszählung des Bundesamtes für den Zivildienst	monatlich	Zivildienstleistende	–	–	Bundesländer
Statistik über die Soldaten der Bundeswehr	Totalauszählung des Bundesministeriums für Verteidigung	monatlich	Berufssoldaten Soldaten auf Zeit Grundwehrdienstleistende	Geschlecht	–	Deutschland
Statistik über das Personal beim Bundesgrenzschutz (BGS)	Totalauszählung der Grenzschutzdirektion Koblenz	monatlich	Personal im Polizeidienst/ Polizeivollzugsdienst des BGS	–	Voll- bzw. Teilzeittätigkeit	Deutschland
Statistik über zivile Arbeitskräfte bei ausländischen Streitkräften und deren Organisationen und Einrichtungen	Totalauszählung des Bundesministeriums der Finanzen	jährlich	Beschäftigte	–	Stellung im Beruf Bruttolöhne und -gehälter	Bundesländer
Unternehmensregister	Totalauszählung aller verfügbaren Register	jährlich	Tätige Personen	–	Wirtschaftszweig	Bundesländer Kreise und kreisfreie Städte Gemeinden
2. Sekundärstatistiken 2.2 Arbeitsmarktstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit (BA)						
Arbeitslosenstatistik	Totalauszählung im Rahmen des CoArb-Verfahrens	monatlich	registrierte Arbeitslose Arbeitsuchende (Bestand, Zu- und Abgänge)	Geschlecht Ausgewählte Altersgruppen Staatsangehörigkeit	ausgewählte Berufsbereiche Teilzeitarbeitsuchende Langzeitarbeitslose Arbeiter/Angestellte Schwerbehinderte Aussiedler	Bundesländer Arbeitsamtsbezirke Kreise und kreisfreie Städte Gemeinden
Statistik über gemeldete Stellen	Meldende Unternehmen im Rahmen des CoArb-Verfahrens	monatlich	bei den Arbeitsämtern gemeldete offene Stellen (Bestandsergebnisse)	–	ausgewählte Berufsbereiche	Bundesländer
	Meldende Unternehmen im Rahmen des CoArb-Verfahrens	monatlich	bei den Arbeitsämtern gemeldete offene Stellen (Zu- bzw. Abgänge)	–	nach ausgewählten Wirtschaftszweigen (nur Zugänge)	Deutschland und Teilgebiete West/Ost

noch: Übersicht über die Quellen des erwerbsstatistischen Gesamtsystems

Statistik	Berichtskreis	Periodizität	Variable Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt	Demographische Gliederungen	Tätigkeits- und arbeitsplatzbezogene Gliederungen	Regionalgliederung
Strukturanalyse über Arbeitslose und gemeldete Stellen	Totalauszählung der registrierten Arbeitslosen und gemeldeten Stellen im Rahmen des CoArb-Verfahrens	jährlich (September)	bei den Arbeitsämtern gemeldete Arbeitslose (Bestandsergebnisse)	Geschlecht Altersgruppen Staatsangehörigkeit Familienstand	Berufsabschnitte, -gruppen und -ordnungen Voll-/Teilzeittätigkeit Dauer der Arbeitslosigkeit Arbeiter/Angestellte angestrebte Stellung im Beruf Berufsausbildung Status vor Arbeitslosmeldung gesundheitliche Einschränkungen	Bundesländer
		jährlich (September)	bei den Arbeitsämtern gemeldete offene Stellen (Bestandsergebnisse)	Geschlecht Altersbegrenzung	Berufsabschnitte, -gruppen und -ordnungen Voll-/Teilzeittätigkeit Besetzungsdauer Arbeiter/Angestellte angestrebte Stellung im Beruf Berufsausbildung Laufzeit gesundheitliche Einschränkungen	Bundesländer
		jährlich (Juni)	bei den Arbeitsämtern gemeldete Arbeitslose (Zu- bzw. Abgänge)	Geschlecht Altersgruppen Staatsangehörigkeit	Berufsabschnitte, -gruppen und -ordnungen Voll-/Teilzeittätigkeit Dauer der Arbeitslosigkeit Arbeiter/Angestellte angestrebte Stellung im Beruf Berufsausbildung Status vor Arbeitslosmeldung Wirtschafts-abteilungen gesundheitliche Einschränkungen BA-Maßnahmen (ABM, berufliche Weiterbildung, Rehabilitation, sonstige Maßnahmen)	Bundesländer
		jährlich (Juni)	bei den Arbeitsämtern gemeldete offene Stellen (Zu- bzw. Abgänge)	Geschlecht Altersbegrenzung	Voll-/Teilzeit Besetzungsdauer Arbeiter/Angestellte angestrebte Stellung im Beruf Berufsausbildung Laufzeit gesundheitliche Einschränkungen	Bundesländer
Statistik über Leiharbeiternehmer und Verleiher	Totalauszählung	monatlich vierteljährlich	Bestand Zu-/Abgänge	Geschlecht Staatsangehörigkeit	Stellung im Beruf	Bundesländer Arbeitsamtsbezirke
Statistik über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	Totalauszählungen der Teilnehmerbestände u. a.	monatlich	Teilnehmer an Fortbildungsmaßnahmen, ABM-Teilnehmer oder SAM, Empfänger von Vorruhestandsgeld usw.	Geschlecht	–	Bundesländer
Statistik über Kurzarbeiter	Meldende Betriebe	monatlich	Betriebe, Kurzarbeiter	–	nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	Bundesländer

noch: Übersicht über die Quellen des erwerbsstatistischen Gesamtsystems

Statistik	Berichtskreis	Periodizität	Variable Erwerbstätigkeit/ Arbeitsmarkt	Demographische Gliederungen	Tätigkeits- und arbeitsplatzbezogene Gliederungen	Regionalgliederung
3. Erwerbs- und Arbeitsmarktstatistische Schätzungen (Gesamtrechnungssysteme)						
Erwerbstätigenrechnungen des Statistischen Bundesamtes im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR)	Schätzungen auf Basis aller verfügbaren erwerbsstatistischen Quellen	monatlich vierteljährlich jährlich	Erwerbstätige (ILO-Konzept) (Erwerbslose, Erwerbspersonen)	–	Wirtschaftszweig Stellung im Beruf	Deutschland
Regionalberechnungen zur Erwerbstätigkeit des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“	Schätzungen auf Basis aller verfügbaren erwerbsstatistischen Quellen	jährlich	Erwerbstätige	–	Wirtschaftszweig Stellung im Beruf	Bundesländer Kreise und kreisfreie Städte
Arbeitsvolumenberechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Rahmen der VGR	Schätzungen auf Basis von Tarifstatistiken und Arbeitszeitstatistiken im Rahmen der VGR	vierteljährlich jährlich	Geleistete Arbeitsstunden	–	Wirtschaftszweig Stellung im Beruf	Deutschland
Harmonisierte Schätzungen für supra- und internationale Vergleiche (u. a. Standardisierte Erwerbslosenquote)	Schätzungen auf Basis der EU-Arbeitskräfteerhebung unter Verwendung unterjähriger erwerbs- und arbeitsmarktstatistischer Fortschreibungsindikatoren	monatlich vierteljährlich jährlich	Erwerbstätige (ILO-Konzept) (Erwerbslose, Erwerbspersonen, Nichterwerbspersonen)	Geschlecht Altersgruppen	Wirtschaftszweig Stellung im Beruf	Deutschland

Dipl.-Volkswirt Wolfgang Buchwald, Dipl.-Ökonom Jürgen Chlumsky,
Dipl.-Handelslehrerin Nadin Engelhardt

Zum Einfluss des Euro auf die Preisentwicklung in Deutschland

In einem Pressegespräch am 8. März 2002 hat der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, die Ergebnisse einer gemeinsamen Studie des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank zum Einfluss der Euro-Bargeldeinführung auf die Preisentwicklung vorgestellt. Für diese Studie wurden und werden weiterhin etwa 18 000 Preisreihen ausgewählter Güter des täglichen Bedarfs aus 35 Produktgruppen beobachtet. Die Ergebnisse zeigen, dass die Euro-Bargeldeinführung auf den gesamten Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland keinen erheblichen Einfluss gehabt hat. Die um Sondereffekte (Steuererhöhungen und witterungsbedingte Verteuerungen bei Obst und Gemüse) bereinigte Jahresveränderungsrate lag im Januar 2002 bei 1,6% und damit im Trend der letzten Monate. Differenziert nach Gütern ergibt sich allerdings ein unterschiedliches Bild. Die Umstellungseffekte sind bei Dienstleistungen am deutlichsten. Die Lebensmittelpreise sind nach den Preiserhöhungen im Vorjahr nunmehr rückläufig.

Vorbemerkung

Das Statistische Bundesamt beobachtet seit April 2000, also seit nunmehr 22 Monaten, gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank die Preisdynamik auf Grund der Umstellung von DM- auf Euro-Preise. Dazu werden laufend etwa 18 000 Preisreihen ausgewählter Produkte des täglichen Bedarfs aus 35 Produktgruppen analysiert.

Beobachtet wird die Umstellung auf so genannte „attraktive“ Euro-Preise. Als „attraktiv“ gelten glatte Preise, die auf 0 oder 5 enden, sowie Schwellenpreise, die auf 8 oder 9

enden. „Euro-induziert“ sind jene Preisänderungen, die bei der Umstellung von einem attraktiven DM-Preis auf einen attraktiven Euro-Preis beobachtet werden, wobei Preisänderungen, die nichts mit der Währungsumstellung zu tun haben, herausgefiltert werden.

Beispielsweise wäre eine Preisänderung von 1,99 DM (1,02 Euro) auf 1,09 Euro (2,13 DM) eine euro-induzierte Verteuerung, eine Preisänderung von 1,99 DM (1,02 Euro) auf 0,99 Euro (1,94 DM) eine euro-induzierte Preissenkung, eine Änderung von 1,99 DM (1,02 Euro) auf 1,07 Euro (2,09 DM) dagegen nicht euro-induziert. Ebenfalls nicht euro-induziert ist eine Preiserhöhung von 6,99 DM (3,57 Euro) auf 4,60 Euro (8,99 DM). Auch wenn hier eine Umstellung von einem attraktiven DM-Preis (6,99 DM) auf einen attraktiven (weil glatten) Euro-Preis (4,60 Euro) erfolgt, dürften überwiegend andere Gründe maßgeblich sein. Eine Erhöhung auf 3,99 Euro wäre dagegen euro-induziert.

Aufgrund des großen und anhaltenden Interesses der Öffentlichkeit und der Medien an verlässlichen Zahlen über die Auswirkungen des Euro auf das Preisniveau wurden Teilergebnisse der Untersuchung bereits im September, Oktober und Dezember 2001 veröffentlicht. Sie zeigten, dass der Handel zunächst nur zögerlich bzw. vereinzelt auf attraktive Euro-Preise umgestellt hat. Im September 2001 waren beispielsweise bei knapp 1 000 untersuchten Nudelprodukten nur 3% der Preisänderungen euro-induziert. Zum zweiten Berichtszeitpunkt, dem Oktober 2001, lag dieser Prozentsatz für alle untersuchten Güter bei etwa 10%. Der geschätzte Einfluss dieser Preisänderungen machte im Einzelfall zwischen 0,2 und 0,4 Prozentpunkte aus. Seinerzeit begann der Handel verstärkt auf DM-Schwellenpreise umzu-

stellen, die in der Nähe von attraktiven Euro-Preisen lagen. So wurden etwa Preise für Eiermudeln von 1,99 DM – das entspricht 1,02 Euro – auf 2,19 DM (1,12 Euro) erhöht. Offen blieb die Frage, ob zu Jahresbeginn 2002 dieser Preis auf den attraktiven Euro-Preis von 1,09 Euro reduziert würde. Hierzu liegen nun neue Erkenntnisse vor.

Die Währungsumstellung zum Jahresbeginn 2002 regte die Spekulation an, ob Einzelhandel und Dienstleister den Anlass nutzen würden, generell ihre Preise kräftig zu erhöhen. Gestützt wurden solche Befürchtungen durch Einzelbeispiele, über die jeder Verbraucher zu berichten weiß. Dem steht die freiwillige Selbstverpflichtung des Handels gegenüber, beim Übergang auf die gemeinsame europäische Währung die Preise nicht zu erhöhen.

Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse hat das Statistische Bundesamt in einem Pressegespräch am 8. März 2002 präsentiert. Es ist anzumerken, dass der Einfluss der Euro-Einführung auf das Preisniveau wissenschaftlich nicht exakt bestimmbar ist. Preisbeobachtungen reichen für die Ursachenanalyse allein nicht aus. Sie können allenfalls zeigen, wie sich Preisgestaltung und Preisverteilung in den letzten Monaten verändert haben. Damit können Vermutungen über Preiserhöhungen im Zusammenhang mit der Umstellung auf den Euro gestützt oder entkräftet werden.

Die aktuellen Ergebnisse lassen erkennen, dass die Einführung des Euro als Bargeld auf den gesamten Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland keinen erheblichen Einfluss gehabt hat. Die vom Statistischen Bundesamt berechnete Jahresteuerrate lag im Januar 2002 bei 2,1%. Bereinigt um Sondereffekte wie die Steueranhebung (Vierte Stufe der Ökosteuerreform mit Erhöhung der Steuern auf Benzin und Strom sowie der Tabak- und Versicherungssteuer) und die witterungsbedingten erheblichen Verteuerungen von Obst und Gemüse, ergab sich eine Teuerungsrate von 1,6%. Dieser Wert liegt im Trend der letzten Monate.

Der Anteil euro-induzierter Preisänderungen ist zum Zeitpunkt der Einführung des Euro als Bargeld stark gestiegen. Bei den untersuchten Produkten war von Januar 2001 bis Januar 2002 im Durchschnitt jede sechste Preisänderung (17,6%) euro-induziert, im Zeitraum Dezember 2001 bis Januar 2002 dagegen mehr als jede zweite (53,2%). Der geschätzte Einfluss aller seit Jahresbeginn 2001 festgestellten euro-induzierten Preisänderungen für die untersuchten Produktgruppen – nicht für den Verbraucherpreisindex insgesamt – lag zwischen –0,3 und +1,4 Prozentpunkten.

1 Von attraktiven DM-Preisen zu attraktiven Euro-Preisen

Bei 15 der 35 im Rahmen der Studie untersuchten Produktgruppen (siehe die folgende Übersicht) haben attraktive Euro-Preise die bisherigen attraktiven DM-Preise weitgehend abgelöst, bei den restlichen 20 Produktgruppen ist dies noch nicht der Fall. In vielen Fällen sind jedoch die

Teuerung bei den 35 ausgewählten Produktgruppen

Nr. der COICOP ¹⁾	Produktgruppe	Jahresteuerrate Januar 2002 gegenüber Januar 2001	Preisentwicklung
0114150100	H-Milch	+14,6	stark über- durchschnittlich
0112511200	Salami	+5,8	
0942150100	Eintrittskarte für Kino ..	+5,5	
0722051100	Motorenöl	+4,8	
0952011100	Tageszeitung, örtlich bevorzugtes Blatt, Abonnement	+4,4	
0118310100	Vollmilchschokolade ..	+4,2	über- durchschnittlich
0314210100	Chemische Reinigung ..	+4,2	
0111310100	Eiermudeln, Markenware	+4,1	
1211011100	Haarschneiden für Herren	+4,1	
1111056000	Verzehr von Bier (auch alkoholfreies Bier) ..	+4,1	
0723018100	Pkw-Oberwäsche	+4,0	
0117610100	Rahmspinat, tiefgekühlt	+3,9	
0312298100	Feinstrumpfhose	+3,6	
1213051100	Zahncreme	+3,3	
1120012000	Übernachtung mit Frühstück	+3,2	
0312196100	Herrensocken, Wolle oder Baumwolle	+2,8	durchschnittlich
0954031100	Briefblock	+2,5	
0118110100	Zucker	+2,5	
0321210200	Pumps	+2,4	
0511039100	Polstergarnitur	+2,1	
0122100100	Mineralwasser	+2,0	
1213040200	Tagescreme	+1,9	
0561219100	Filtertüten	+1,6	
1213091100	Toilettenpapier	+1,1	unter- durchschnittlich
0552035100	Batterie, Monozelle ...	+1,0	
0934053100	Hundefutter	+0,9	
0212110100	Weißwein	+0,7	
0532020100	Kaffeemaschine	+0,0	
0931018200	Spielzeugauto	-0,1	
0312261100	Damenpullover, Mischgarn	-0,2	
0531210100	Waschmaschine	-0,6	
0121111100	Bohnenkaffee	-2,1	
0115100100	Deutsche Markenbutter	-2,5	
0911210100	Farbfemseher	-3,0	
0912112100	Kleinbildkamera	-3,5	

1) Classification of Individual Consumption by Purpose.

neuen Euro-Preise durch einfache Umrechnung mit dem Faktor 1,95583 entstanden. Es bleibt abzuwarten, ob in den nächsten Monaten durch Preisänderungen der bisher übliche Anteil von Schwellenpreisen und glatten Preisen erreicht wird. Differenziert nach Gütern ergibt sich ein unterschiedliches Bild.

Dienstleistungen

Bei den Dienstleistungen überwiegen bereits attraktive Euro-Preise. Hier erfolgte die Umstellung offensichtlich auf einen Schlag. Damit einher gingen deutliche Preiserhöhungen.

Mit der Euro-Bargeldeinführung – das heißt von Dezember 2001 auf Januar 2002 – stiegen zum Beispiel die Preise für ein Kinoticket um durchschnittlich 2,3% (im Vergleich: die Gesamtteuerung betrug 0,9%). Bereits im Januar waren überwiegend attraktive Euro-Preise auszumachen, während attraktive Preise in DM nur noch selten zu finden waren.

Schaubild 1

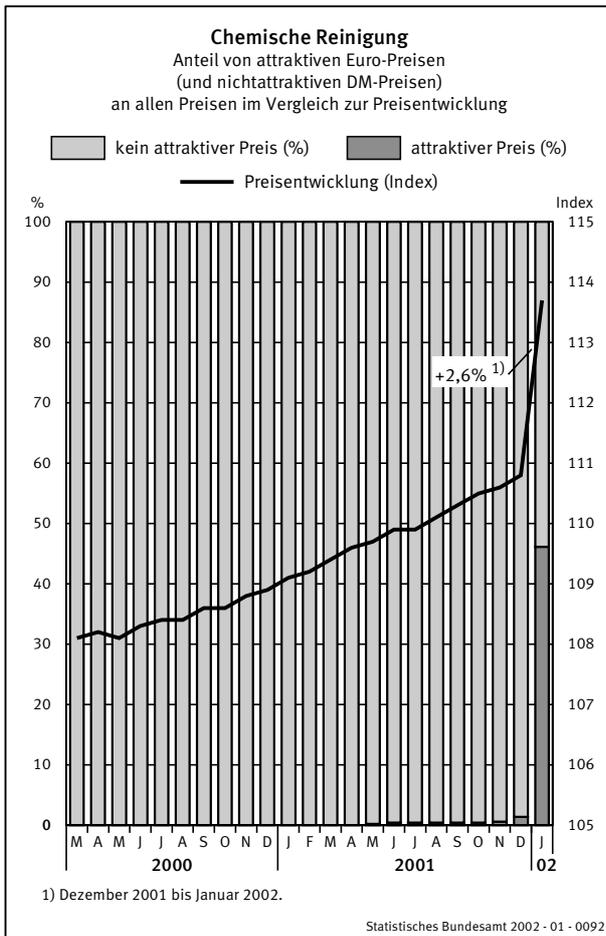
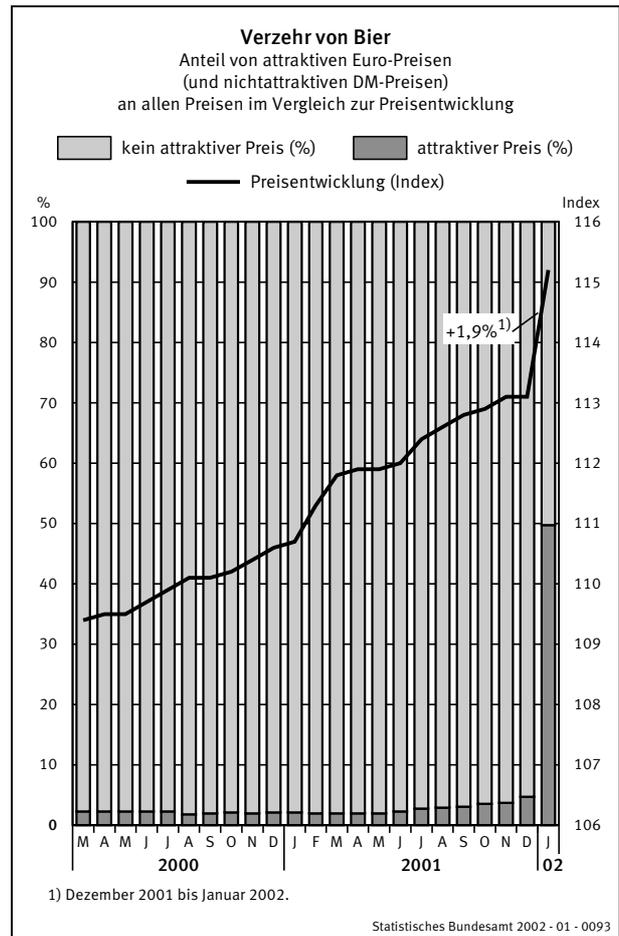


Schaubild 2



Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei anderen Dienstleistungen, so etwa für die Chemische Reinigung (siehe Schaubild 1), die Pkw-Oberwäsche (Preisanstieg von Dezember 2001 auf Januar 2002: +1,5%), ein Bier im Ausschank (siehe Schaubild 2) oder einen Friseurbesuch (Preisanstieg von Dezember 2001 auf Januar 2002: +2,0%).

Für Preisanhebungen kann es selbstverständlich auch andere Gründe gegeben haben. So ist das häufig vorgebrachte Argument, ohnehin anstehende Preiserhöhungen seien – um Kosten zu sparen – erst mit der Euro-Einführung vorgenommen worden, durchaus plausibel. In der Gastronomie etwa ist der Druck einer neuen Speisekarte sicherlich ein erheblicher Kostenfaktor. Das Argument, die Preise würden in der Regel zu Jahresbeginn angehoben, ist aber nicht schlüssig. Eine vergleichbare Entwicklung hat es beispielsweise ein Jahr zuvor, also von Dezember 2000 auf Januar 2001, nicht gegeben.

Langlebige Gebrauchsgüter

Ein völlig anderes Bild zeigt die Preisentwicklung langlebiger Gebrauchsgüter. Hier sind tendenziell rückläufige Preise zu beobachten. Diese Entwicklung hat sich im Januar 2002 fortgesetzt. Nur in vergleichsweise bescheidenem Umfang sind attraktive Euro-Preise anzutreffen, dagegen noch in

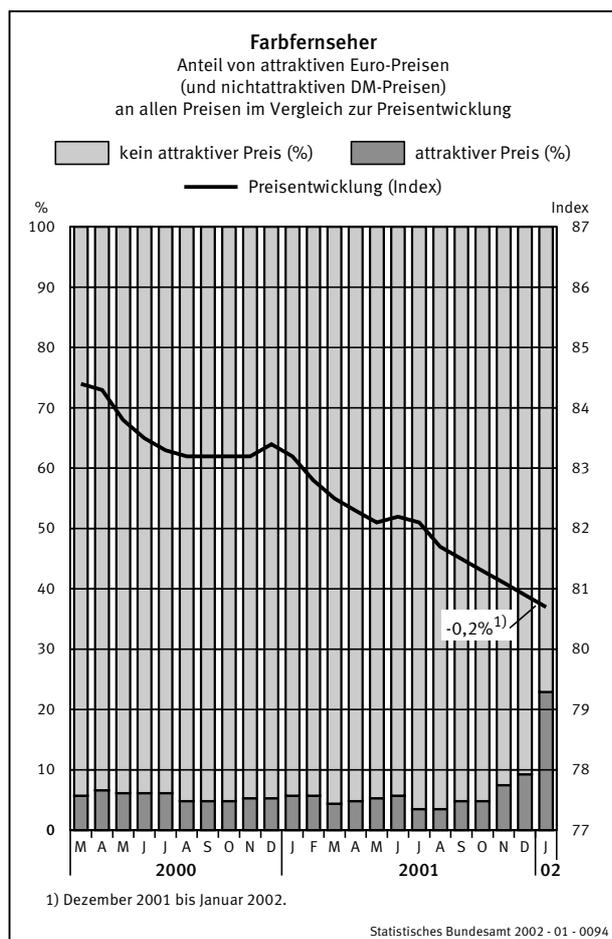
erheblichem Umfang attraktive DM-Preise. Bei Farbfernsehgeräten, bei denen im vergangenen Jahr in 55% der Fälle attraktive Preise vorzufinden waren, lag der Anteil attraktiver Euro-Preise im Januar 2002 erst bei 23% (siehe das nebenstehende Schaubild 3).

Lebensmittel

Obst und Gemüse sind im Januarvergleich 2001/2002 um 7,2 bzw. 18,3% teurer geworden. In Einzelfällen lag die Teuerung noch wesentlich höher, so zum Beispiel bei Blumenkohl mit 79%. Da ein möglicher Euro-Effekt hier mit Sicherheit durch andere Ursachen, etwa die Kältewelle in Südeuropa, überlagert wurde, sind Obst und Gemüse bei der Analyse ausgeklammert worden.

Betrachtet man die Jahresteuerraten der ausgewählten Lebensmittel, so finden sich sowohl stark überdurchschnittliche Werte (bei H-Milch: +14,6%), aber auch unterdurchschnittliche Preisentwicklungen (bei Butter: -2,5%). Fasst man die 10 untersuchten Produktgruppen aus dem Lebensmittelbereich zusammen, so ergibt sich zwar eine leicht überdurchschnittliche Jahresteuerrate von +2,6%, im Monatsvergleich aber war ein Preisrückgang zu beobachten (-0,2%). Wenn es hier euro-induzierte Preiserhöhungen

Schaubild 3



gegeben haben sollte, dann eher im Vorfeld der Euro-Bargeldeinführung.

Betrachtet man einzelne Lebensmittel, so ist bei Vollmilchschokolade (+0,4% von Dezember 2001 auf Januar 2002) der traditionell hohe Anteil attraktiver Preise (in DM waren dies über 80%) nach Umstellung auf den Euro bei weitem (noch) nicht erreicht.

Ähnliches gilt auch für Markenbutter: Der zweithäufigste Preis war im Januar 1,02 Euro, dies sind die vertrauten 1,99 DM. Es bleibt abzuwarten, ob es ab März 2002 zu Preisänderungen kommt, wenn die zusätzliche Auszeichnung in DM entfällt.

Sonstige Güter

Unter den sonstigen in die Studie einbezogenen Güter fallen drei Produktgruppen durch eine überdurchschnittliche Preisentwicklung auf: Motorenöl (Jahresteuersatzrate: +4,8%), das Tageszeitungs-Abonnement (+4,4%) und Herrensocken (+2,8%).

Beim Tageszeitungs-Abonnement ist anzumerken, dass auch zum Jahreswechsel 2000/2001 die Preise ähnlich stark angestiegen sind (im Vormonatsvergleich um 1,0%; Dezem-

ber 2001/Januar 2002 um 1,2%). Seit 1995 ist ein Tageszeitungs-Abonnement um fast 32% teurer geworden. Deshalb spricht in diesem Fall vieles dafür, dass andere Gründe, etwa die stetig steigenden Papierpreise, Preissteigerungen unumgänglich gemacht haben.

2 Anteil euro-induzierter Preisänderungen zum Jahreswechsel stark gestiegen

53% aller zum Jahreswechsel 2001/2002 vorgenommenen Preisänderungen waren euro-induziert (siehe Tabelle 1). Für den Zeitraum von Januar 2001 bis Januar 2002 lag dieser Wert bei etwa 18%.

Tabelle 1: Anteile der Preisänderungsarten
Prozent

Art der Preisänderung	Januar 2001 bis Januar 2002	Dezember 2001 bis Januar 2002
Euro-induzierte Preisänderungen	17,6	53,2
Sonstige echte Preisänderungen	82,4	46,8

Tabelle 2 zeigt, dass (von Januar 2001 bis Januar 2002) 60% aller euro-induzierten Preisänderungen Preiserhöhungen und 40% Preissenkungen waren. Der Anteil der Preiserhöhungen war damit geringer als bei den sonstigen echten Preisänderungen. Weiter ist auffällig, dass die euro-induzierten Preisänderungen ein geringeres Ausmaß haben als sonstige echte Preisänderungen (siehe Tabelle 2).

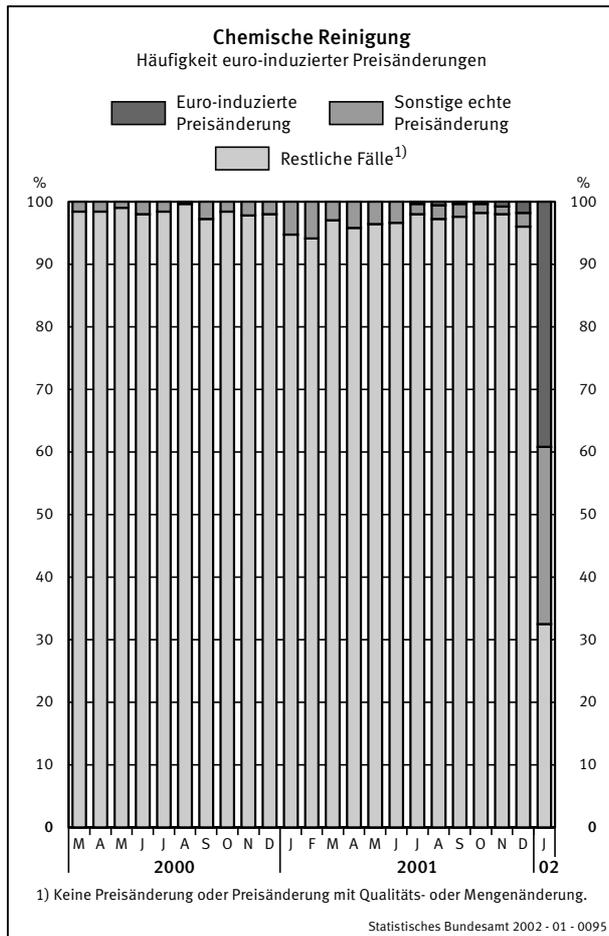
Tabelle 2: Preisänderungen nach der Richtung
Prozent

Richtung der Preisänderung	Anteile insgesamt	Durchschnittliche Höhe der Preisveränderungen von Januar 2001 bis Januar 2002
Euro-induzierte Preisänderungen		
Erhöhung	60,0	+6,8
Senkung	40,0	-3,9
Sonstige echte Preisänderungen		
Erhöhung	76,6	+8,6
Senkung	23,4	-6,7

Dienstleistungen

Im Dienstleistungsbereich werden die Preise in der Regel nur selten geändert: Bei der Chemischen Reinigung beispielsweise wurden in den Jahren 2000 und 2001 monatlich zwischen 1% und 6% aller erhobenen Preise angepasst. Anders dagegen von Dezember 2001 auf Januar 2002, als rund zwei Drittel (67,5%) der Preise geändert wurden, davon der überwiegende Teil (58%) euro-induziert (siehe Schaubild 4).

Schaubild 4



Langlebige Gebrauchsgüter

Ähnlich selten sind in der Regel Preisveränderungen bei langlebigen Gebrauchsgütern. Auch hier gab es zwar im Januar 2002 eine Zunahme, doch fiel diese weit geringer aus als bei Dienstleistungen. Bei Farbfernsehern wurden in 29% aller beobachteten Fälle Preisänderungen registriert, von denen etwa jede Vierte euro-induziert war. Diese Beobachtung korrespondiert mit der bereits angesprochenen, sehr viel schleppenderen Umstellung auf attraktive Euro-Preise bei dieser Gütergruppe.

Lebensmittel

Die Umstellung auf attraktive Euro-Preise folgte bei Lebensmitteln unterschiedlichen Mustern. Bei Vollmilchschokolade vollzog sie sich eher gleichmäßig über das gesamte Jahr 2001, bei Zucker dagegen abrupt. Hier waren im Januar 2002 fast 85% aller Preisänderungen euro-induziert.

Sonstige Güter

Bei den sonstigen Gütern waren etwa ein Viertel bis ein Drittel der Preisänderungen zwischen Januar 2001 und Januar

2002 euro-induziert (z. B. bei Herrensocken: 25%, bei Tageszeitungs-Abonnements: 30%, bei Zahncreme: 24%).

3 Geschätzter Einfluss euro-induzierter Preisänderungen

Der geschätzte Einfluss euro-induzierter Preisänderungen auf die Einzelindizes hat sich im Vergleich zur Veröffentlichung im Dezember 2001 nicht unerheblich erhöht. Unter Einbeziehung aller seit Beginn 2001 beobachteten euro-induzierten Preisänderungen liegt er je nach Produktgruppe zwischen -0,3 und +1,4 Prozentpunkten (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Geschätzter Einfluss euro-induzierter Preisänderungen auf die Jahresteuersatzrate ausgewählter Produktgruppen

Produktgruppe	Jahresteuersatzrate Januar 2001 bis Januar 2002	Geschätzter Einfluss euro-induzierter Preisänderungen
	%	Prozentpunkte
H-Milch	+14,6	+0,1
Zucker	+2,5	-0,3
Vollmilchschokolade	+4,2	+0,7
Chemische Reinigung	+4,2	+0,7
Friseurleistungen	+4,1	+0,5
Farbfernseher	-3,0	-0,2
Herrensocken	+2,8	+0,9
Tageszeitung	+4,4	+1,4
Zahncreme	+3,3	+1,2

Bei Zucker lässt sich der negative Wert (er bedeutet, dass rechnerisch ohne euro-induzierte Preisänderungen die Jahresteuersatzrate 2,8% betragen hätte) in obiger Tabelle folgendermaßen erklären: 90% aller euro-induzierten Preisänderungen waren Preissenkungen. Die sonstigen echten Preisänderungen waren aber zu 85% Erhöhungen. Dies legt die Folgerung nahe, dass bei diesem Gut der Preis mit der Umstellung auf Euro-Preise konsequent abgerundet wurde.

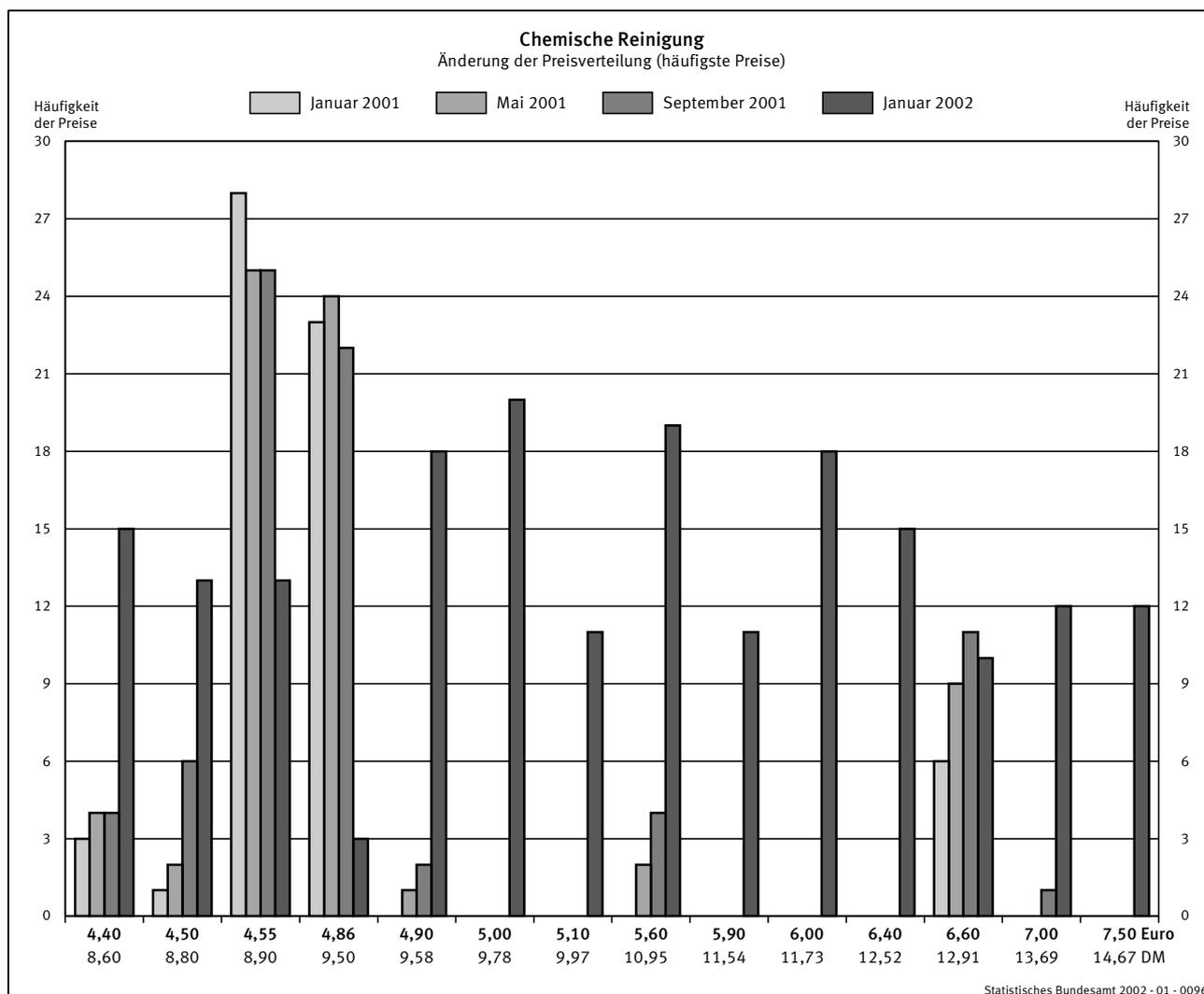
4 Preisverteilung verändert sich

Interessant ist auch ein Blick auf die häufigsten Preise. Auf welche DM-Preise hat sich der Handel in der Vergangenheit bei ausgewählten Produkten konzentriert? Welche neuen Preise in Euro sind nunmehr vorzufinden?

Dienstleistungen

Das folgende Schaubild 5 zeigt die Verteilung der Preise für die Chemische Reinigung eines Herrenjacketts für Januar 2001, Mai 2001, September 2001 und Januar 2002. Die üblichen DM-Preise, die im vergangenen Jahr für Chemische Reinigung zu zahlen waren – beispielsweise 8,90 DM oder 9,50 DM –, waren im Januar 2002 kaum noch zu finden. Stattdessen treten nun gehäuft Preise wie 5 Euro oder 6 Euro auf. Das Preisgefüge hat sich im Schaubild deutlich nach rechts, hin zu höheren Preisen verschoben. Die überdurchschnittliche Jahresteuersatzrate für die Chemische Reini-

Schaubild 5



gung von 4,2% korrespondiert mit diesem Befund. Ähnliche Verschiebungen gab es auch bei anderen Dienstleistungen, die sich überdurchschnittlich verteuerten.

Langlebige Gebrauchsgüter

Anders sieht es bei langlebigen Gebrauchsgütern aus, die in den letzten Monaten eher billiger geworden sind und bei denen der Umstieg auf attraktive Euro-Preise sehr zögerlich erfolgte. Die Preisverteilung für Waschmaschinen zum Beispiel zeigt, dass im Januar 2002 noch sieben der neun am häufigsten auftretenden Preise attraktive DM-Preise waren. Erst die nächsten Monate werden zeigen, wie der Handel die Umstellung auf ein attraktives Preisbild in der neuen Währung vornimmt.

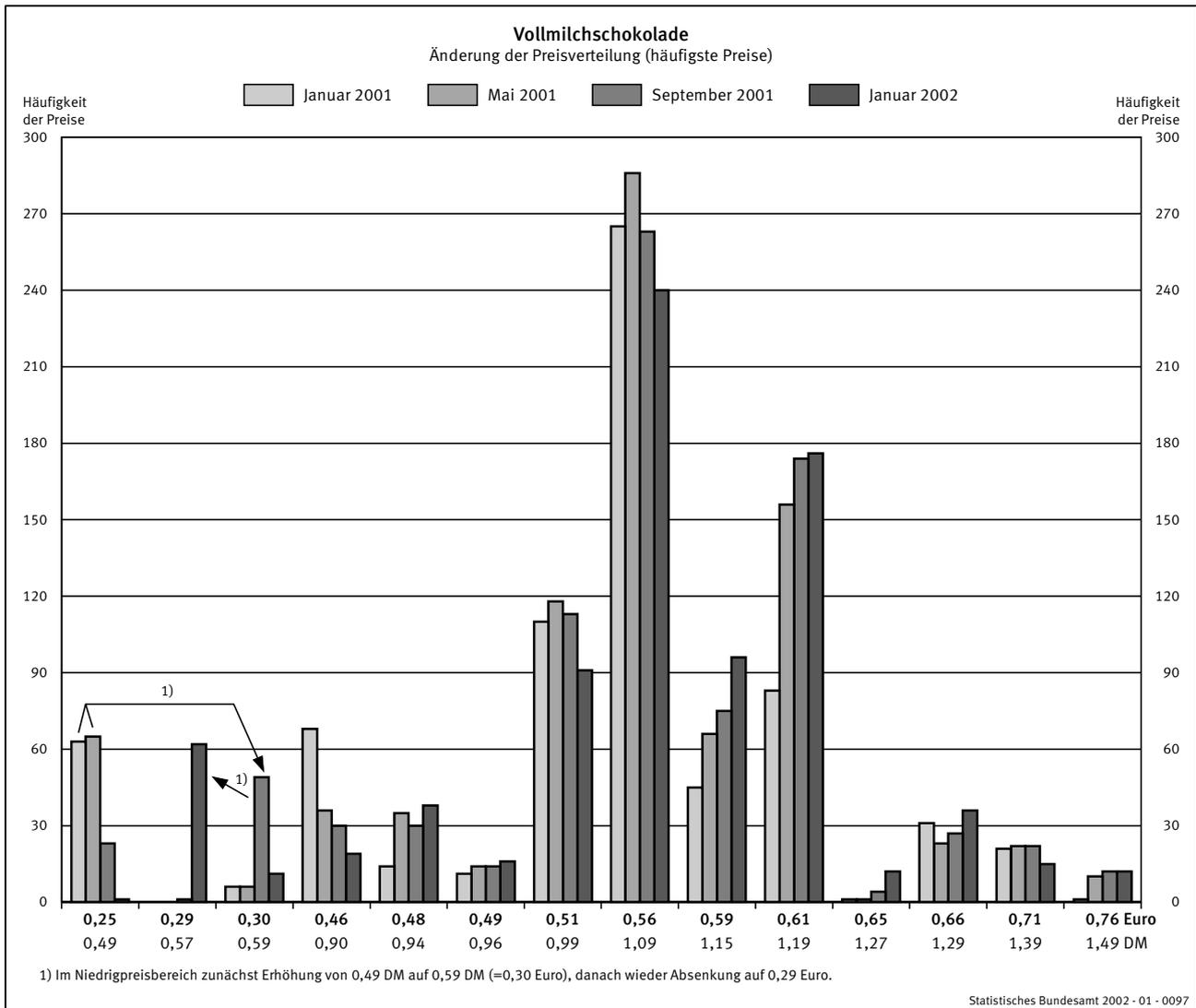
Lebensmittel

Von besonderem Interesse ist die Preisgestaltung im Lebensmitteleinzelhandel. Im Oktober hat das Statistische Bundesamt berichtet: „In der Diskussion wird dem Einzelhandel zuweilen die Strategie unterstellt, im Vorfeld der

Bargeldeinführung Erhöhungen auf neue DM-Schwellenpreise vorzunehmen, die dann zu einem späteren Zeitpunkt auf Euro-Schwellenpreise gesenkt werden könnten (Beispiel: Erhöhung von 1,69 DM auf 1,99 DM (1,02 Euro), weil dann eine scheinbar großzügige Absenkung auf 0,99 Euro vorgenommen werden kann). Bei Schokolade fällt für den unteren Preisbereich auf, dass ein bedeutender Teil der Preise von 0,49 DM (0,25 Euro) auf 0,59 DM (0,30 Euro) erhöht wurde. Es liegt nahe, dass nach der Umstellung 0,29 Euro für die Tafel Schokolade verlangt werden.“ Diese Vermutung hat sich offensichtlich bestätigt, wie Schaubild 6 auf der folgenden Seite zeigt.

Ein vergleichbares Muster ergibt sich auch für H-Milch. Ab Anfang/Mitte 2001 gab es Erhöhungen von 0,99 bzw. 1,09 DM auf 1,19 DM (0,61 Euro), nach der Euro-Bargeldeinführung eine geringfügige Absenkung auf 0,59 Euro. Die Interpretation solcher Preisverteilungen sollte aber immer mit Vorsicht erfolgen. Bei H-Milch ist zum Beispiel zu bedenken, dass die deutlichen Preissteigerungen des vergangenen Jahres vornehmlich andere Gründe hatten (BSE-Krise, Maul- und Klauenseuche).

Schaubild 6



Ausblick

Das Statistische Bundesamt wird die Untersuchungen fortführen und auch weiterhin auf seiner Homepage über neue Ergebnisse berichten. In näherer Zukunft wird interessant sein, ob bestimmte Preisanpassungen erst vorgenommen werden, nachdem die doppelte Preisauszeichnung Anfang März 2000 entfallen ist. Eine regelmäßig aktualisierte Darstellung der Preisanalysen des Statistischen Bundesamtes aus Anlass der Euro-Bargeldeinführung findet sich im Internet unter www.destatis.de/basis/d/preis/vpiti10.htm. [u](#)

Dipl.-Kaufmann Josef E. Lambertz

Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 2001

In diesem Beitrag wird über die konjunkturelle Entwicklung im Einzelhandel in Deutschland im Jahr 2001 berichtet. Das Jahr 2001 war für den deutschen Einzelhandel insbesondere wegen eines vergleichsweise schwachen Weihnachtsgeschäftes ein schwieriges Jahr. Der Umsatz nahm nominal zwar um 1,6% gegenüber 2000 zu, real, also nach der Eliminierung von Preisveränderungen, stagnierte er jedoch (-0,1%).

Vorbemerkung

Wie in den Jahren zuvor wird an dieser Stelle wieder über die konjunkturelle Entwicklung im Einzelhandel¹⁾ in Deutschland berichtet. Schwerpunkt ist die Darstellung der Umsatz-

entwicklung, auch in der Gliederung nach Wirtschaftszweigen. Einige kurze Angaben zur Beschäftigtenentwicklung finden sich am Ende dieses Beitrags. Über die konjunkturelle Entwicklung im Großhandel wird in einem gesonderten Aufsatz in diesem Heft auf S. 195 ff. berichtet. Alle absoluten Umsatzangaben erfolgen in Euro.

Anteil des Einzelhandelsumsatzes an den privaten Konsumausgaben sinkt

Im Jahr 2001 nahmen sowohl das Bruttoinlandsprodukt (nominal +1,9%) als auch die privaten Konsumausgaben

Tabelle 1: Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes¹⁾ im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt und zu den privaten Konsumausgaben

Jahr	Einzelhandelsumsatz				Bruttoinlandsprodukt		Entwicklung der privaten Konsumausgaben (nominal)	Anteil des Einzelhandelsumsatzes an den privaten Konsumausgaben
	nominal	real	nominal	real	nominal	real		
	Messzahlen 1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
1991	97,4	103,7	X	X	X	X	X	32
1992	99,2	103,0	+ 1,8	- 0,7	+ 7,4	+ 2,2	+ 7,2	30
1993	99,1	100,8	- 0,1	- 2,1	+ 2,5	- 1,1	+ 4,0	29
1994	98,9	99,4	- 0,3	- 1,3	+ 4,9	+ 2,3	+ 3,7	30
1995	100	100	+ 1,2	+ 0,6	+ 3,8	+ 1,7	+ 4,0	29
1996	100,3	99,3	+ 0,2	- 0,7	+ 1,8	+ 0,8	+ 2,7	28
1997	99,0	97,5	- 1,2	- 1,8	+ 2,1	+ 1,4	+ 2,6	27
1998	100,1	98,6	+ 1,0	+ 1,1	+ 3,1	+ 2,0	+ 2,9	27
1999	100,8	99,0	+ 0,7	+ 0,5	+ 2,3	+ 1,8	+ 3,5	25
2000	103,0	100,1	+ 2,2	+ 1,1	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,9	26
2001 ²⁾	104,7	100,0	+ 1,6	- 0,1	+ 1,9	+ 0,6	+ 3,2	25

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – 1991 bis 1993 alter Berichtsfirmenkreis; 1994 bis 1998: neuer Berichtsfirmenkreis. – Umsatz ohne Umsatzsteuer. – Ohne Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen. – 2) Vorläufiges Ergebnis für den Einzelhandel.

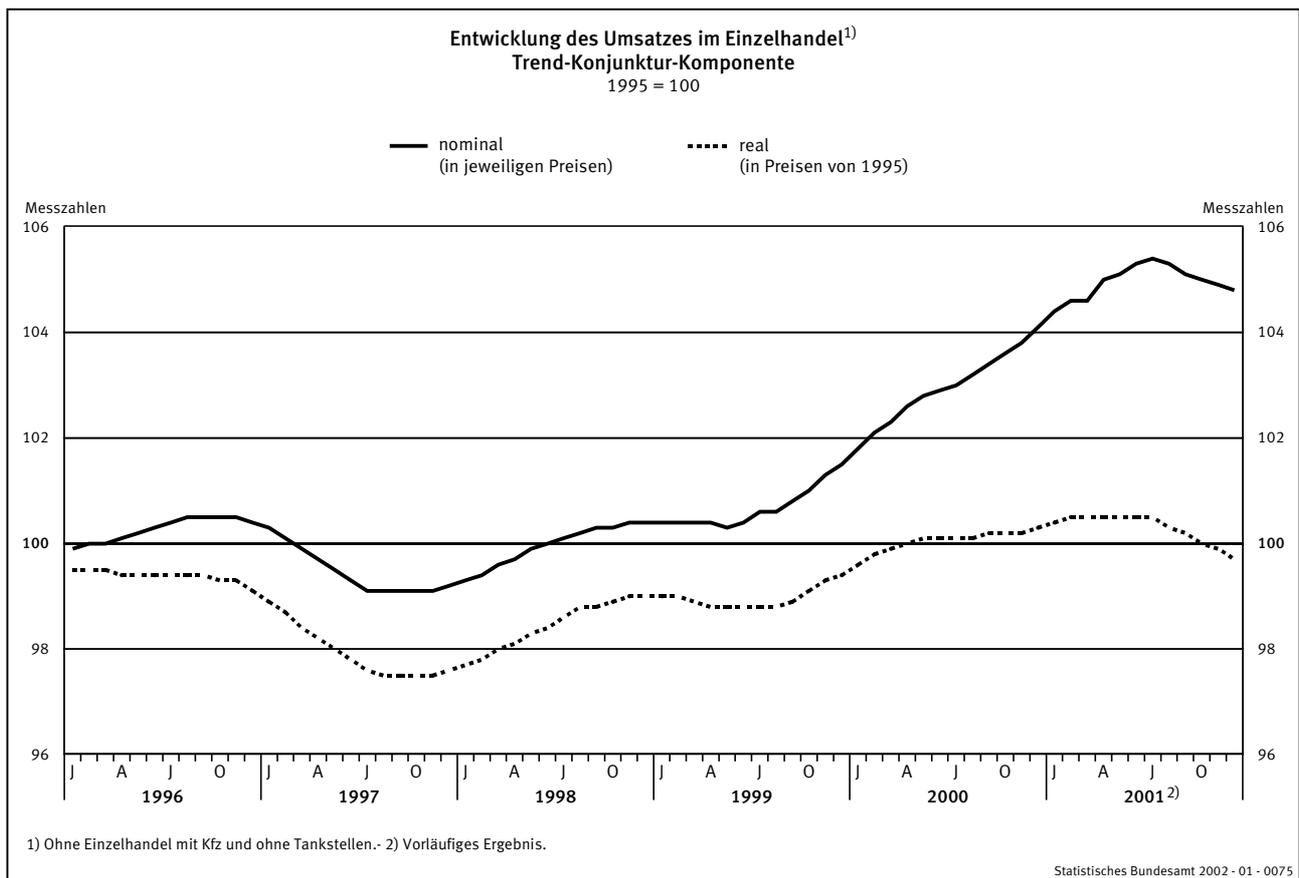
1) Nach der NACE, Rev. 1, der EU-einheitlichen Wirtschaftszweigklassifikation, werden unter dem Begriff „Einzelhandel“ die Unternehmen zusammengefasst, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt im Einzelhandel liegt (so genanntes Schwerpunktprinzip), jedoch ohne die Unternehmen, die schwerpunktmäßig mit Kraftfahrzeugen handeln, und ohne Tankstellen. NACE ist die Abkürzung für «Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés européennes» (Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft).

(nominal + 3,2%) stärker zu als der Einzelhandelsumsatz (siehe Tabelle 1). Diese Entwicklung lässt sich – mit schwankender Intensität – seit über 10 Jahren beobachten. Der langfristige Trend eines sinkenden Anteils des Einzelhandelsumsatzes an den privaten Konsumausgaben, der im vergangenen Jahr vorübergehend gebremst schien²⁾, setzte sich damit weiter fort; der Anteil ist in einem Zeitraum von 10 Jahren von einem Drittel auf ein Viertel geschrumpft³⁾ (1991: 32%; 2001: 25%, siehe Tabelle 1, letzte Spalte). Der Hauptgrund dürfte die Verlagerung der Kaufkraft vom Konsum von Waren hin zum Konsum von Dienstleistungen sein. Selbstverständlich kann die Kaufkraft nicht vollständig von den physischen Gütern, die im Einzelhandel verkauft werden, auf andere Güter (Miete, Urlaub und Reisen, Sport und Freizeit, Versicherungen, Altersvorsorge, „wellness“ usw.) verlagert werden, aber derzeit ist noch kein Ende dieser für den deutschen Einzelhandel schwierigen Entwicklung abzusehen.

Im Jahr 2001 real stagnierender Einzelhandelsumsatz

Der Einzelhandel setzte im Jahr 2001 310 Mrd. Euro (ohne Umsatzsteuer) um.⁴⁾ Nominal wurden damit im vergangenen Jahr 1,6% mehr umgesetzt als im Jahr 2000, real jedoch, also nach Eliminierung des durch Preiserhöhungen verursachten Umsatzzuwachses, errechnete sich eine Umsatzstagnation von –0,1% (siehe Tabelle 2). Im Vergleich zu dem eher „fetten“ Jahr 2000 (2000 im Vergleich zu 1999: nominal + 2,2%, real + 1,1%) und den ebenfalls positiven Jahren 1999 und 1998 war damit das Jahr 2001 ein „mageres“ Jahr. Die Konjunkturschwäche machte somit auch vor dem deutschen Einzelhandel nicht Halt. Ein Blick auf die grafische Darstellung der Trend-Konjunktur-Komponente⁵⁾ des Einzelhandelsumsatzes (siehe Schaubild 1), die unabhängig von kurzfristigen Schwankungen die langfristige wirt-

Schaubild 1



2) Siehe Lambert, E.: „Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 2000“ in WiSta 4/2001, S. 263 ff.
 3) Es gibt verschiedene Möglichkeiten, diese Quote zu berechnen. Die angegebenen 25% ergeben sich wie folgt: Die Summe der 12 Monatswerte des Jahres 2001 aus der monatlichen Einzelhandelsstatistik wird auf die Konsumausgaben bezogen. Geht man dagegen von den Ergebnissen der Jahreserhebung im Einzelhandel aus – zu den Unterschieden siehe auch Fußnote 4 –, ergibt sich ein um rund zwei Prozentpunkte höherer Anteilswert. Bezieht man außerdem den Kraftfahrzeughandel mit ein, steigert das die Quote auf über 30%. Unabhängig von der Berechnungsweise ergibt sich jedoch eine langfristig fallende Tendenz.
 4) Berechnet als Summe der zwölf Monatswerte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in der monatlichen Erhebung im Einzelhandel eine Abschneidegrenze von 250 000 Euro Jahresumsatz (je Unternehmen) angewandt wird. Die Jahreserhebung im Einzelhandel erfolgt dagegen ohne Abschneidegrenze und weist daher höhere Werte aus.
 5) Die Trend-Konjunktur-Komponente wird im Rahmen der Zeitreihenanalyse nach dem so genannten BV4-Verfahren berechnet, das im Statistischen Bundesamt für konjunkturanalytische Zwecke angewandt wird. In ihm werden die Original-Umsatzwerte in eine Trend-Konjunktur-Komponente, eine Saison- und Kalenderkomponente und eine Restkomponente zerlegt. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Berliner Verfahrens kann als Indikator für die Grundtendenz der konjunkturellen Entwicklung herangezogen werden. Sie entspringt jedoch immer nur einer reinen ex-post-Betrachtung; für eine Prognose ist sie daher nicht geeignet.

Tabelle 2: Monatliche Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes¹⁾

Berichtszeitraum	Umsatz in jeweiligen Preisen (nominal)		Umsatz in Preisen des Jahres 1995 (real)	
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %
1998	100,1	+ 1,0	98,6	+ 1,1
1. Vierteljahr	93,8	+ 0,8	92,4	+ 0,9
2. Vierteljahr	97,2	- 0,4	95,3	- 0,8
3. Vierteljahr	96,8	+ 2,1	95,4	+ 2,3
4. Vierteljahr	112,4	+ 1,4	111,1	+ 2,0
Januar	93,3	- 1,5	91,9	- 1,1
Februar	86,9	+ 0,3	85,5	+ 0,4
März	101,1	+ 3,5	99,7	+ 3,3
April	100,7	- 0,5	98,9	- 0,9
Mai	98,2	+ 0,9	96,2	+ 0,3
Juni	92,7	- 1,6	90,9	- 1,9
Juli	100,8	+ 3,1	99,2	+ 2,9
August	91,9	+ 2,5	90,7	+ 2,8
September	97,7	+ 0,9	96,4	+ 1,2
Oktober	104,1	- 1,3	102,8	- 0,8
November	106,6	+ 3,7	105,3	+ 4,3
Dezember	126,6	+ 1,9	125,2	+ 2,4
1999	100,8	+ 0,7	99,0	+ 0,5
1. Vierteljahr	95,4	+ 1,8	94,1	+ 1,9
2. Vierteljahr	96,8	- 0,4	95,0	- 0,3
3. Vierteljahr	96,8	0,0	95,1	- 0,4
4. Vierteljahr	114,1	+ 1,5	111,9	+ 0,8
Januar	91,3	- 2,1	90,1	- 2,0
Februar	87,5	+ 0,7	86,5	+ 1,2
März	107,5	+ 6,3	105,8	+ 6,1
April	98,3	- 2,4	96,4	- 2,5
Mai	96,2	- 2,0	94,4	- 1,9
Juni	95,9	+ 3,5	94,3	+ 3,7
Juli	100,6	- 0,2	98,8	- 0,4
August	93,7	+ 2,0	92,1	+ 1,5
September	96,1	- 1,6	94,3	- 2,2
Oktober	104,7	+ 0,6	102,7	- 0,1
November	108,7	+ 2,0	106,6	+ 1,2
Dezember	129,0	+ 1,9	126,5	+ 1,0
2000 ²⁾	103,0	+ 2,2	100,1	+ 1,1
1. Vierteljahr	96,7	+ 1,4	94,4	+ 0,3
2. Vierteljahr	101,5	+ 4,9	99,0	+ 4,1
3. Vierteljahr	99,6	+ 2,9	96,5	+ 1,5
4. Vierteljahr	114,3	+ 0,1	110,5	- 1,3
Januar	91,2	- 0,1	89,3	- 0,9
Februar	94,3	+ 7,8	92,0	+ 6,4
März	104,7	- 2,6	102,0	- 3,6
April	101,9	+ 3,7	99,5	+ 3,2
Mai	107,3	+ 11,5	104,6	+ 10,8
Juni	95,3	- 0,6	92,8	- 1,6
Juli	98,2	- 2,4	95,6	- 3,2
August	99,4	+ 6,1	96,5	+ 4,8
September	101,3	+ 5,4	97,4	+ 3,3
Oktober	104,6	- 0,1	100,9	- 1,8
November	111,0	+ 2,1	107,2	+ 0,6
Dezember	127,2	- 1,4	123,3	- 2,5
2001 ²⁾	104,7	+ 1,6	100,0	- 0,1
1. Vierteljahr	98,7	+ 2,1	95,2	+ 0,8
2. Vierteljahr	104,0	+ 2,5	99,1	+ 0,2
3. Vierteljahr	101,1	+ 1,5	96,1	- 0,4
4. Vierteljahr	114,8	+ 0,5	109,7	- 0,7
Januar	97,5	+ 6,9	94,3	+ 5,6
Februar	90,6	- 3,9	87,4	- 5,0
März	108,1	+ 3,2	103,9	+ 1,9
April	104,1	+ 2,2	99,7	+ 0,2
Mai	108,0	+ 0,7	102,8	- 1,7
Juni	100,0	+ 4,9	94,9	+ 2,3
Juli	101,3	+ 3,2	96,2	+ 0,6
August	101,9	+ 2,5	97,0	+ 0,5
September	100,2	- 1,1	95,2	- 2,3
Oktober	107,5	+ 2,8	102,3	+ 1,4
November	113,5	+ 2,3	108,5	+ 1,2
Dezember	123,5	- 2,9	118,3	- 4,1

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – Umsatz ohne Umsatzsteuer. – Ohne Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen. – 2) Vorläufiges Ergebnis.

schaftliche Entwicklungstendenz gut veranschaulicht, zeigt dreierlei:

- Der Umsatz im Einzelhandel insgesamt bewegt sich in einer recht engen Bandbreite. Dies gilt ganz besonders bei realer Betrachtung (nur etwa 3% Schwankung seit dem Basisjahr 1995).
- Der „Konjunkturknick“ im Jahr 2001 war im Vergleich zum vorherigen Aufschwung noch moderat.
- Seit Mitte 1997, also vier Jahre lang, war die Tendenz positiv (dabei nominal stärker ausgeprägt als real). Die Schwäche ab Mitte 2001 durchbricht diese steigende Umsatz Tendenz; es bleibt nun abzuwarten, ob sich die Abschwächung im Jahr 2002 fortsetzt oder nicht.

Ein schwaches Weihnachtsgeschäft 2001

Das Weihnachtsgeschäft in den beiden Monaten November und Dezember eines Jahres kann das Jahresergebnis im Einzelhandel wesentlich beeinflussen. Fast ein Drittel des Jahresumsatzes im Einzelhandel wird erfahrungsgemäß in diesen beiden Monaten erzielt (in einigen Branchen ist der Anteil sogar noch erheblich höher). So sicher einerseits die Saisonspitze im Dezember ist, so unsicher ist andererseits ihre Höhe. Das macht es auch so schwierig, den Jahresumsatz bereits auf der Basis des Ergebnisses für die Monate Januar bis Oktober zu schätzen, und zwar insbesondere dann, wenn wider Erwarten, wie im Jahr 2001, ein Konjunkturunbruch in die letzten beiden Monate des Jahres fällt. Außerdem führt das dazu, dass sowohl die Einzelhandelsbranche selbst als auch alle an aktuellen Konjunkturdaten Interessierten spätestens ab Anfang Dezember auf Aussagen darüber warten, wie das Weihnachtsgeschäft „läuft“.

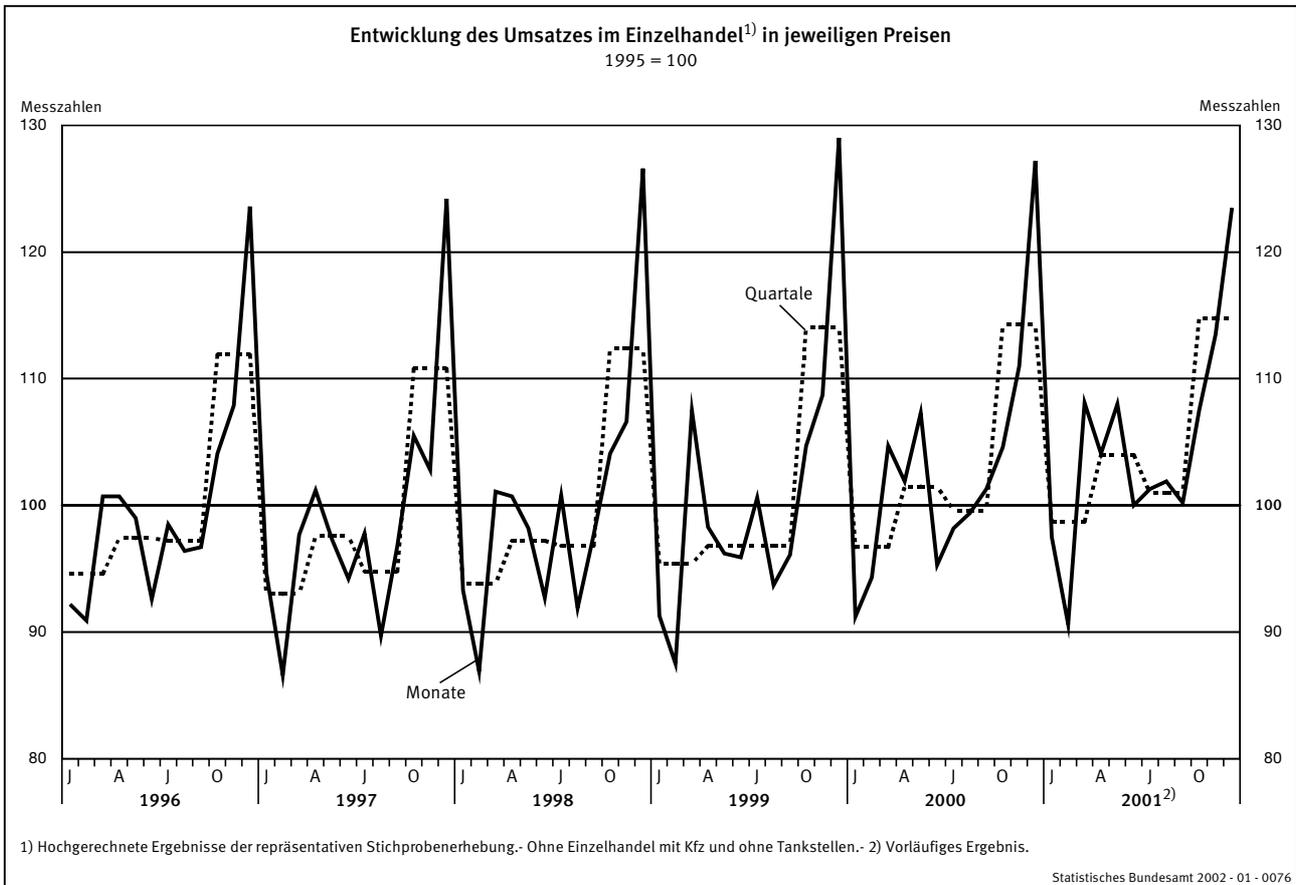
Trotz der Unsicherheit bezüglich der Höhe der Dezember-Spitze sind mehrjährige „Wellen“ festzustellen: Von 1994 bis 1996 war das Weihnachtsgeschäft rückläufig, es nahm dann bis 1999 beständig wieder zu und ging im Jahr 2000 und im Jahr 2001 abermals zurück (Dezember 2001 im Vergleich zum Dezember 2000: nominal -2,9%, real -4,1%; siehe Tabelle 2 und Schaubild 2). Auch daran zeigt sich, dass das Weihnachtsgeschäft keine Fortsetzung der Entwicklung in den vorangegangenen Monaten ist.

Lebensmittel-Facheinzelhandel verliert Kunden; Kosmetik kennt keine Konjunkturflaute

Der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen) (NACE-Position 52.1), zu dem im Wesentlichen die Großformen des Einzelhandels⁶⁾ mit Ausnahme der Bau-

6) Das sind hauptsächlich Warenhäuser, Kaufhäuser, Supermärkte, Verbrauchermärkte. Zur NACE-Position 52.1 gehören natürlich auch kleine Einzelhandelsgeschäfte, sofern sie ein Mischsortiment entsprechend den für diese NACE-Position geltenden Bedingungen führen, aber sie haben in dieser Branche nur eine völlig untergeordnete Bedeutung.

Schaubild 2



märkte (WZ-Position 52.46.3) gehören, konnte auch im „schwachen“ Jahr 2001 seinen Umsatz nominal um 3,9% und real um 1,0% ausweiten (siehe Tabelle 3).

Der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen) (NACE-Position 52.2) musste dagegen auch im Jahr 2001 – wie schon in den Vorjahren – wieder Umsatzrückgänge hinnehmen (nominal – 1,4%, real – 4,6%). An den gravierenden Umsatzverlusten dieser Branche in den letzten Jahren wird eine Änderung im Einkaufsverhalten der Verbraucher erkennbar. Das „klassische“ Lebensmittel-Fachgeschäft (Käse-, Gemüse-, Süßwaren-, Kaffee-/Tee-, Feinkost-, Tabak-, Fischgeschäft, Metzgerei usw.) mit Fachberatung und oft auch mit Bedienung, mit Waren für einen hohen Qualitätsanspruch, aber tendenziell auch höheren Preisen und mit begrenzten Öffnungszeiten, wird immer weniger aufgesucht; anstelle dessen ziehen die Verbraucher die preisgünstigeren und länger geöffneten „Alles-unter-einem-Dach-Läden“ vor, auch wenn das Sortiment im jeweiligen Bereich deutlich enger und die Qualität möglicherweise niedriger als im Facheinzelhandel sein mag. Die Transportproblematik dürfte hier auch eine wichtige Rolle spielen: Die Versorgung mit Lebensmitteln und Getränken über Lebensmittel-Fachgeschäfte erfordert lange Wege von Geschäft zu Geschäft (anders als zum Beispiel in Frankreich, wo in den weit verbreiteten Markthallen die Geschäfte zwar spezialisiert, aber örtlich zusammengefasst sind). Innerhalb des Facheinzelhandels mit Lebensmitteln,

Getränken und Tabakwaren konnte nur der Einzelhandel mit Brot und Konditorwaren (WZ-Position 52.24.1) sein Umsatzniveau seit 1995 im Wesentlichen halten (Messzahl für den Umsatz, nominal, 2001, Basis 1995: 99,1) und nur der Einzelhandel mit Wein, Sekt und Spirituosen (WZ-Position 52.25.1) seinen Umsatz erheblich ausweiten (Messzahl für den Umsatz, nominal, 2001, Basis 1995: 125,0).

Die Apotheken und der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen) (NACE-Position 52.3) setzten ihre Erfolge der vorherigen Jahre fort: Der Umsatz stieg im Jahr 2001 nominal um 6,7% und real um 5,4% gegenüber dem Jahr 2000. An diesem Erfolg waren sowohl die Apotheken (NACE-Position 52.31) (nominal + 7,0%) als auch der Einzelhandel mit kosmetischen Artikeln und Körperpflegemitteln (NACE-Position 52.33) (nominal + 7,8%), zu dem unter anderem auch die großen Drogerieketten gehören, beteiligt.

Der Umsatz im sonstigen Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen) (NACE-Position 52.4) ging im Jahr 2001 nominal um 2,2% und real um 2,8% zurück, wobei fast alle Branchen innerhalb dieser Gruppe betroffen waren (zu Einzelheiten siehe Tabelle 3). Auch hier gibt es, ähnlich wie im Lebensmittel-Facheinzelhandel, offenbar einen Abwanderungseffekt hin zu den Großformen „auf der grünen Wiese“.

Der Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen (NACE-Position 52.6), zu dem ein Konglomerat von ganz verschiedenen Ein-

Tabelle 3: Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes und der Beschäftigten nach ausgewählten Wirtschaftszweigen¹⁾
Veränderung 2001 gegenüber 2000 in %

Nr. der Klassifikation ²⁾	Wirtschaftszweig (EH = Einzelhandel)	Umsatz		Beschäftigte	
		nominal	real	insgesamt	Teilzeit
52.1	EH mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen) ..	+ 3,9	+ 1,0	+ 0,1	+ 1,5
52.11	EH mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	+ 5,3	+ 2,1	+ 1,1	+ 2,2
52.11.1	EH mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren o.a.S.	+ 5,5	+ 2,0	+ 0,1	+ 1,3
52.11.2	Sonstiger EH mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	+ 5,0	+ 2,5	+ 4,4	+ 5,1
52.12	Sonstiger EH mit Waren verschiedener Art	- 4,4	- 5,3	- 4,3	- 2,7
52.12.1	EH mit Waren verschiedener Art (ohne Nahrungsmittel)	- 1,4	- 2,0	- 1,1	+ 1,0
52.12.2	EH mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nicht-Nahrungsmittel	- 5,0	- 5,9	- 5,1	- 3,6
52.2	Fach-EH mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	- 1,4	- 4,6	- 2,9	- 3,0
52.3	Apotheken; Fach-EH mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen)	+ 6,7	+ 5,4	+ 2,7	+ 4,4
52.31	Apotheken	+ 7,0	+ 5,8	+ 2,0	+ 3,2
52.32	EH mit medizinischen und orthopädischen Artikeln ..	- 10,1	- 9,5	- 8,7	- 10,7
52.33	EH mit kosmetischen Artikeln und Körperpflegemitteln	+ 7,8	+ 6,1	+ 5,6	+ 7,3
52.4	Sonstiger Fach-EH	- 2,2	- 2,8	- 0,1	+ 2,2
52.41	EH mit Textilien	- 1,6	- 2,6	- 0,4	+ 3,8
52.42	EH mit Bekleidung	- 1,1	- 1,5	- 0,3	+ 1,1
52.43	EH mit Schuhen und Lederwaren	+ 0,9	- 1,0	+ 0,2	+ 0,5
52.44	EH mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat, a.n.g.	- 1,9	- 3,4	+ 0,2	+ 3,4
52.45	EH mit elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie Musikinstrumenten	- 5,8	- 4,6	- 2,6	- 1,5
dar: 52.45.2	EH mit Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten und Zubehör	- 6,3	- 4,6	- 2,0	- 2,0
52.46	EH mit Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf	- 3,8	- 4,3	- 0,8	+ 9,3
dar: 52.46.3	EH mit Bau- und Heimwerkerbedarf	- 2,2	- 2,7	- 0,5	+ 9,9
52.47	EH mit Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobbedarf ..	+ 1,7	- 0,3	+ 3,1	+ 5,4
52.48	Fach-EH a.n.g. (in Verkaufsräumen)	- 2,2	- 2,7	+ 0,4	+ 1,4
52.6	EH (nicht in Verkaufsräumen)	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,0	+ 2,5
dar:					
52.61	Versandhandel	- 1,5	- 2,1	+ 2,6	+ 4,4
dar: 52.61.1	Versandhandel mit Waren o.a.S.	+ 1,9	+ 1,0	+ 5,8	+ 7,2
52.63	Sonstiger EH (nicht in Verkaufsräumen)	+ 4,6	+ 10,5	- 0,8	+ 1,5
52.1-52.6	EH insgesamt ...	+ 1,6	- 0,1	+ 0,2	+ 1,9

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – Umsatz ohne Umsatzsteuer. – 2) Vorläufiges Ergebnis. – 3) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93).

zelhandelssparten gehört (Versandhandel, Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten, Einzelhandel vom Lager, unter anderem mit Brennstoffen, sonstige Einzelhandelsformen wie Haustürverkauf und Verkauf über Automaten), verzeichnete ein Plus von nominal 0,8% und real von 1,1%. Der in dieser Gruppe wichtige Versandhandel (NACE-Position 52.61) musste dabei einen Umsatzrückgang um nominal 1,5% und real von 2,1% hinnehmen.

Die Einzelhandels-Großformen gewinnen weiter an Bedeutung

Die langfristige und nur sehr langsam ablaufende Verschiebung der Umsatzanteile weg von den Kleinformen des Einzelhandels und dem Facheinzelhandel hin zu den Großformen und großen filialisierten Einzelhandelsunternehmen, die im Vorjahr einmal unterbrochen worden war, setzte sich im Jahr 2001 wieder weiter fort. Der Anteil des Einzelhandels mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen) (NACE-Position 52.1) am Gesamtumsatz stieg von 40,5% (2000) auf 41,4% (siehe Tabelle 4). Der Umsatzanteil des Facheinzelhandels mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen) (NACE-Position 52.2), der in Deutschland inzwischen nur noch eine vergleichsweise geringe Bedeutung hat, sank leicht von 3,5% (2000) auf 3,4%. Die Apotheken und der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen) (NACE-Position 52.3) konnten wie schon seit mehreren Jahren ihren Anteil ausweiten: von 11,1% (2000) auf 11,7%. Der Anteil des Sonstigen Facheinzelhandels (in Verkaufsräumen) (NACE-Position 52.4), der im Jahr 2000 seinen Umsatzanteil halten können, sank im Jahr 2001

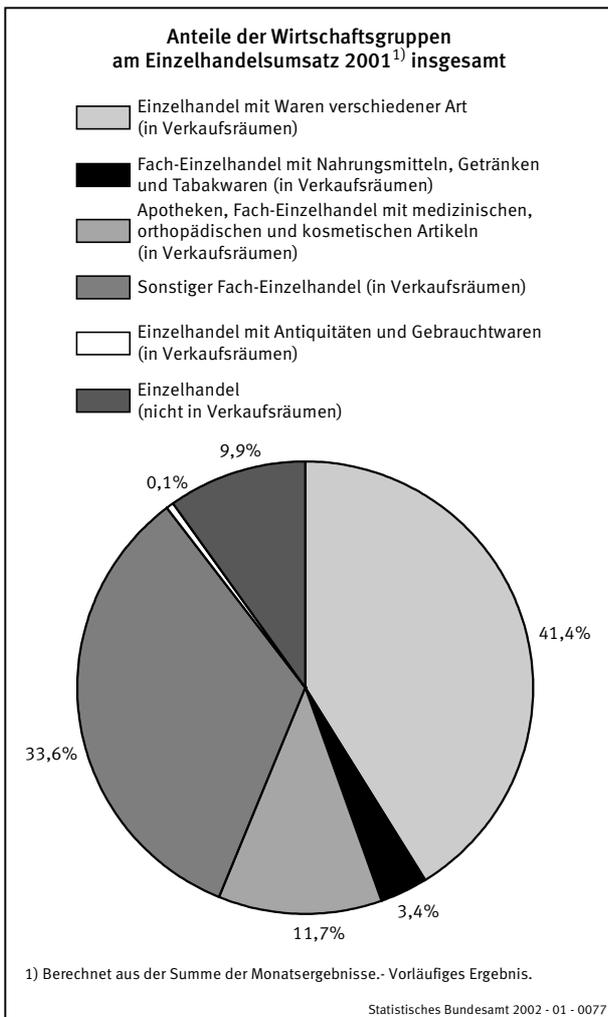
Tabelle 4: Umsatzgewicht der einzelnen Einzelhandelsbereiche Prozent

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Einzelhandelsbereich (EH = Einzelhandel)	Anteil am Einzelhandel insgesamt	
		2001	2000
52.1	EH mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	41,4	40,5
52.11	EH mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	35,7	34,4
52.12	Sonstiger EH mit Waren verschiedener Art	5,7	6,1
52.2	Fach-EH mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	3,4	3,5
52.3	Apotheken; Fach-EH mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen)	11,7	11,1
52.4	Sonstiger Fach-EH (in Verkaufsräumen)	33,6	34,9
52.5	EH mit Antiquitäten und Gebrauchsgütern (in Verkaufsräumen)	0,1	0,1
52.6	EH (nicht in Verkaufsräumen)	9,9	9,9
dar: 52.61	Versandhandel	5,4	5,6
52.1 – 52.6	EH insgesamt ...	100	100

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93).

auf 33,6% (2000: 34,9%). Die Bedeutung des Einzelhandels mit Antiquitäten und Gebrauchswaren (in Verkaufsräumen) (NACE-Position 52.5) war nach wie vor marginal (Anteil 0,1%). Der Anteil des Einzelhandels nicht in Verkaufsräumen, zu dem insbesondere der Versandhandel gehört, blieb im Jahr 2001 unverändert bei 9,9%.

Schaubild 3



Mehr Teilzeit- und weniger Vollzeitbeschäftigte

Von 1995 bis 2000 nahm die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel kontinuierlich ab. Im Jahr 2001 stieg die Zahl der Beschäftigten insgesamt erstmals wieder geringfügig um 0,2% (siehe Tabelle 5). Dieser Zuwachs kam allerdings dadurch zustande, dass die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 1,9% zunahm, während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,5% zurückging. Der Gesamtanstieg von 0,2% kann somit leicht zu falschen positiven Schlüssen verleiten, denn es hat im Wesentlichen nur eine Verlagerung von den Vollzeitbeschäftigten zu den Teilzeitbeschäftigten stattgefunden. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten wurde damit offensichtlich nur vorübergehend, als die Neuregelung des

Tabelle 5: Entwicklung der Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel¹⁾

Jahr	Beschäftigte insgesamt		Vollzeitbeschäftigte		Teilzeitbeschäftigte	
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1994	99,9	X	103,6	X	95,6	X
1995	100	+ 0,1	100	- 3,4	100	+ 4,6
1996	99,0	- 1,0	96,5	- 3,5	101,8	+ 1,9
1997	97,6	- 1,4	92,6	- 4,0	103,8	+ 1,9
1998	97,3	- 0,2	90,2	- 2,6	105,6	+ 1,7
1999	95,8	- 1,6	89,4	- 0,9	103,3	- 2,2
2000	94,9	- 1,0	88,4	- 1,0	102,4	- 0,9
2001 ²⁾	95,1	+ 0,2	87,2	- 1,5	104,3	+ 1,9

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. - Ohne Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen. - 2) Vorläufiges Ergebnis.

630 DM-Gesetzes eingeführt wurde, eingeschränkt. Dementsprechend stieg der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Beschäftigten im Einzelhandel insgesamt erstmals seit 1998 wieder auf über 50%: er lag im Durchschnitt des Jahres 2001 bei 50,8%. [\[U\]](#)

Dipl.-Verwaltungswirt Wolfgang Eimermann

Entwicklung im Großhandel im Jahr 2001

Der Beitrag berichtet über die konjunkturelle Entwicklung im Großhandel in Deutschland im Jahr 2001, teilweise auch im Vergleich zu den Vorjahren und in der Gliederung nach Branchen und Umsatzgrößenklassen.

Im Jahr 2001 sank der Umsatz der Großhandelsunternehmen nominal um 2,0%, real um 3,5%. Damit verzeichnete der Großhandel erstmals seit 1996 wieder einen Umsatzrückgang.

Innerhalb des Großhandels erzielten allerdings auch einige Großhandelsbranchen Umsatzsteigerungen, die höchste der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren (nominal + 5,9%, real + 3,9%). Unter den Branchen mit negativer Umsatzveränderung verbuchte der Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör den höchsten Umsatzrückgang (nominal - 5,8%, real - 4,9%), jeweils gegenüber dem Vorjahresergebnis.

Der Produktionsverbindungshandel und der Konsumtionsverbindungshandel verzeichneten jeweils einen Umsatzrückgang in Höhe von nominal 2,0%.

Nach Größenklassen differenziert lagen die Umsätze fast aller Großhandelsunternehmen – mit Ausnahme der Unternehmen mit einem Jahresumsatz unter 10 Mill. DM, denen generell auch die neu gegründeten Unternehmen zugerechnet werden – im Jahr 2001 unter dem Niveau des Vorjahres; bei den größten Großhandelsunternehmen mit einem Umsatz über 1 Mrd. DM betrug der Umsatzrückgang - 3,1%;

die mittleren und kleineren Unternehmen verzeichneten Umsatzrückgänge zwischen 2,3 und 4,8%.

Die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze wurde im Jahr 2001 um 1,3%, die der Teilzeitarbeitsplätze um 1,8% reduziert. Insgesamt waren im Jahr 2001 1,4% weniger Personen im Großhandel beschäftigt als im Jahr 2000. Per saldo hat der Großhandel von 1995 bis 2001 rund 10% der Arbeitsplätze abgebaut.

Vorbemerkung

Die Großhandelsunternehmen trugen im Jahr 2001 mit ihrer Wertschöpfung rund 4% zum Bruttoinlandsprodukt bei. 2,3% aller Erwerbstätigen arbeiteten in Deutschland im Großhandel; davon waren rund 37% Frauen¹⁾. Etwa 17% der im Großhandel Tätigen waren im Jahresdurchschnitt teilzeitbeschäftigt; im Einzelhandel liegt die Quote der Teilzeitbeschäftigten dagegen bei 51%.

Unter „Großhandel“ wird hier der Großhandel im Sinne der NACE, Rev. 1²⁾ verstanden (NACE-Gruppen 51.2 bis 51.7). Er umfasst die Unternehmen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt, gemessen an der Wertschöpfung, im Großhandel liegt, jedoch ohne die Unternehmen, die überwiegend Großhandel mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen betreiben.

1) Ergebnis des Mikrozensus 2000.

2) NACE ist die Abkürzung von «Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés européennes» (Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft).

Der vorliegende Beitrag befasst sich schwerpunktmäßig mit der Entwicklung des Umsatzes im Großhandel im Jahr 2001.

Großhandelsumsatz im Jahr 2001 gesunken

Der Großhandel in Deutschland setzte im Jahr 2001 knapp 0,58 Billionen Euro (1,1 Billionen DM) (ohne Umsatzsteuer) um³⁾; das waren nominal 2,0% weniger als im Jahr 2000. Real, das heißt nach Eliminierung von Preisveränderungen (in Preisen von 1995)⁴⁾, wurde 3,5% weniger als im Vorjahr abgesetzt (siehe Tabellen 1 und 2). Eine negative Entwicklung der nominalen und realen Umsätze wurde zuletzt im Jahr 1996 (nominal -2,1%, real -1,7%) festgestellt. Im nachfolgenden Zeitraum bis zum Jahr 2000 verbuchte der Großhandel nominale und reale Umsatzzuwächse gegenüber dem jeweiligen Vorjahr.

Tabelle 1: Jährliche Entwicklung des Großhandelsumsatzes¹⁾

Berichtszeitraum	Umsatz in jeweiligen Preisen (nominal)		Umsatz in Preisen des Jahres 1995 (real)	
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1995	100	+1,3	100	+0,0
1996	97,9	-2,1	98,3	-1,7
1997	100,9	+3,1	99,5	+1,2
1998	101,5	+0,6	102,6	+3,1
1999	101,6	+0,1	103,0	+0,4
2000	109,3	+7,5	105,8	+2,7
2001 ²⁾	107,1	-2,0	102,1	-3,5

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – Umsatz ohne Umsatzsteuer. – 2) Vorläufiges Ergebnis.

Über das Jahr 2001 verzeichnete der Großhandel fast stetig abnehmende Umsatzzuwächse. Das Jahr 2001 begann für die Großhandelsunternehmen zwar noch vergleichsweise positiv: Im ersten Quartal 2001 stiegen die Umsätze nominal um +3,5%, real um +0,3% und im zweiten Quartal 2001 abgeschwächt um nominal +0,4%, real um -3,2% (1. Halbjahr nominal +1,9% und real -1,5%). Im dritten Quartal 2001 wurde das Vorjahresergebnis jedoch nominal um -2,3% und real um -3,6% und im vierten Quartal sogar um nominal -8,7% und real -7,1% verfehlt. Für das zweite Halbjahr insgesamt ergab sich damit eine Umsatzveränderung gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum von nominal -5,6% und real -5,4%.

Betrachtet man zusätzlich die einzelnen Monatsergebnisse (siehe Tabelle 2), so wurde im Januar 2001 das höchste Umsatzplus (nominal +13,7%, real +10,1% gegenüber

Tabelle 2: Monatliche Entwicklung des Großhandelsumsatzes¹⁾

Berichtszeitraum	Umsatz in jeweiligen Preisen (nominal)		Umsatz in Preisen des Jahres 1995 (real)	
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %
1999	101,6	+0,1	103,0	+0,4
2000	109,3	+7,5	105,8	+2,7
2001 ²⁾	107,1	-2,0	102,1	-3,5
1999				
1. Halbjahr	99,6	-4,1	98,5	-1,6
2. Halbjahr	106,7	+4,4	107,5	+2,4
2000				
1. Halbjahr	105,0	+8,7	102,9	+4,4
2. Halbjahr	113,6	+6,5	108,6	+1,1
2001 ¹⁾				
1. Halbjahr	107,0	+1,9	101,4	-1,5
2. Halbjahr	107,2	-5,6	102,8	-5,4
1999				
1. Vierteljahr	94,0	-5,1	96,4	-1,8
2. Vierteljahr	99,2	-3,2	100,6	-1,5
3. Vierteljahr	103,3	+1,5	104,6	+0,9
4. Vierteljahr	110,1	+7,2	110,4	+3,8
2000				
1. Vierteljahr	101,1	+7,6	99,7	+3,4
2. Vierteljahr	108,9	+9,8	106,1	+5,5
3. Vierteljahr	109,9	+6,4	105,5	+0,8
4. Vierteljahr	117,3	+6,5	111,8	+3,1
2001 ²⁾				
1. Vierteljahr	104,6	+3,5	100,0	+0,3
2. Vierteljahr	109,3	+0,4	102,8	-3,2
3. Vierteljahr	107,3	-2,3	101,7	-3,6
4. Vierteljahr	107,1	-8,7	103,8	-7,1
Januar	101,0	+13,7	97,2	+10,1
Februar	98,0	-1,9	93,3	-4,9
März	114,9	+0,3	109,5	-2,8
April	106,7	+4,2	100,4	+0,2
Mai	114,7	-2,5	107,4	-6,3
Juni	106,5	-0,1	100,5	-3,0
Juli	106,5	+3,2	100,6	+0,7
August	109,3	-1,4	103,5	-2,9
September	106,1	-8,2	100,9	-8,2
Oktober	113,6	-4,5	109,1	-3,1
November	111,0	-9,5	108,4	-7,5
Dezember	96,6	-12,3	94,0	-11,0

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – Umsatz ohne Umsatzsteuer. – 2) Vorläufiges Ergebnis.

Januar 2000) und im Dezember 2001 die höchste Umsatzeinbuße (nominal -12,3%, real -11,0% gegenüber dem Vorjahresmonat) registriert.

Ein Blick auf die im Rahmen der Zeitreihenanalyse ermittelte Trend-Konjunktur-Komponente⁵⁾ veranschaulicht die konjunkturelle Abschwungphase des Großhandels im Jahr 2001 (siehe Schaubild 2).

3) Berechnet als Summe der zwölf Monatswerte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in der monatlichen Großhandelsstatistik eine Abschneidegrenze von 1,023 Mill. Euro (2 Mill. DM) Jahresumsatz (je Unternehmen) angewandt wird. Die Jahreserhebung im Großhandel erfolgt dagegen ohne Abschneidegrenze; sie weist daher stets einen höheren Wert als die Monatserhebung aus.
 4) Die Ermittlung der realen Großhandelsumsätze basiert auf Preisen von 1995. (Im Laufe des Jahres 2001 wurde im Großhandel – wie schon im Einzelhandel seit Mitte 1999 – auf eine neue Preisindexbasis 1995 = 100 umgestellt.)
 5) Die Trend-Konjunktur-Komponente wird im Rahmen der Zeitreihenanalyse nach dem so genannten „Berliner Verfahren“ (Version 4) berechnet, das im Statistischen Bundesamt für konjunkturanalytische Zwecke angewandt wird. Hierbei werden die Original-Umsatzwerte in eine Trend-Konjunktur-Komponente, eine Saison- und Kalenderkomponente und eine Restkomponente zerlegt. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Berliner Verfahrens kann als Indikator für die Grundtendenz der konjunkturellen Entwicklung herangezogen werden. Sie entspricht jedoch immer nur einer reinen ex-post-Betrachtung; für eine Prognose ist sie daher nicht geeignet.

Tabelle 3: Entwicklung des Großhandelsumsatzes und der Beschäftigten nach ausgewählten Wirtschaftszweigen¹⁾
Prozent

Nr. der Klassifikation ²⁾	Wirtschaftszweig (GH = Großhandel)	Umsatz		Beschäftigte	
		nominal	real	insgesamt	Teilzeit
		Veränderung 2001 ³⁾ gegenüber 2000			
51.21	GH mit Getreide, Saaten und Futtermitteln	+7,9	+5,9	+0,1	+5,5
51.22	GH mit Blumen und Pflanzen	-1,6	-3,1	+3,8	+4,4
51.2	GH mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	+5,9	+3,9	-0,0	+1,0
51.31	GH mit Obst, Gemüse und Kartoffeln	+12,2	+10,3	+1,6	+0,2
51.32	GH mit Fleisch, Fleischwaren, Geflügel und Wild	+4,4	-6,4	-3,0	-3,7
51.33	GH mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten	+1,3	-5,0	-3,4	+3,9
51.34	GH mit Getränken	-2,9	-4,3	-5,4	-7,8
51.35	GH mit Tabakwaren	+3,6	+0,7	-1,7	-7,1
51.36	GH mit Zucker, Süßwaren und Backwaren	+7,6	+6,0	+2,0	-21,7
51.37	GH mit Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen	-25,2	-26,0	-0,5	+3,4
51.38	GH mit sonstigen Nahrungsmitteln	+1,5	-1,4	+2,9	-1,4
51.39	GH mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ohne ausgeprägten Schwerpunkt	-2,3	-5,4	-2,5	-3,3
51.3	GH mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	+1,1	-2,3	-2,1	-4,6
51.41	GH mit Textilien	-7,6	-11,3	-2,5	-5,8
51.42	GH mit Bekleidung und Schuhen	+0,8	-0,1	-4,2	-4,4
51.43	GH mit elektrischen Haushaltsgeräten, Rundfunk- und Fernsehgeräten	-17,1	-17,2	-0,7	-4,8
51.44	GH mit Haushaltsgeräten aus Metall, keramischen Erzeugnissen, Glaswaren, Tapeten und Reinigungsmitteln	-6,5	-8,7	-5,4	-11,3
51.46	GH mit pharmazeutischen Erzeugnissen und medizinischen Hilfsmitteln	+10,7	+9,6	+5,8	+2,3
51.47	GH mit sonstigen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	-1,7	-4,3	-0,8	-0,5
51.4	GH mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	-4,7	-6,1	+0,1	-1,6
51.51	GH mit festen Brennstoffen und Mineralölzeugnissen	+4,5	+4,9	-6,4	-0,4
51.52	GH mit Erzen, Eisen, Stahl, NE-Metallen und Halbzeug	-8,0	-7,3	+0,1	-4,8
51.53	GH mit Holz, Baustoffen, Anstrichmitteln und Sanitärkeramik	-7,9	-9,6	-5,7	-4,0
51.54	GH mit Bauelementen aus Metall sowie Installationsbedarf für Gas, Wasser und Heizung	-2,6	-4,4	-2,2	-2,9
51.55	GH mit chemischen Erzeugnissen	-4,1	-7,6	-3,1	-0,4
51.56	GH mit sonstigen Halbwaren	-6,6	-10,1	+2,9	+0,4
51.57	GH mit Altmaterial und Reststoffen	-3,7	-2,5	+5,4	+7,9
51.5	GH mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	-2,0	-3,3	-3,2	-2,9
51.61	GH mit Werkzeugmaschinen	-0,9	-2,5	-1,9	+1,6
51.62	GH mit Baumaschinen	-13,9	-15,1	-4,6	-3,5
51.64	GH mit Büromaschinen und -einrichtungen	-8,1	-4,9	-0,1	+4,7
51.65	GH mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör (ohne landwirtschaftliche Maschinen)	-0,7	-2,4	+1,3	-0,2
51.66	GH mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten	-6,4	-7,6	-1,3	+1,9
51.6	GH mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	-5,8	-4,9	-0,1	+1,4
51.7	Sonstiger GH	-2,0	-1,8	-0,8	+0,3
	GH insgesamt ...	-2,0	-3,5	-1,4	-1,8

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – 2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). – 3) Vorläufige Ergebnisse.

Höchstes Umsatzwachstum im Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren

Innerhalb des Großhandels gab es auch einzelne Branchen, die – abweichend vom negativen Gesamtergebnis – im Jahr 2001 eine positive Umsatzentwicklung aufwiesen: der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren mit nominal 5,9% (real +3,9%) und der Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren mit nominal 1,1% (real -2,3%) (siehe Tabelle 3). Alle übrigen Großhandelsbranchen verbuchten 2001 Umsatzeinbußen, darunter auch der Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, der im Vorjahr sogar zweistellige Zuwachsraten verzeichnen konnte (siehe Tabelle 4). Hier sank der Umsatz um nominal 4,7% (real -6,1%), während er im Jahr 2000 nominal um 13,7% und real um 12,9% gestiegen war. Ähnlich stark klafften die Umsatzergebnisse

Tabelle 4: Entwicklung des Umsatzes in den einzelnen Großhandelsbereichen
Prozent

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Großhandelsbereich	Veränderung (nominal) gegenüber Vorjahr		
		2001	2000	1999
51.2	Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	+5,9	+7,8	-6,0
51.3	Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+1,1	-0,5	-2,9
51.4	Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	-4,7	+13,7	+2,5
51.5	Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	-2,0	+8,6	+1,3
51.6	Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör ...	-5,8	+7,8	+1,7
51.7	Sonstiger Großhandel	-2,0	+6,8	-0,7
	Großhandel insgesamt ...	-2,0	+7,5	+0,1

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93).

im Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen in den letzten beiden Jahren auseinander. In dieser Branche fiel das Umsatzergebnis im Jahr 2001 um nominal -2,0% und real -3,3% niedriger aus als im Jahr 2000 (2000: nominal +8,6%, real -4,2% gegenüber 1999). Der „Sonstige Großhandel“, zu dem Unternehmen mit breitem Sortiment ohne ausgeprägten Schwerpunkt gehören, setzte nominal 2,0% und real 1,8% weniger um als im Jahr 2000. Am ungünstigsten war die Umsatzentwicklung im Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör, er verbuchte den deutlichsten Umsatzeinbruch (nominal -5,8%, real -4,9%). Im Jahr zuvor hatte diese Branche eine beachtliche Umsatzausweitung (nominal +7,8%, real +14,7%) erzielt.

Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen ist die umsatzgewichtigste Branche

Entsprechend den unterschiedlichen Umsatzentwicklungen in den einzelnen Großhandelsbereichen [= Dreisteller der WZ 93⁶⁾] verschob sich auch das Umsatzgewicht der Branchen am Großhandelsumsatz insgesamt (siehe Tabelle 5 und Schaubild 3). Da sich diese Anteile in der Regel nur langsam und nur wenig verändern, ist in Tabelle 5 sowohl der Vergleich zum Vorjahr als auch der – in diesem Zusammenhang aussagekräftigere – Vergleich zum Jahr 1994 dargestellt.

haben. Dies ging zulasten des relativen Gewichts des Großhandels mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (1994: 22,2%, 2001: 19,6%) und des Großhandels mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren (1994: 5,7%, 2001: 5,5%).

Schaubild 3

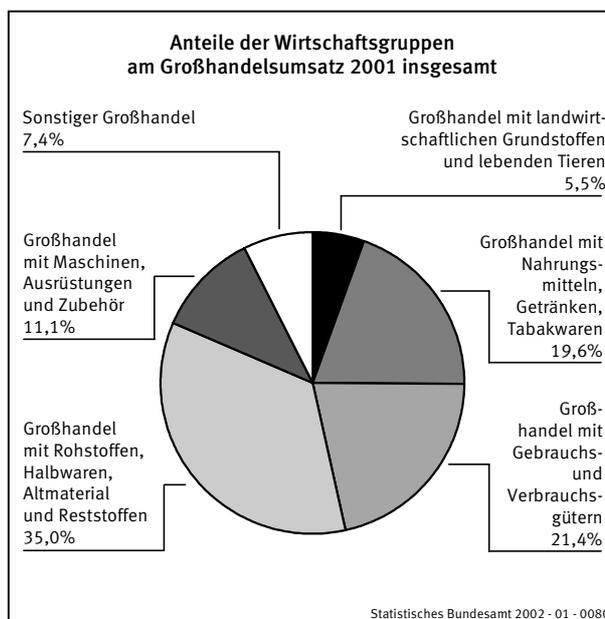


Tabelle 5: Umsatzgewicht der einzelnen Großhandelsbereiche
Prozent

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Großhandelsbereich	Anteil am Großhandel insgesamt		
		2001	2000	1994
51.2	Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	5,5	5,1	5,7
51.3	Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	19,6	19,0	22,2
51.4	Großhandel mit Gebrauchsgüter- und Verbrauchsgütern	21,4	22,0	20,8
51.5	Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	35,0	35,0	34,2
51.6	Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör ...	11,1	11,5	10,8
51.7	Sonstiger Großhandel	7,4	7,4	6,2
	Großhandel insgesamt ...	100	100	100

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93).

Der Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen ist, gemessen am Großhandelsumsatz insgesamt, unverändert die gewichtigste Branche; sein Gewicht stieg im Siebenjahreszeitraum von 1994 bis 2001 von 34,2 auf 35,0%. Auch die Branchen „Sonstiger Großhandel“, „Großhandel mit Gebrauchsgüter- und Verbrauchsgütern“ und „Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör“ gehören zu den Branchen, die an Bedeutung zugenommen

Gleich hoher Umsatzrückgang im Produktionsverbindungshandel und im Konsumtionsverbindungshandel

Betrachtet man die Unternehmen des Großhandels nach ihrer Absatzrichtung, dann lässt sich eine Typisierung in den so genannten Produktionsverbindungshandel und den so genannten Konsumtionsverbindungshandel⁷⁾ vornehmen. Bei Letzterem handelt es sich um die Großhändler, die

Tabelle 6: Entwicklung des Umsatzes im Produktions- und Konsumtionsverbindungshandel¹⁾

Jahr	Produktionsverbindungshandel ²⁾		Konsumtionsverbindungshandel ³⁾	
	1995 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1995	100	+2,0	100	+1,1
1996	97,2	-2,8	98,6	-1,4
1997	100,9	+3,8	100,8	+2,2
1998	101,5	+0,6	101,5	+0,6
1999	102,1	+0,6	101,1	-0,3
2000	110,6	+8,3	107,9	+6,7
2001 ⁴⁾	108,4	-2,0	105,7	-2,0

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – Umsatz in jeweiligen Preisen (nominal) ohne Umsatzsteuer. – 2) Produktionsverbindungshandel = WZ 51.2 + 51.5 + 51.6. – 3) Konsumtionsverbindungshandel = WZ 51.3 + 51.4 + 51.7. – 4) Vorläufiges Ergebnis.

6) WZ 93 = Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993.

7) Dem Produktionsverbindungshandel werden der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen, der Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren sowie der Großhandel mit Maschinen zugeordnet, dem Konsumtionsverbindungshandel die Bereiche Nahrungsmittel, Gebrauchsgüter und Verbrauchsgüter sowie der Großhandel mit Waren verschiedener Art.

im Wesentlichen Vorleistungen für den Einzelhandel erbringen bzw. den Einzelhandel mit Handelswaren für den Privaten Konsum beliefern. Zum Produktionsverbindungshandel zählt dagegen der Großhandel, der im Wesentlichen Produktionsgüter zur Be- und Verarbeitung für das Produzierende Gewerbe anbietet. Dieser Produktionsverbindungshandel setzte im Jahr 2001 nominal 2,0% weniger um als im Jahr 2000, insgesamt belief sich der Umsatz auf knapp 298 Mrd. Euro (580 Mrd. DM). Der Konsumtionsverbindungshandel verbuchte im Jahr 2001 ebenfalls einen Umsatzverlust von nominal 2,0% auf insgesamt knapp 279 Mrd. Euro (550 Mrd. DM). Dass die Umsatzentwicklung im Produktionsverbindungshandel der im Konsumtionsverbindungshandel entspricht, ist rückblickend auf die Entwicklung in den letzten Jahren außergewöhnlich (siehe Tabelle 6). Die Umsatzentwicklung im Produktionsverbindungshandel war seit Mitte der 1990er Jahre im Schnitt positiver. Von 1995 bis 2000 steigerte der Produktionsverbindungshandel seine Umsätze um 10,6%, der Konsumtionsverbindungshandel um 7,9%.

Rückläufiger Umsatz im Großhandel in allen Umsatzgrößenklassen

Betrachtet man die Großhandelsunternehmen in der Gliederung nach Umsatzgrößenklassen, so belegen die Ergebnisse, dass alle Unternehmen von Umsatzeinbußen betroffen waren. Die ganz großen Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 1 Mrd. DM und mehr, die im Jahr 2001 gut ein Drittel des Großhandelsumsatzes auf sich konzentrierten, verbuchten ein Umsatzminus von 3,1% gegenüber dem Vorjahr (siehe Tabelle 7). Noch höher war der Umsatzrückgang bei den Unternehmen in der Größenklasse 10 Mill. bis unter 25 Mill. DM (nominal -4,0%) und bei den Unternehmen mit 250 Mill. bis unter 1 Mrd. DM (nominal -4,8%). Ein Umsatzanstieg wurde für die kleinste Umsatzgrößenklasse ermittelt; dies hängt damit zusammen, dass in dieser die Umsätze neu gegründeter Unternehmen mit erfasst sind.

Tabelle 7: Entwicklung des Großhandelsumsatzes¹⁾ nach Größenklassen Prozent

Größenklasse von ... bis unter ... DM Umsatz	Veränderung des Umsatzes 2001 ²⁾ gegenüber 2000
unter 10 Mill. ³⁾	+15,0
10 Mill. - 25 Mill.	-4,0
25 Mill. - 50 Mill.	-3,2
50 Mill. - 100 Mill.	-2,3
100 Mill. - 250 Mill.	-2,9
250 Mill. - 1 Mrd.	-4,8
1 Mrd. und mehr	-3,1

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – Umsatz ohne Umsatzsteuer. – 2) Vorläufige Ergebnisse. – Berechnet aus der Summe der Monatsergebnisse. – 3) Einschl. der Umsätze von neu gegründeten Unternehmen.

Abnahme der Zahl der Vollzeit- und der Teilzeitbeschäftigten

Der Großhandel beschäftigte im Jahresdurchschnitt 2001 rund 1,0 Mill. Erwerbstätige. Im Laufe des Jahres 2001 ver-

minderte sich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,3% und die der Teilzeitbeschäftigten um 1,8% (siehe Tabelle 8). Damit wurde seit 1999 im dritten Jahr in Folge auch die Anzahl der Teilzeitarbeitsplätze verringert, der Abbau von Vollzeitarbeitsplätzen ist dagegen schon seit vielen Jahren feststellbar.⁸⁾

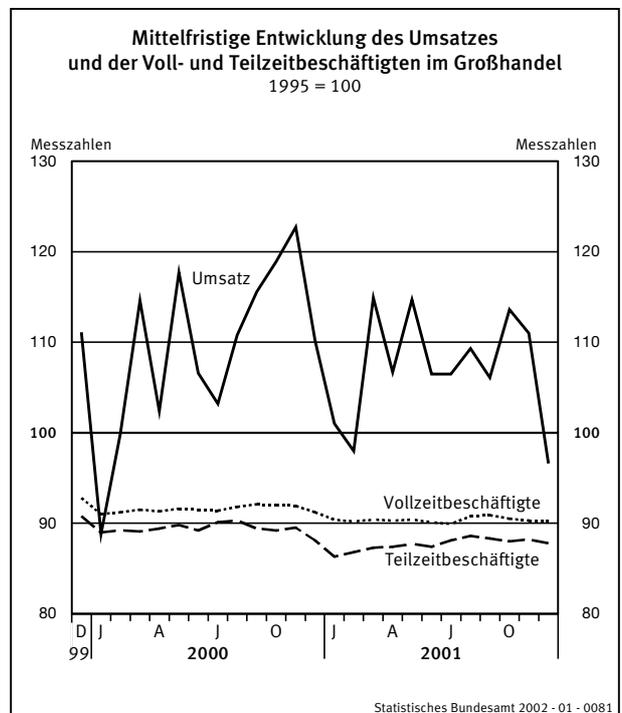
Tabelle 8: Entwicklung der Beschäftigung im Großhandel

Jahr	Beschäftigte insgesamt		Vollzeitbeschäftigte		Teilzeitbeschäftigte	
	1995 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1995	100	-0,6	100	-1,0	100	+1,4
1996	97,2	-2,7	97,2	-2,8	97,3	-2,7
1997	96,6	-0,6	96,1	-1,1	99,1	+1,9
1998	95,7	-1,0	94,7	-1,5	100,4	+1,3
1999	92,8	-3,0	92,8	-2,0	93,2	-7,2
2000	91,1	-1,8	91,5	-1,3	89,3	-4,2
2001 ¹⁾	89,9	-1,4	90,4	-1,3	87,7	-1,8

1) Vorläufiges Ergebnis.

Per saldo hat der Großhandel seit 1995 rund 10% der Arbeitsplätze abgebaut. Der Abbau von Arbeitsplätzen betraf sowohl die Teilzeit- als auch die Vollzeitarbeitsplätze, und zwar langfristig fast im gleichen Umfang.

Schaubild 4



Verglichen mit den starken Veränderungen des Umsatzes über die letzten Jahre ist die Zahl der Beschäftigten aber relativ konstant geblieben (siehe Schaubild 4). [\[U\]](#)

8) Siehe Linkert, K.: „Entwicklung der Beschäftigung im Handel und Gastgewerbe 1999“ in WiSta 4/2000, S. 239 ff.

Dipl.-Volkswirt Andreas Kuhn

Der deutsch-polnische Außenhandel im Kontext der EU-Osterweiterung

Polen wird aller Wahrscheinlichkeit nach zu den Ländern gehören, die im Jahr 2004 oder 2005 der Europäischen Union (EU) beitreten werden. Zugleich ist Polen Deutschlands bedeutendster Handelspartner unter den Beitrittskandidaten. Unser Nachbarland belegte im Jahr 2000 Rang 10 auf der Liste der Absatzmärkte für deutsche Produkte. Der deutsche Export nach Polen belief sich im Zeitraum Januar bis November 2001 auf 14,0 Mrd. Euro, was 2,4% der deutschen Gesamtausfuhr entsprach. Umgekehrt ist Deutschland für Polen seit der Hinwendung dieses Landes zur Marktwirtschaft der bei weitem wichtigste Handelspartner, auf den regelmäßig rund ein Drittel des gesamten polnischen Außenhandels entfällt.

Der vorliegende Beitrag stellt nach einer kurzen Information über unser Partnerland und den Prozess der EU-Osterweiterung den deutsch-polnischen Außenhandel zunächst aus deutscher und dann aus polnischer Sicht dar. Anschließend informiert er über den derzeitigen Stand der Vorbereitung einer Intrahandelsstatistik in Polen und die diesbezügliche Kooperation mit der Fachgruppe „Außenhandel“ des Statistischen Bundesamtes.

Vorbemerkung

In diesem Beitrag wird der deutsch-polnische Außenhandel einmal aus deutscher Sicht, das heißt auf der Basis der deutschen Außenhandelsstatistik, und dann aus polnischer Sicht (auf der Basis polnischer Außenhandelsdaten) dargestellt. Durch diese Analyse des deutsch-polnischen Außen-

handels aus verschiedenen Blickwinkeln werden Facetten des bilateralen Handels aufgezeigt, die bei einer „konventionellen“ Darstellung ausschließlich auf der Basis der deutschen Außenhandelsstatistik unberücksichtigt bleiben müssten. Hier sind zum Beispiel die Rolle der Privatwirtschaft für den polnischen Außenhandel nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschaftssystems oder die Bedeutung des „kleinen Grenzverkehrs“ für den polnischen Außenhandel zu nennen. Gleichartige Sachverhalte in der deutschen und polnischen Außenhandelsstatistik, wie zum Beispiel die Güterstruktur des polnischen Außenhandels mit Deutschland, werden ausschließlich im Abschnitt 2.1 zum bilateralen Außenhandel aus deutscher Sicht behandelt.¹⁾

Die Erweiterung der EU um neue Mitgliedsländer in Mittel- und Osteuropa tritt in ein zunehmend konkreteres Stadium. Bekanntlich sind neue EU-Mitglieder grundsätzlich verpflichtet, bei ihrem Beitritt den kompletten Bestand an EU-Rechtsvorschriften („acquis communautaire“) zu übernehmen, wozu auch die durch EU-Recht vorgeschriebenen Statistiken gehören. Hierzu zählt auch die Intrahandelsstatistik zur Erfassung des Außenhandels mit Gemeinschaftswaren. Der vorliegende Beitrag geht deshalb auch darauf ein, welchen Stand die Vorbereitungen zur Einführung dieser Erhebung in Polen erreicht haben, und informiert über die Kooperation zwischen dem polnischen Statistischen Zentralamt und dem Statistischen Bundesamt im Bereich der Außenhandelsstatistik. Abschließend werden kurz die Auswirkungen einer EU-Mitgliedschaft Polens auf die Erhebung der deutschen Außenhandelsstatistik beschrieben.

1) Zwar ergeben sich bei einer Gegenüberstellung gleichartiger Sachverhalte aus den Außenhandelsstatistiken („Spiegelvergleiche“) erfahrungsgemäß gewisse Abweichungen aufgrund methodischer Unterschiede oder von Fehlern der Anmelder (z. B. falsche Länderangaben). Auf einen solchen Spiegelvergleich, wie er z. B. mit Spanien und den Niederlanden in dieser Zeitschrift schon beschrieben wurde, wird hier jedoch verzichtet.

1 Unser Nachbarland Polen und die EU-Osterweiterung

Deutschlands direkter östlicher Nachbar Polen wird zusammen mit der Tschechischen Republik und Ungarn aller Voraussicht nach zu den ersten Ländern gehören, die der EU beitreten können. Derzeit wird davon ausgegangen, dass die nächste Erweiterungsrunde der EU im Jahr 2004 oder spätestens 2005 stattfinden wird. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder haben auf allen EU-Ratssitzungen der letzten Jahre das Ziel eines baldigen Beitritts mittel- und osteuropäischer Länder bestätigt, wobei ein Beitritt an die Erfüllung bestimmter politischer und wirtschaftlicher Bedingungen geknüpft ist. Darüber hinaus wird auch die derzeit noch westeuropäische Staatengemeinschaft ihre Organisations- und Entscheidungsstruktur im Zuge der Osterweiterung ändern.²⁾ So schuf der Europäische Rat von Nizza im Dezember 2000 die Voraussetzungen dafür, dass die EU auch nach der Osterweiterung politisch handlungsfähig bleiben wird, indem u. a. bei EU-Ratsentscheidungen das Mehrheitsprinzip verstärkt angewandt wird. Derzeit führt die EU Beitrittsgespräche mit zwölf Bewerberländern, die – mit Ausnahme von Zypern und Malta – alle in Mittel- und Osteuropa liegen. Polen gehört zu denjenigen Ländern, mit denen die EU bereits seit 1998 Beitrittsverhandlungen führt.

Das deutsch-polnische Verhältnis gilt auf politischer Ebene als unproblematisch, nachdem durch den Grenzbestätigungsvertrag und den so genannten Nachbarschaftsvertrag, die beide Anfang 1992 in Kraft traten, die völkerrechtliche Grundlage für das künftige Miteinander beider Länder geschaffen wurde.³⁾ Auch wirtschaftlich hat sich das deutsch-polnische Verhältnis seit dem Zusammenbruch des planwirtschaftlich-sozialistischen Systems in Osteuropa ausgesprochen positiv entwickelt. Dies liegt auch im deutschen Interesse, denn Polen gehört nicht nur flächenmäßig (312 685 km²) zu den großen Volkswirtschaften Osteuropas, sondern ist derzeit auch der größte Absatzmarkt für deutsche Exportgüter in Mittel- und Osteuropa. Mit einer Bevölkerung von knapp 39 Mill. Einwohnern hat der polnische Markt noch ein hohes Wachstumspotenzial, zumal das polnische Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Jahr 2000 erst rund 40% des EU-Durchschnitts erreichte.⁴⁾ Zudem verzeichnete die polnische Wirtschaft in den vergangenen Jahren rund doppelt so hohe Wachstumsraten wie die EU.

Natürlich hat Polen wie alle anderen Transformationsländer nach wie vor mit erheblichen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen, die auch Hindernisse für den Beitritt zur EU darstellen. Hier ist, neben der in den vergangenen Jahren recht hohen polnischen Inflationsrate, vor allem die hohe Arbeitslosigkeit in unserem Nachbarland zu nennen – die polnische Arbeitslosenquote belief sich im Jahr 2000 auf 16%. Ein weiteres Hindernis Polens auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft ist die nach wie vor hohe Bedeutung der Landwirt-

schaft, in der im Jahr 2000 ein knappes Fünftel (19%) der Beschäftigten arbeitete (EU-Durchschnitt: 4,3%).

Polens Wirtschaft ist bereits eng mit der EU verflochten, was sich daran zeigt, dass im Jahr 2000 rund 60% der Einfuhren Polens aus der EU stammten und etwa 70% der polnischen Ausfuhren für diesen Wirtschaftsraum bestimmt waren. Im Gegenzug machten die Importe aus Polen im gleichen Jahr nur 2,3% der gesamten EU-Importe aus, während sich der Anteil der für Polen bestimmten Exporte an den gesamten EU-Ausfuhren auf 3,6% belief. Wie das Kapitel über den polnischen Außenhandel zeigen wird, sind die außenwirtschaftlichen Bindungen Polens mit Deutschland weit enger als mit allen anderen EU-Ländern. Die außenwirtschaftliche Verflechtung Polens und Deutschlands wird auch durch die hohe Zahl der deutschen Direktinvestitionen in Polen belegt, die sich bis Ende 2000 auf knapp 6 Mrd. US-Dollar beliefen, womit Deutschland zu den bedeutendsten Investoren in Polen gehört.

2 Der bilaterale Außenhandel mit Polen aus deutscher Sicht

2.1 Starke Expansion des deutschen Außenhandels mit Polen seit 1995

In der Zeit des sozialistischen Wirtschaftssystems in Osteuropa war der deutsch-polnische Außenhandel relativ ausgeglichen, das heißt Ausfuhren und Einfuhren veränderten sich im Zeitablauf meist in gleichem Umfang und in die gleiche Richtung. Folglich waren die aus deutscher Sicht registrierten Ausfuhrüberschüsse bzw. -defizite bezogen auf das Volumen des bilateralen Außenhandels gering. Das änderte sich auch in den ersten Jahren nach der Wende zur Marktwirtschaft in Polen nicht wesentlich.⁵⁾ Seit einigen Jahren entwickelt sich der deutsch-polnische Außenhandel in beiden Handelsrichtungen jedoch ausgesprochen dynamisch, wobei sich in den letzten Jahren regelmäßig beträchtliche deutsche Ausfuhrüberschüsse einstellten. Abgesehen vom Jahr 1999 verzeichneten sowohl Deutschlands Exporte nach Polen als auch die Importe von dort fast durchweg zweistellige Zuwachsraten. Im Jahr 2000 stiegen die deutschen Ausfuhren nach Polen um 17,6% gegenüber 1999, die deutschen Einfuhren wuchsen im gleichen Zeitraum sogar um 29,3%.

Auch im gegenwärtig in der deutschen Außenhandelsstatistik nachgewiesenen Zeitraum Januar bis November 2001 expandierten die deutschen Einfuhren aus Polen kräftig (+14,3% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum) und beliefen sich insgesamt auf 12,4 Mrd. Euro. Damit legten die Einfuhren aus Polen ein weit höheres Wachstumstempo vor, als die deutsche Gesamteinfuhr im gleichen Zeitraum (+4,1%). Demgegenüber entwickelten sich die deutschen Ausfuhren nach Polen im Zeitraum Januar

2) In diesem Zusammenhang sind insbesondere die EU-Ratssitzungen in Nizza im Dezember 2000, in Göteborg im Juni 2001 und in Laeken im Dezember 2001 zu nennen. Siehe dazu auch Kuhn, A.: „Der Außenhandel mit den EU-Beitrittskandidaten“ in WiSta 9/ 1998, S. 754 ff.; dort wird auf die EU-Ratssitzung in Kopenhagen (1993) eingegangen, auf der die Beitrittskriterien formuliert wurden.

3) Diese und die später folgende Information zu den deutschen Direktinvestitionen in Polen (auf polnischer Datenbasis) wurden der Homepage des Auswärtigen Amtes entnommen (siehe www.auswaertiges-amt.de unter der Rubrik „Länder- und Reiseinformationen“).

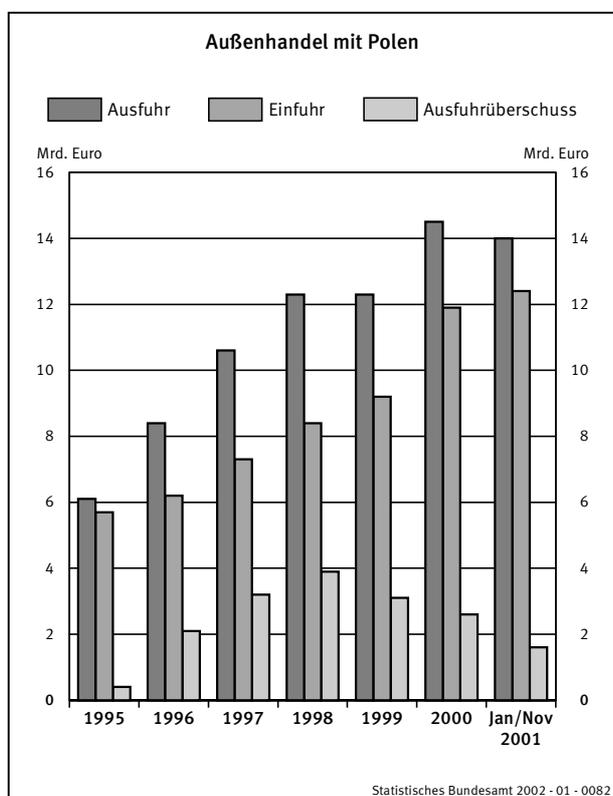
4) Siehe „EU-Erweiterung – Schlüsselzahlen über die Bewerberländer“ – Pressemitteilung des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) vom 13. Dezember 2001; dieser Unterlage sind auch die nachfolgenden Zahlenangaben entnommen.

5) Zum deutsch-polnischen Außenhandel bis 1997 siehe auch den in Fußnote 2 genannten Aufsatz.

bis November 2001 etwas unterdurchschnittlich (+ 5,6% auf 14,0 Mrd. Euro, deutsche Gesamtausfuhr: + 7,6%).

Wie Schaubild 1 belegt, wuchsen die deutschen Ausfuhren nach Polen zwischen 1995 und 1998 schneller als die deutschen Einfuhren von dort. Folglich stieg der deutsche Ausfuhrüberschuss im Handel mit Polen in diesen Jahren stark an und erreichte sein Maximum im Jahr 1998 (3,9 Mrd. Euro). In den folgenden Jahren und im derzeit statistisch nachgewiesenen Zeitraum Januar bis November 2001 legten hingegen die Importe aus Polen stärker zu als die Exporte in unser Nachbarland. Infolgedessen schmolz der deutsche Ausfuhrüberschuss im bilateralen Handel sukzessive wieder ab und belief sich für das Jahr 2000 auf 2,6 Mrd. Euro und für den Zeitraum Januar bis November 2001 auf 1,6 Mrd. Euro.

Schaubild 1



2.2 Investitionsgüter prägen den deutschen Außenhandel mit Polen

Bei der Güterstruktur der *deutschen Ausfuhren*⁶⁾ mit Bestimmungsland Polen dominierten im Jahr 2000 wie schon in den Jahren zuvor Investitionsgüter. So waren die wichtigsten deutschen Exportprodukte bei einer Gesamtausfuhr nach Polen im Wert von 14,5 Mrd. Euro Maschinen (2,3 Mrd. Euro), chemische Erzeugnisse (1,9 Mrd. Euro), Kraftfahrzeuge (1,8 Mrd. Euro), Textilien und Bekleidung (1,1 Mrd. Euro) sowie Gummi- und Kunststoffwaren (0,9

Mrd. Euro). Auf diese fünf Gütergruppen entfielen 55% der deutschen Ausfuhren nach Polen. Insbesondere die gestiegenen Investitionen deutscher Firmen zum Aufbau eigener Produktionsanlagen in Polen führten dazu, dass Maschinenbauerzeugnisse inzwischen das wichtigste Ausfuhrgut nach Polen sind. Die *Importe aus Polen* bestanden vor allem aus Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen (1,8 Mrd. Euro), Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten und Spielwaren (1,4 Mrd. Euro), Eisen- und Stahlerzeugnissen sowie NE-Metallen und -erzeugnissen (1,1 Mrd. Euro) sowie Textilien und Bekleidung (1,4 Mrd. Euro). Bemerkenswert ist, dass landwirtschaftliche Erzeugnisse mit einem Einfuhrwert von 0,1 Mrd. Euro bzw. von einem Prozentpunkt an der deutschen Gesamteinfuhr aus Polen eine völlig untergeordnete Rolle spielten, obwohl die Landwirtschaft in Polen einen weit höheren Beitrag zur Wirtschaftsleistung erbringt, als in den EU-Ländern üblich. Die geringe Einfuhr solcher Produkte dürfte eine Folge der EU-Agrarmarkordnung sein.

Auffallend ist auch der hohe Anteil an intra-industriellem Handel im Kfz-Bereich, der auf Beziehungen zwischen deutschen Unternehmen und ihren Niederlassungen in Polen hindeutet. Die Daten zum Handel mit Textilien und Bekleidung geben Hinweise auf in Polen stattfindende (Lohn-) Veredelungsvorgänge: So exportierte Deutschland im Jahr 2000 das Vorprodukt „Textilien“ im Wert von 1,0 Mrd. Euro nach Polen und Bekleidung (= Endprodukt) lediglich im Wert von 0,2 Mrd. Euro. Aus Polen importiert wurden demgegenüber überwiegend Bekleidung (1,0 Mrd. Euro), jedoch kaum Textilien (0,4 Mrd. Euro).

2.3 Polen war im Jahr 2000 wichtigster Handelspartner in Mittel- und Osteuropa

Aufgrund der hohen Dynamik im deutsch-polnischen Außenhandel ist die Bedeutung Polens als Handelspartner Deutschlands in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. So verbesserte sich Polen unter den Zielgebieten für deutsche Exporte von Rang 13 im Jahr 1995 auf Rang 10 im Jahr 2000. Damit war Polen im Jahr 2000 der wichtigste Markt für deutsche Exportprodukte in Mittel- und Osteuropa. Im Übrigen exportieren deutsche Unternehmen inzwischen mehr Waren nach Polen als in verschiedene EU-Länder (z. B. Dänemark).

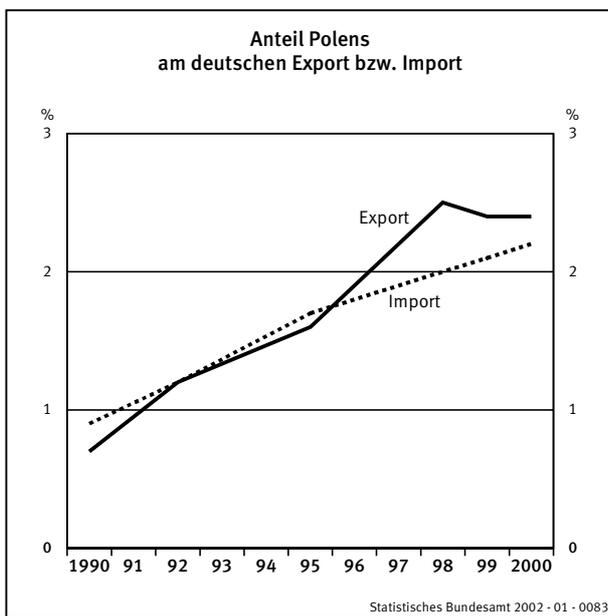
Tabelle 1: Rangfolge ausgewählter Länder Mittel- und Osteuropas als Handelspartner Deutschlands

Land	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Einfuhr						
Polen	15	16	16	13	14	14
Tschechische Republik	17	17	17	12	13	13
Ungarn	24	22	18	16	15	16
Russische Föderation	13	12	12	15	16	12
Ausfuhr						
Polen	13	12	10	10	10	10
Tschechische Republik	14	14	13	12	13	13
Ungarn	21	19	17	15	15	14
Russische Föderation	16	15	14	16	20	19

6) Diese Auswertung wurde auf der Basis des Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995, vorgenommen.

Auch einseitig ist Polen für die deutsche Wirtschaft ein wichtiger Handelspartner. Wie Tabelle 1 entnommen werden kann, belegte Polen bei der deutschen Einfuhr im Jahr 2000 bereits den 14. Rang hinter der Tschechischen Republik (Rang 13), noch vor Ungarn (Rang 16). Entsprechend stieg auch der Anteil Polens am gesamten deutschen Außenhandel von jeweils weniger als einem Prozentpunkt im Jahr 1990⁷⁾ und rund 1,5% in beiden Handelsrichtungen im Jahr 1995 auf über 2% im Jahr 2000 (siehe Schaubild 2). Trotz dieser stark gestiegenen Handelsanteile ist Polen für Deutschland aber ein weit weniger bedeutender Handelspartner, als es umgekehrt der Fall ist, wie in Kapitel 4 gezeigt wird.

Schaubild 2



3 Informationen zum polnischen Außenhandel

3.1 Der polnische Außenhandel als Spiegel historischer Entwicklungen

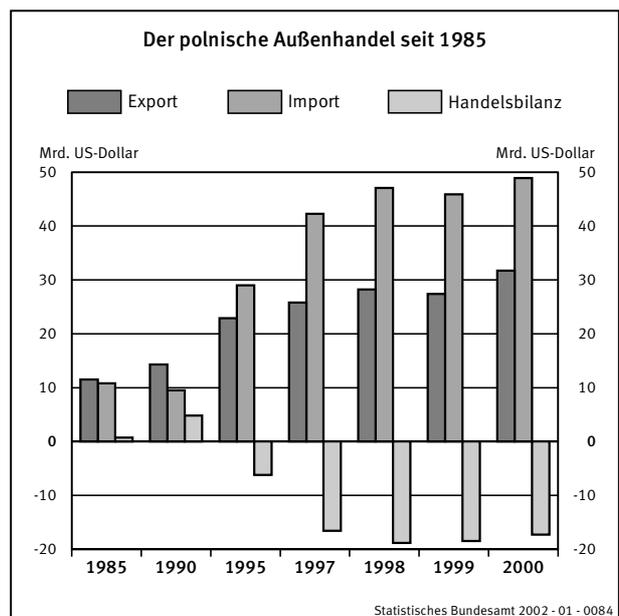
Der polnische Außenhandel ist ein Spiegelbild der historischen Entwicklungen und der damit einhergehenden Änderungen der Wirtschaftsordnung. Vor dem zweiten Weltkrieg war die Handelsverflechtung Polens mit den Ländern Westeuropas sehr eng. Deutschland war bereits damals zweitwichtigster Handelspartner Polens, so beispielsweise 1929, als Polen rund 27% aller Importe aus Deutschland bezog und 31% seiner Exporte in Deutschland absetzte.⁸⁾ Während der Zeit der sozialistischen Planwirtschaft war die ehemalige Sowjetunion regelmäßig mit weitem Abstand der wichtigste Handelspartner Polens in beiden Verkehrsrich-

tungen, gefolgt von anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks, wobei zumeist die ehemalige DDR und die damalige Tschechoslowakei die nächsten Plätze in der Rangfolge der wichtigsten Handelspartner belegten. 1980 war allerdings bereits das frühere Bundesgebiet hinter der Sowjetunion zweitwichtigster Handelspartner Polens (Anteil am polnischen Export: 8,1%, am polnischen Import: 6,7%). Nach der Auflösung des ehemaligen Ostblocks und der Hinwendung zur Marktwirtschaft kam es zu einer völligen Änderung der Länderstruktur des polnischen Außenhandels. Ein Grund lag darin, dass die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion – bis dahin Hauptabnehmer für polnische Exportprodukte – in eine langjährige Wirtschaftskrise gerieten und als Exportmärkte weitgehend wegfielen. Die Rolle Deutschlands für den heutigen polnischen Außenhandel wird im nächsten Kapitel dargestellt.

3.2 Importüberschüsse kennzeichnen polnischen Außenhandel seit Einführung der Marktwirtschaft

Wenige Jahre nach Einführung der Marktwirtschaft wurden negative Außenhandelsbilanzsalden zu einem Kennzeichen des polnischen Außenhandels, das heißt die polnischen Importe überstiegen regelmäßig die polnischen Exporte. Dies ist nicht per se als negativ zu bewerten, da ein Großteil der polnischen Importe auf Investitionsgüter entfällt, die zum Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft beitragen. Wie Schaubild 3 belegt, erzielte Polen 1990 noch einen beträchtlichen Ausfuhrüberschuss (4,8 Mrd. US-Dollar), doch bereits in den Jahren 1992 bis 1994 (im Diagramm nicht dargestellt) ergaben sich Importüberschüsse von mehreren Milliarden US-Dollar (1992: 2,7 Mrd. US-Dol-

Schaubild 3



7) Anteil Polens im Jahr 1990 an der deutschen Gesamtausfuhr: 0,9%, an der Gesamteinfuhr: 0,7%.

8) Sämtliche numerischen Angaben in diesem Abschnitt sind dem Statistischen Jahrbuch Polens für das Jahr 2001 bzw. dem polnischen Jahrbuch für die Außenhandelsstatistik entnommen, die vom Statistischen Zentralamt Polens herausgegeben werden (CD-Rom-Ausgaben).

lar, 1993 und 1994: jeweils knapp 5 Mrd. US-Dollar). Dieses Defizit wuchs bis zum Jahr 1997 auf 16,6 Mrd. US-Dollar an und stieg dann mit moderaterem Tempo weiter (Einfuhrüberschuss 1998: – 18,8 Mrd. US-Dollar); im Jahr 1999 sank es geringfügig (auf – 18,5 Mrd. US-Dollar) und im Jahr 2000 schließlich deutlich auf – 17,3 Mrd. US-Dollar. Diese positive Entwicklung des Jahres 2000 setzte sich im ersten Quartal 2001 fort, in dem sich der Importüberschuss Polens gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal um rund ein Fünftel reduzierte (Importüberschuss im ersten Quartal 2001: 3,4 Mrd. US-Dollar, gegenüber 4,2 Mrd. US-Dollar im ersten Quartal 2000).⁹⁾ Mit anderen Worten wachsen derzeit die polnischen Exporte weit kräftiger als die polnischen Importe. Gemäß den von den Vereinten Nationen veröffentlichten Außenhandelszahlen Polens für das erste Quartal 2001 stiegen die polnischen Exporte gegenüber dem ersten Quartal 2000 um knapp 18%, dem stand ein Importzuwachs von nur rund 4% im gleichen Zeitraum gegenüber.

3.3 Privatunternehmen als Triebfeder des polnischen Außenhandels

Nach der politischen Wende und dem Zerfall des sozialistischen Wirtschaftssystems entwickelte sich der Privatsektor in Polen zur Triebfeder der marktwirtschaftlichen Transformation, und entsprechend dominieren zunehmend privat geführte Unternehmen den polnischen Außenhandel. Die polnische Außenhandelsstatistik weist nach, ob Außen-

handelstransaktionen von privatwirtschaftlich organisierten oder von staatlichen Unternehmen durchgeführt werden und kann somit exakte Informationen zur „Privatisierung des polnischen Außenhandels“ liefern. Schaubild 4 zeigt, dass 1990 noch 95% des polnischen Exports von Staatsunternehmen getätigt wurden, im Jahr 2000 hingegen nur noch 16%. Ähnlich war der Bedeutungsverlust der Staatsunternehmen auf der Importseite: Sie tätigten 1990 86% der Importe, im Jahr 2000 ebenfalls nur noch 16%. Diese Verschiebung der Handelsanteile zeigt, dass der von Privatunternehmen durchgeführte Außenhandel weit dynamischer wuchs als derjenige der staatlichen Unternehmen. Vergleicht man die Werte der Jahre 1992 und 2000, so hat sich in diesem Zeitraum der Export der Staatsunternehmen verdoppelt, derjenige der Privatunternehmen versiebzehnfacht. Im gleichen Zeitraum stieg der Import der Staatsunternehmen auf das Dreieinhalbfache, während sich der Import der Privatwirtschaft verfünzfachte.

4 Der Außenhandel mit Deutschland aus polnischer Sicht

4.1 Deutschland ist in beiden Handelsrichtungen Polens wichtigster Handelspartner

Die Hinwendung zur Marktwirtschaft ging mit einer starken Orientierung auf Handelspartner in Westeuropa einher. Im Jahr 2000 entfielen rund 70% der polnischen Exporte auf EU-Länder und fast zwei Drittel der Importe (61,2%) kamen von dort. Wichtigster Handelspartner für Polen ist seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaftsordnung Deutschland. Deutschlands Anteil an den polnischen Exporten stieg von 25,1% (1990) auf 36,3% (1998) und liegt seitdem regelmäßig über einem Drittel der polnischen Gesamtexporte. Ein knappes Viertel der polnischen Importe kam in den letz-

Schaubild 4

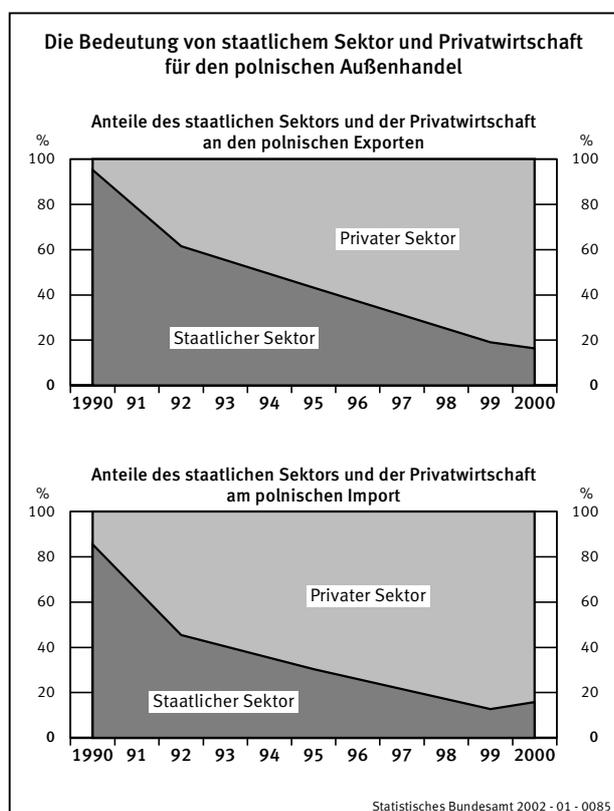
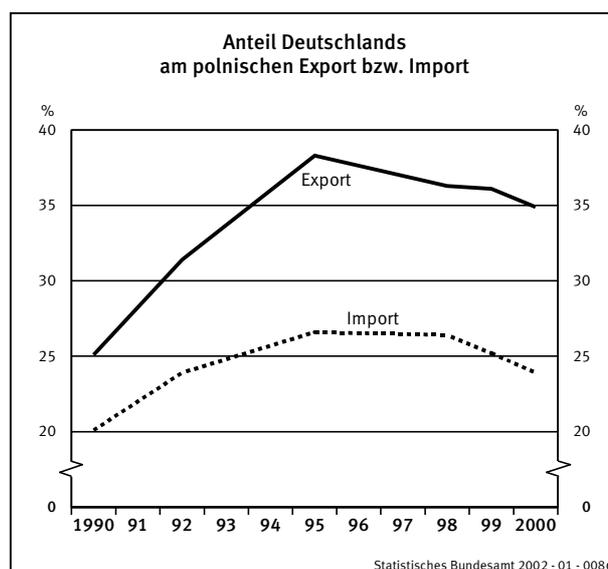


Schaubild 5

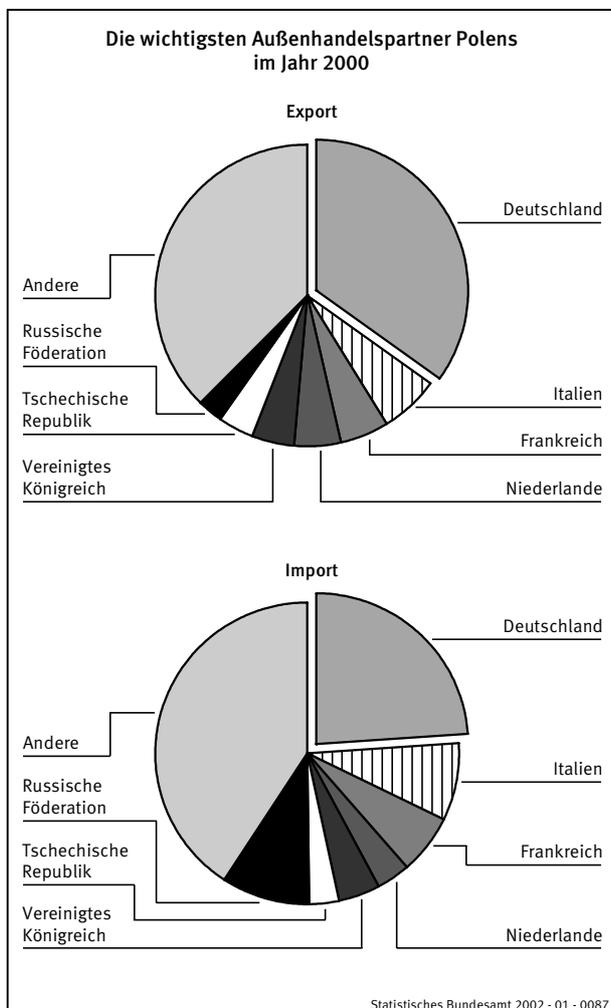


9) Diese Angaben finden sich im „Monthly Bulletin of Statistics“ der Vereinten Nationen vom November 2001, S. 131.

ten Jahren aus Deutschland, womit Deutschland aus polnischer Sicht auch wichtigster Bezugsmarkt für Produkte aus dem Ausland war (siehe die Schaubilder 5 und 6).

Nach Deutschland war Italien in den Jahren 1998 und 1999 in beiden Handelsrichtungen zweitwichtigster Handelspartner Polens. Im Jahr 2000 konnte Italien seine Stellung als zweitwichtigster Absatzmarkt für polnische Exportgüter (mit einem Anteil von 6,3% der polnischen Exporte) behaupten, während das zweitwichtigste Bezugsland für Importwaren in diesem Jahr die Russische Föderation war (mit einem Anteil von 9,4% der polnischen Importe). Weitere für den polnischen Außenhandel bedeutsame Handelspartner waren Frankreich, die Niederlande und das Vereinigte Königreich. Die „anderen Länder“ im Schaubild 6 umfassen zahlreiche weitere Handelspartner mit überwiegend kleinen Handelsanteilen.

Schaubild 6



4.2 „Kleiner Grenzverkehr“ mit Deutschland ist sehr lebhaft

Angaben zum „kleinen Grenzverkehr“ gehen nicht in die (bisher vorgestellten) Ergebnisse der polnischen Außen-

handelsstatistik ein. Die polnischen Veröffentlichungen zur Außenhandelsstatistik enthalten aber interessante Zusatzinformationen zum Phänomen des grenzüberschreitenden Kleinhandels, der von Privatpersonen oder Kleinhändlern getrieben wird. Datenbasis hierfür sind polnische Erhebungen an den Grenzübergängen, die sich auf den Kauf bzw. Verkauf von Waren und Dienstleistungen von bzw. an Privatpersonen beziehen; sie werden nicht mittels des auch in Polen für Außenhandelstransaktionen vorgeschriebenen Einheitspapiers erfasst. Die Käufe von Waren, die ausländische Privatpersonen (z. B. Tagestouristen) oder Kleinhändler in Polen tätigen, könnte man aus polnischer Sicht als „Quasi-Exporte“ einstufen, die entsprechenden Käufe von polnischen Staatsangehörigen im Ausland als polnische „Quasi-Importe“.

Im Jahr 2000 wurden solche „Quasi-Exporte“ in Höhe von rund 1,6 Mrd. US-Dollar und Quasi-Importe in Höhe von knapp 0,7 Mrd. US-Dollar getätigt. Würde man diese Angaben in die „offizielle“ polnische Außenhandelsstatistik integrieren, so stiegen die polnischen Exporte im Jahr 2000 um 5%, die polnischen Importe um 1,4%. Die nachfolgende Tabelle 2 zeigt, dass über die Hälfte des kleinen Grenz-

Tabelle 2: Kleiner Grenzverkehr (Warenhandel) mit Ausländern an den polnischen Außengrenzen im Jahr 2000
Prozent

Nachbarland	Lebensmittel	Nicht-Lebensmittel	Insgesamt
Ausgaben von Ausländern aus folgenden Nachbarländern („Exporte“)			
Russische Föderation	2,3	2,2	2,2
Litauen	0,8	1,3	1,1
Weißrussland	12,8	18,8	17,0
Ukraine	14,8	10,2	11,6
Slowakei	1,9	5,7	4,5
Tschechische Republik ...	7,5	11,9	10,5
Deutschland	59,8	49,9	53,0
Insgesamt ...	100	100	100
Ausgaben von Polen in nachfolgenden Nachbarländern („Importe“)			
Russische Föderation	2,8	2,2	2,5
Litauen	0,1	0,2	0,2
Weißrussland	0,6	0,5	0,5
Ukraine	0,6	0,2	0,4
Slowakei	16,8	2,0	10,2
Tschechische Republik ...	36,9	7,7	23,8
Deutschland	42,1	87,3	62,4
Insgesamt ...	100	100	100

verkehrs an der polnisch-deutschen Grenze stattfindet. So wurden 53% der im kleinen Grenzverkehr getätigten Verkäufe an Ausländer an der Grenze zu Deutschland nachgewiesen, und fast zwei Drittel (62%) der Ausgaben von Polen im grenznahen Ausland erfolgten in Deutschland. Interessant ist, dass Deutsche in Polen eher Lebensmittel als andere Güter kaufen, während Polen (Konsum-)Güter aus Deutschland bevorzugen.

5 Polen vor der Einführung des Intrastat-Systems

5.1 Datenerhebung in Polen erfolgt durch den Zoll

In Polen ist derzeit das für die Zollabfertigung erforderliche so genannte „Einheitspapier“¹⁰⁾, genauer gesagt die Exemplare 2 und 7 für statistische Zwecke, die Datenbasis der Außenhandelsstatistik. Dieses Dokument dient dem Informationsbedarf verschiedener Verwaltungsstellen und ist auch in Deutschland im Warenverkehr mit Nicht-EU-Ländern gebräuchlich. Der weitere Erhebungsweg der polnischen Außenhandelsdaten ist wie folgt¹¹⁾: Die mehr als 400 polnischen Zollstellen schicken die statistischen Belege an die gegenwärtig 49 regionalen Statistikämter. Dort werden automatische Datenkontrollen vorgenommen, die Daten danach abgespeichert und schließlich per Datenleitung an das EDV-Zentrum des Wirtschaftsministeriums geschickt, wo weitere Kontrollen der übermittelten Daten erfolgen. Das EDV-Zentrum sendet Listen der bei der Datenprüfung entdeckten Fehler zurück an die erhebenden Zollstellen, diese untersuchen die betreffenden Transaktionen, berichtigen gegebenenfalls die fraglichen Meldungen und starten einen „zweiten Durchlauf“ unter Einbeziehung der lokalen Statistikämter. Die geprüften Außenhandelsresultate werden schließlich im monatlichen Turnus dem Statistischen Zentralamt Polens übermittelt. Die kleine Arbeitseinheit Außenhandel im polnischen Statistischen Zentralamt ist also derzeit nicht für die Erhebung der Außenhandelsdaten zuständig, sondern ihr Tätigkeitsschwerpunkt liegt auf Analyse und Veröffentlichung der von den vorgelagerten Stellen übermittelten Außenhandelsresultate.

5.2 Die Vorbereitung einer Intrahandelsstatistik in Polen

Die Integration eines Landes in den EU-Binnenmarkt geht mit der Einstellung der Zollkontrollen für den innergemeinschaftlichen Warenverkehr an den Landesgrenzen einher. Ab dem EU-Beitritt ist also auch in Polen die Erhebung des innergemeinschaftlichen Warenhandels auf ein System der Direktanmeldung (Intrastat-System) umzustellen, das aufgrund von EU-Statistikverordnungen zum *acquis communautaire* gehört.¹²⁾ Die Einführung des Intrastat-Systems bedeutet für Polen, dass aller Voraussicht nach die bisherige Amtshilfe der polnischen Zollverwaltung für den gesamten

inneregemeinschaftlichen Handel entfallen wird und zahlreiche neue Aufgaben auf die polnischen Außenhandelsstatistiker zukommen werden.¹³⁾

Die Europäische Union hat erkannt, dass in den Beitrittsländern in verschiedenen Verwaltungsbereichen – unter anderem der amtlichen Statistik – die Organisationsstrukturen für die Umsetzung des EU-Rechts noch unzureichend sind, und unterstützt die Umorganisation oder den Aufbau der jeweiligen Verwaltungen durch so genannte Twinning-Projekte.¹⁴⁾ Dies sind Verwaltungspartnerschaften zwischen Behörden der EU-Mitgliedstaaten und der Beitrittsländer, mit denen ein Wissens- und Techniktransfer angestrebt wird.¹⁵⁾ Der Vertrag für eine solche Twinning-Kooperation zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem polnischen Zentralamt für Statistik ist nahezu unterschiftsreif. Sie wird unter anderem voraussichtlich vier einwöchige Expertentreffen für den Bereich Außenhandel umfassen.¹⁶⁾ Diese sind an den wichtigsten Anforderungen beim Aufbau eines Intrastat-Systems ausgerichtet: Die polnische Seite wird also unter anderem bei der Konzeption und der praktischen Errichtung eines Intrastat-Registers beraten, ihr werden die technischen Lösungen für Datenerhebung und -prüfung in Deutschland erläutert und Empfehlungen für die Umsetzung bestimmter Anforderungen der EU-Statistikverordnungen gegeben. Die Erfahrungen Deutschlands mit der Einführung des neuen Erhebungssystems können dazu beitragen, die polnische Außenhandelsstatistik bei der Lösung dieser schwierigen Aufgabe zu unterstützen.

5.3 EU-Beitritt Polens hat Auswirkungen auf die Datenerhebung in Deutschland

Die Aufnahme Polens und anderer Länder in die Europäische Union wird erhebliche Auswirkungen auf die Erhebung der deutschen Außenhandelsstatistik haben. Hierzu muss man wissen, dass „Intrastat“ das Erhebungssystem für *Gemeinschaftswaren* ist; es ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass Unternehmen ihren innergemeinschaftlichen Handel direkt bei der zuständigen statistischen Behörde anmelden. In Deutschland sind also zum Beispiel bei der Einfuhr sowohl Waren mit Ursprung in der EU als auch solche mit Ursprung in Nicht-EU-Ländern, die nach einer vorherigen Verzollung an der EU-Außengrenze über ein anderes EU-Land nach Deutschland gelangen, im Rahmen des Intrastat-Systems anzumelden.

10) Dieses Dokument ist in Polen seit 1992 für den Außenhandel vorgeschrieben. In Deutschland wird das Einheitspapier ebenfalls als „Standarddokument“ für den Warenhandel mit Nichtgemeinschaftswaren verwendet (seit 1988).

11) Diese Informationen beruhen in erster Linie auf dem Dokument des polnischen Statistischen Zentralamtes „The Polish Foreign Trade Statistical System“ aus dem Jahr 2001.

12) Die wichtigsten Verordnungen mit Bestimmungen zum Intrastat-System sind die Verordnung (EWG) Nr. 3330/91 des Rates vom 7. November 1991 über die Statistiken des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten („Grundverordnung“) und die Verordnung (EG) Nr. 1901/2000 der Kommission vom 7. September 2000 zur Durchführung der genannten Verordnung des Rates.

13) So ist ein Register für die Marktteilnehmer am Intrahandel aufzubauen und zu pflegen, und es sind gerade in den Anfangsjahren von Intrastat erhebliche Ressourcen zur Information der meldepflichtigen Unternehmen und für Mahnaktionen erforderlich. Über die Einführungsphase von Intrastat in Deutschland und die damals gemachten Erfahrungen informiert u. a. der Aufsatz von Mai, H.: „Ein Jahr Intrahandelsstatistik – Ein Rückblick“ in *WiSta* 2/1994, S. 109 ff.

14) Diese Information wurde der Homepage des Auswärtigen Amtes entnommen.

15) Siehe auch die Beiträge „Twinning-Projekt mit dem Statistischen Zentralamt Polens“ und „Studienaufenthalt polnischer Außenhandelsstatistiker“ in den Kurznachrichten in diesem Heft, S. 156 f.

16) Als erster Studienaufenthalt im Rahmen des Twinning-Projektes ist ein Experteneinsatz deutscher Statistiker in Warschau im April 2002 vorgesehen, bei dem die technische und organisatorische Situation der polnischen Außenhandelsstatistik und auch die ersten Arbeiten zum Beispiel im Bereich eines künftigen polnischen Intrastat-Registers beurteilt werden sollen. Die weiteren Konsultationen werden in Wiesbaden stattfinden und eine abschließende Beratung ist für August 2003 in Warschau geplant.

Im Jahr 2000 wurden rund 55% der deutschen Einfuhren im Rahmen des Intrastat-Systems erfasst (d. h. 45% durch die Zollstellen) und rund 57% der deutschen Ausfuhren (d. h. 43% im zollgestützten System). Mit der Aufnahme von Polen und vermutlich gleichzeitig der Tschechischen Republik in die EU werden die Anteile des Intrahandels in einem ersten Schritt um jeweils rund 5 Prozentpunkte steigen. Hierzu kommen im Intrastat-System – insbesondere auf der Einfuhrseite – noch diejenigen Warentransaktionen mit weiter östlich gelegenen Ländern wie der Russischen Föderation, die an der künftigen EU-Außengrenze, also zum Beispiel an der polnisch-weißrussischen Grenze, in den freien Verkehr der Europäischen Union gebracht werden, und für die dann in Deutschland ebenfalls eine Intrastat-Meldung abzugeben ist („Unterwegsverzollung“). Der Anteil des Intrahandels wird nach einem gleichzeitigen EU-Beitritt Polens und der Tschechischen Republik also deutlich ansteigen, da ein beträchtlicher Teil des Warenverkehrs zum Beispiel mit der Russischen Föderation auch im Rahmen des Intrahandels erfasst werden wird. Da das „Intrastat“-Erhebungssystem mit einem höheren Arbeits- und Personalaufwand in den Statistikbehörden verbunden ist, u. a. um die Vollständigkeit der Meldungen sicherzustellen, wird die EU-Osterweiterung zu einem gewissen Mehraufwand in der deutschen Außenhandelsstatistik führen. Als „Restgröße“, die wohl auch künftig stets zollgestützt erfasst werden wird, ist in erster Linie der Warenhandel mit der Schweiz, Amerika und Asien zu nennen; auf diese Ländergruppen entfallen gegenwärtig rund ein Drittel der deutschen Einfuhren und etwas weniger als 30% der deutschen Ausfuhren. [\[1\]](#)

Dipl.-Volkswirt Peter Jacobebbinghaus

Die Lohnverteilung in Haushaltsdatensätzen und in amtlich erhobenen Firmendaten

Nicht nur systematische, sondern auch zufällige Messfehler, die unabhängig von der Höhe der zu messenden Variablen und mit konstanter Varianz auftreten, führen in der Regel zu einer verzerrten Schätzung der wahren Verteilung dieser Variablen. Untersuchungen deuten darauf hin, dass bei Individualdatensätzen, die auf Haushaltsbefragungen basieren, Messfehler in Lohnvariablen zum Teil erheblich sind und dass sie nicht unabhängig von der Höhe der wahren Werte auftreten. In dieser Untersuchung werden Schätzungen der Verteilungen der Bruttomonats- und Bruttostundenlöhne auf Basis des Sozioökonomischen Panels und des Europäischen Haushaltspanels mit Schätzungen auf Basis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996 verglichen, da Letztere als sehr nahe an den wahren Lohnverteilungen liegend betrachtet werden können. Dabei treten zum Teil signifikante Abweichungen auf.

Beim Sozioökonomischen Panel gilt sowohl für Monats- als auch für Stundenlöhne, dass sie tendenziell geringer sind als in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung und dass sich mehr Beobachtungen an den Rändern der Verteilung befinden, insbesondere am unteren Ende. Bei den Stundenlöhnen sind die Abweichungen stärker als bei den Monatslöhnen. Da im Europäischen Haushaltspanel der durchschnittliche Monatslohn erfragt wird und nicht der eines bestimmten Monats, lässt sich dessen Verteilung nicht mit der in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung vergleichen. Die Stundenlöhne des Europäischen Haushaltspanels sind indessen über den gesamten Lohnbereich geringer als in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung. Weiterhin finden sich im Sozioökonomischen Panel und im Europäischen Haushaltspanel starke Rundungen, die die Lohnverteilungen prägen und

darüber hinausgehende Abweichungen schwer identifizierbar machen.

Ein Beispiel für die Bedeutung dieser Ergebnisse stammt aus der aktuellen beschäftigungspolitischen Diskussion über die Subventionierung gering entlohnter Beschäftigungsverhältnisse. Denn falls Empfänger niedriger Stundenlöhne nicht nur bei den hier betrachteten Arbeitnehmern, die etwa ein Drittel aller Erwerbstätigen ausmachen, häufiger vorkommen, sondern ebenfalls bei den hier nicht einbezogenen Personengruppen, dann würde eine Schätzung der Zahl der Subventionsempfänger und des Subventionsvolumens anhand der Haushaltsdaten des Sozioökonomischen Panels und des Europäischen Haushaltspanels deutlich zu hoch ausfallen. Nach der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung beträgt beispielsweise der Anteil der bis zu 20 DM pro Stunde verdienenden Arbeitnehmer 22,7%. Im Sozioökonomischen Panel 1995 liegt deren Anteil um 5,7 Prozentpunkte darüber, im Sozioökonomischen Panel 1996 sind es 3,2 Prozentpunkte und im Europäischen Haushaltspanel 4,7 Prozentpunkte.

Dieser Beitrag entstand im Rahmen eines Pilotprojektes zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen der Wissenschaft und der amtlichen Statistik. Erstmals war es einem externen Wissenschaftler möglich, im abgeschotteten Bereich des Statistischen Bundesamtes und in Zusammenarbeit mit der zuständigen Fachabteilung die Mikrodaten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996 auszuwerten. Die Forschung auf der Basis betriebs- und personenbezogener Einzeldaten gehört zu den sensibelsten Bereichen der amtlichen Statistik. Der Autor dankt Herrn Dirk Heinlein und Herrn Alfons Kathe für die umfangreiche Unterstützung und

eine Vielzahl konstruktiver Anmerkungen. Verbleibende Fehler liegen in der alleinigen Verantwortung des Autors.¹⁾

Vorbemerkung

Die Verteilung von Bruttomonats- und Bruttostundenlöhnen in Deutschland wurde bisher vornehmlich anhand von Individualdatensätzen untersucht, die auf Haushaltsbefragungen beruhen. Diese Datensätze können jedoch Messfehler enthalten, die eine Schätzung der Lohnverteilung verzerren. Im Mittelpunkt dieser Untersuchung steht daher die Frage, ob und inwieweit eine solche Schätzung auf Basis deutscher Haushaltsbefragungen zu falschen Ergebnissen führt.

Eine Reihe von Arbeiten beschäftigen sich mit Messfehlern in Lohn- und Arbeitszeitvariablen amerikanischer Haushaltsdaten. Diese Untersuchungen basieren auf Individualdatensätzen, die es ermöglichen, Ergebnisse aus Befragungen mit weitgehend fehlerfreien Werten aus anderen Quellen zu vergleichen und Messfehler in Lohn- und Arbeitszeitvariablen für jeden Befragten zu berechnen.²⁾ Die direkte Beobachtbarkeit der Messfehler ermöglicht detaillierte Analysen, die darauf schließen lassen, dass die Messfehler zum Teil erheblich sind, insbesondere bei Stundenlöhnen, und dass sie nicht unabhängig von der Höhe der wahren Werte auftreten. Für die Schätzung der Lohnverteilung hat dies Konsequenzen. Geben beispielsweise Niedriglöhner tendenziell einen höheren Verdienst an, als sie tatsächlich erzielen, dann führt dies zu einer Unterschätzung der Zahl der zu niedrigen Löhnen beschäftigten Arbeitnehmer.³⁾ Von der wahren Lohnhöhe unabhängige Messfehler hingegen erhöhen die geschätzte Zahl der Arbeitnehmer an den Rändern der Lohnverteilung und somit auch die geschätzte Zahl der Niedriglöhner.⁴⁾

In Deutschland stehen derzeit zwei Individualdatensätze zur Verfügung, die Bruttomonatslohn- und Arbeitszeitvariablen enthalten und somit auch die Berechnung von Stundenlöhnen und deren Verteilung erlauben. Dies sind zum einen das Sozioökonomische Panel⁵⁾ und zum anderen eine faktisch anonymisierte Version der deutschen Stichprobe des Europäischen Haushaltspanels⁶⁾. Beide Datenquellen beruhen auf umfangreichen Haushaltsbefragungen und sind vergleichbar mit den amerikanischen Daten, bei denen sich

erhebliche Messfehler finden.⁷⁾ Daher besteht Anlass zur Untersuchung, inwieweit Schätzungen der Verteilungen der Monats- und Stundenlöhne auf Basis des Sozioökonomischen Panels und des Europäischen Haushaltspanels die wahren Verteilungen korrekt wiedergeben. Diese Frage soll anhand der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996⁸⁾ für das Jahr 1995 in dieser Arbeit untersucht werden. Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung ist eine amtliche Erhebung auf Betriebsebene. Aufgrund der gezielten Fragestellung bei den Lohn- und Arbeitszeitvariablen sowie der Auskunftspflicht und der hohen Fallzahl von rund 900 000 Arbeitnehmern wird angenommen, dass die auf Basis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung ermittelte Lohnverteilung der wahren Lohnverteilung der rund 11,7 Millionen durch die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung repräsentierten Beschäftigten sehr nahe kommt. Entsprechend sind deutliche Abweichungen der Lohnverteilungen im Sozioökonomischen Panel oder im Europäischen Haushaltspanel als Hinweis auf Messfehler zu interpretieren.⁹⁾

1 Die Daten und deren Vergleichbarkeit

Diese Untersuchung basiert auf der Annahme, dass die auf Basis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung berechneten Werte den wahren Werten sehr nahe kommen und somit als Benchmarks gelten können. Damit sich Abweichungen von diesen Benchmarks als auf Datenfehlern basierend interpretieren lassen, sind andere Ursachen für diese Abweichungen auszuschließen. Es muss also zum einen gewährleistet sein, dass in den drei Datensätzen die gleichen Informationen über Löhne und Arbeitszeiten vorliegen. Zum anderen müssen sich die betrachteten Lohnverteilungen auf den gleichen Personenkreis beziehen.

Nach einer allgemeinen Beschreibung von Gehalts- und Lohnstrukturerhebung, Sozioökonomischem Panel und Europäischem Haushaltspanel und einer Begründung, warum die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung Benchmarks liefern kann, werden im folgenden Abschnitt die Lohn- und Arbeitszeitvariablen der Datensätze im Detail beschrieben und auf ihre Vergleichbarkeit untersucht. Es folgt eine Darstellung der Konstruktion von Vergleichsstichproben, die darauf

1) Peter Jacobebbinghaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsbereiches Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim.

2) Bound und Krueger verwenden dazu das Current Population Survey – Social Security Earnings Records (CPS-SER) Exact Match File aus dem Jahr 1978; siehe Bound, J./Krueger, A. B.: "The Extend of Measurement Error in Longitudinal Earnings Data: Do Two Wrongs make a Right?" in Journal of Labour Economics, 9/1991, S. 1 ff. Die Zusammenführung der Haushaltsbefragung CPS mit den Sozialversicherungsdaten SER war möglich, da im CPS 1978 auch nach der Sozialversicherungsnummer gefragt wurde. Der zweite Datensatz Panel Study of Income Dynamics Validation Study (PSIDVS) enthält Befragungen von Angestellten einer großen Firma, die in den Jahren 1983 und 1987 durchgeführt wurden, siehe Rodgers, W. L./Brown, C. et al.: "Errors in Survey Reports of Earnings, Hours Worked, and Hourly Wages" in Journal of the American Statistical Association, 88/1993, S. 1208 ff.

3) Siehe Bollinger, C. R.: "Measurement Error in the Current Population Survey: A Nonparametric Look" in Journal of Labour Economics, 16(3)/1998, S. 576 ff., insbesondere S. 593.

4) Weinberger und Kim zeigen, dass sich diese gegenläufigen Effekte bei einer Schätzung der erwerbstätigen Armen ("working poor") in den Vereinigten Staaten gegenseitig aufheben, siehe Weinberger, C. C./Kim M.: "The Working Poor – a Statistical Artifact?" in Eastern Economic Journal 25(2)/1999, S. 155 ff.

5) Dokumentationsmaterial zum Sozioökonomischen Panel findet sich auf der Homepage des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung unter www.diw.de.

6) Eine einführende Beschreibung des Europäischen Haushaltspanels liefern Bechtold, S./Meyer, K.: "Das Europäische Haushaltspanel" in WiSta 5/1996, S. 296 ff. Die hier verwendete faktisch anonymisierte Version der deutschen Stichprobe des Europäischen Haushaltspanels unterscheidet sich vom „europäischen“ ECHP zum einen dadurch, dass Personen enthalten sind, die ihre Zustimmung der Weitergabe ihrer Angaben an Eurostat verweigert haben. Zum anderen enthält sie Variablen, die dort nicht einbezogen wurden, wie z. B. den Bruttomonatslohn. Die faktische Anonymisierung wird durch Ausschluss und Umkodierung verschiedener Variablen gewährleistet.

7) Da im Sozioökonomischen Panel und im Europäischen Haushaltspanel keine Telefoninterviews, sondern ausschließlich persönliche Befragungen durchgeführt werden, besteht Grund zur Erwartung, dass diese Daten exakter sind als die, auf denen die Ergebnisse der amerikanischen Literatur beruhen. Auf der anderen Seite argumentieren Bound und Krueger (a. a. O., S. 5, siehe Fußnote 2), dass ihre Ergebnisse aufgrund der Selektivität der von ihnen untersuchten Stichprobe eher als Untergrenze zu sehen sind. Es liegen keine Validierungserhebungen vor, die eine direkte Berechnung von Messfehlern zumindest eines Teils der Befragten im Sozioökonomischen Panel oder im Europäischen Haushaltspanel erlauben würden.

8) Zur Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996 siehe Kaukewitsch, P.: „Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996 für 1995“ in WiSta 1/1998, S. 46 ff.

9) Eine umfassende Analyse des Einflusses der Erhebungstypen Firmen- bzw. Haushaltsbefragung auf diverse Kennzahlen der Lohnverteilung für verschiedene Länder Europas liefern Salverda, W./Nolan, B. et al.: "Benchmarking Low-Wage and High-Wage Employment in Europe and the United States. A Study of New European Datasets and National Data for France, Germany, the Netherlands, the United Kingdom and the United States", Projektbericht des European Low-Wage Employment Research Network (LoWER), 2001.

abzielt, dass die in den Vergleichsstichproben verbleibenden Beobachtungen die gleiche Teilpopulation aller Arbeitnehmer repräsentieren.

1.1 Datenbeschreibung

Tabelle 1 fasst die wesentlichen Merkmale der drei betrachteten Datensätze zusammen.

Tabelle 1: Hauptmerkmale der Datensätze

Gegenstand der Nachweisung	Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung 1996	Sozioökono-misches Panel	Europäisches Haushaltspanel
Befragte	Betriebe	Haushalte	Haushalte
Interviewmethode	Betriebe füllen Fragebögen aus	Persönliche Interviews	Hauptsächlich persönliche und wenige Proxi-Interviews
Teilnahme	Verpflichtend	Freiwillig	Freiwillig
Ziel der Befragung	Ermittlung der Lohnstruktur	Erhebung der wesentlichen sozio-ökonomischen Merkmale	Erhebung der wesentlichen sozio-ökonomischen Merkmale
Befragungsjahre .	Etwa alle 5 Jahre von 1951 bis 1996	Jährlich von 1984 bis 1999, Panel	Jährlich von 1994 bis 1996, Panel
Beobachtungen 1995	875 263	13 768 ¹⁾	9 329 ¹⁾
Interviewmonat ..	In 1996, Antworten beziehen sich auf Oktober 1995	Vorwiegend Januar bis April	Vorwiegend Juli bis Oktober
Grundgesamtheit	Regulär beschäftigte Arbeitnehmer in Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten in den Abschnitten C, D, E, F, G und J (außer Abteilung 67) der NACE ²⁾	Wohnbevölkerung in privaten Haushalten ³⁾	Wohnbevölkerung in privaten Haushalten

1) Die Zahl der Beobachtungen bezieht sich im Sozioökonomischen Panel und im Europäischen Haushaltspanel auf befragte Personen, also alle Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren. – 2) NACE ist die Abkürzung für «Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés européennes». Sie wurde 1970 als gemeinsame Wirtschaftszweigklassifikation für die Länder der Europäischen Gemeinschaft eingeführt. Derzeit ist die Version NACE Rev. 1 verbindlich, auf der die deutsche Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) aufbaut, die auch bei der Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung 1996 angewandt wurde. – 3) Nicht eingeschlossen sind Ausländer, die im Juni 1990 in den neuen Ländern lebten.

Im Gegensatz zu den Haushaltsbefragungen des Sozioökonomischen Panels und des Europäischen Haushaltspanels handelt es sich bei der Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung um eine Erhebung auf Betriebsebene. Angestellte der Betriebe füllen die von den Statistischen Landesämtern verschickten Fragebögen gemäß schriftlichen Erläuterungen aus, während bei den beiden Haushaltsbefragungen die Personen in der Regel persönlich befragt werden. Die Angaben in der Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung entstammen also direkt der Lohnbuchhaltung und dürften somit im

Vergleich zum Sozioökonomischen Panel und zum Europäischen Haushaltspanel nur vernachlässigbare Erinnerungs- oder Rundungsfehler beinhalten.

Die Teilnahme an der Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung ist für die Betriebe verpflichtend, dadurch gibt es nur sehr geringen selektiven Ausfall und Hochrechnungen auf die Grundgesamtheit sind genauer. Das Problem selektiven Ausfalls aus der Befragung dürfte im Sozioökonomischen Panel von Bedeutung sein, da dies schon seit 1984 als Panel durchgeführt wird und sich der Anteil der Teilnahmeverweigerer an den ursprünglich beteiligten Haushalten mit jedem Jahr erhöht. Dem wird versucht, durch Hochrechnungsfaktoren Rechnung zu tragen, die die individuelle Ausfallwahrscheinlichkeit berücksichtigen.

Ziel der Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung ist die Ermittlung der Lohnstruktur in Deutschland, entsprechend genau sind die lohnbezogenen Fragen formuliert. Sozioökonomisches Panel und Europäisches Haushaltspanel sind dagegen sehr allgemeine Erhebungen, anhand derer sich eine Vielzahl von Fragestellungen untersuchen lässt, Löhne werden dagegen weniger detailliert erfragt (siehe Abschnitt 1.2.1). Die Fallzahl der Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung ist um ein Vielfaches höher als die im Sozioökonomischen Panel und im Europäischen Haushaltspanel und ermöglicht daher wesentlich genauere Schätzungen. Die Interpretation der Lohnverteilung nach der Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung als Benchmark begründet sich demnach dadurch, dass die Angaben in der Regel direkt aus der Lohnbuchhaltung stammen, dass es aufgrund der obligatorischen Teilnahme nur sehr geringe Antwortausfälle im Sinne von Verweigerungen gibt, dass die Löhne sehr detailliert erfragt werden und dass die enorme Fallzahl sehr genaue Schätzungen ermöglicht. In Deutschland gibt es derzeit keine exaktere Datenquelle zu Bruttomonats- und Bruttostundenlöhnen.

Zwei weitere Merkmale der Datensätze sind hier von Bedeutung. Das erste ist der Referenzmonat. Die hier betrachteten Lohnangaben aus der Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung 1996 beziehen sich auf den Oktober 1995. Dies deckt sich in etwa mit dem Bezugszeitraum des Europäischen Haushaltspanels. Da sich die Angaben im Sozioökonomischen Panel bei der überwiegenden Mehrheit der Befragten auf die Monate Januar bis April eines Jahres beziehen, werden von diesem Datensatz die Befragungen 1995 und 1996 einbezogen (siehe Abschnitt 1.2.2). Neben den unterschiedlichen Referenzmonaten stellen unterschiedliche Grundgesamtheiten der Erhebungen ein Problem für die Vergleichbarkeit dar. Während Sozioökonomisches Panel und Europäisches Haushaltspanel grundsätzlich alle Erwerbstätigen einschließen, repräsentiert die Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung nur etwa ein Drittel der Erwerbstätigen. Daher müssen aus Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung, Sozioökonomischem Panel und Europäischem Haushaltspanel Teilstichproben gezogen werden, die dieselbe Grundgesamtheit repräsentieren (siehe Abschnitt 1.3).

1.2 Lohn- und Arbeitszeitvariablen

In diesem Abschnitt werden die Monatslohn- und Arbeitszeitvariablen der unterschiedlichen Datensätze sowie die daraus berechneten Stundenlöhne im Hinblick auf ihre Vergleichbarkeit beschrieben.

1.2.1 Variablendefinition

Der Fragebogen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung unterscheidet Arbeiter und Angestellte.¹⁰⁾ Für die Arbeiter wird die bezahlte Arbeitszeit einschließlich bezahlter Überstunden abgefragt. Die Person, die den Fragebogen ausfüllt, erhält detaillierte Anweisungen, welche Stunden einzubeziehen sind und welche nicht, damit gewährleistet ist, dass genau die Stunden eingetragen werden, die im Oktober bezahlt wurden. Überstunden im September, die erst im Oktober bezahlt werden, sind demnach einzubeziehen, während Überstunden im Oktober, die erst im November bezahlt oder abgefeiert werden, nicht einzurechnen sind. Einzubeziehen ist auch die bezahlte arbeitsfreie Zeit, wie Urlaubs- oder Krankheitstage. Für die Angestellten wird nach der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit und den im Oktober bezahlten Überstunden gefragt. Für den Fall, dass nicht die volle vertraglich vereinbarte Arbeitszeit gearbeitet wurde, zum Beispiel weil der Angestellte seine Beschäftigung erst in der Mitte des Monats aufnahm, wird zusätzlich nach den tatsächlich gearbeiteten Stunden abzüglich der Überstunden gefragt. Erhoben wird weiterhin der im Oktober gezahlte Bruttolohn einschließlich regelmäßiger monatlicher Zahlungen, aber ohne jährliche Sonderzahlungen oder außerordentlichen Zahlungen. Die Abgrenzung des Bruttolohnbegriffs erfolgt vergleichsweise detailliert.¹¹⁾ Sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte eignet sich der Erhebungsbogen daher sehr gut zur Berechnung von Stundenlöhnen, insbesondere weil der Monatslohn relativ genau in Bezug zu den dafür gearbeiteten Stunden gesetzt werden kann.

Im Sozioökonomischen Panel wird nach dem Bruttolohn des Monats vor dem Interview gefragt. Wie bei der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung sind jährliche Sonderzahlungen nicht einzubeziehen. Die Arbeitszeit betreffend liegen folgende Informationen vor: vertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit, durchschnittliche tatsächliche Arbeitszeit und Überstunden im letzten Monat. Eine weitere Variable zeigt an, ob die Überstunden bezahlt, abgefeiert, beides oder weder bezahlt noch abgefeiert werden. Die bezahlte Arbeitszeit des letzten Monats kann berechnet werden, indem die vertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit auf den Monat hochgerechnet und die Überstunden addiert werden, sofern sie bezahlt werden. Obwohl Überstunden nicht immer in dem Monat bezahlt werden, in dem sie anfallen, müssen wir

annehmen, dass die so berechnete bezahlte Arbeitszeit mit dem Bruttolohn des letzten Monats korrespondiert.¹²⁾ Für die etwa 10% der Befragten, die angeben, dass ihre Überstunden zum Teil bezahlt und zum Teil abgefeiert werden, wird unterstellt, dass die Hälfte der Überstunden bezahlt wird.¹³⁾ Monatslohn und bezahlte Arbeitszeit sind demnach im Sozioökonomischen Panel und in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung als gut vergleichbar einzustufen. Für die berechneten Stundenlöhne stellt sich die Frage, inwieweit Verzögerungen der Bezahlung von Überstunden zu Fehlern führen.¹⁴⁾

Im Europäischen Haushaltspanel wird nach dem durchschnittlichen Monatsverdienst einschließlich regelmäßiger bezahlter Überstunden und ausschließlich jährlicher Sonderzahlungen gefragt. Da auch die Arbeitszeit regelmäßige bezahlte Überstunden enthält, lassen sich Stundenlöhne berechnen, die mit denen in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung und im Sozioökonomischen Panel vergleichbar sind. Monatsverdienste und Arbeitszeiten dürften aufgrund der Durchschnittsbildung jedoch weniger extrem hohe oder niedrige Werte enthalten als die auf einen bestimmten Monat bezogenen Werte in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung und im Sozioökonomischen Panel. Rodgers et al.¹⁵⁾ finden, dass Stundenlöhne, die auf Basis von normalerweise verdientem Monatslohn und normalerweise gearbeiteter Arbeitszeit berechnet wurden, weniger stark mit den wahren Werten korrelieren, also stärker fehlerbehaftet sind, als Stundenlöhne, die sich auf Lohn und Arbeitszeit eines bestimmten Monats beziehen. Träfe das auch hier zu und wäre der Fehler unkorreliert mit der Lohnhöhe, dann würde dies zu einer im Vergleich zur Gehalts- und Lohnstrukturerhebung breiteren Stundenlohnverteilung führen. Infolge der Anonymisierung sind anstatt der Originalwerte lediglich die Mittelwerte von 25 DM-Klassen verfügbar. In Abschnitt 2.1 zeigt sich jedoch, dass diese Klassifizierung nur einen geringen Informationsverlust darstellt, da im Europäischen Haushaltspanel und im Sozioökonomischen Panel ein Großteil der Befragten ihre Monatslöhne ohnehin auf Vielfache von 100 und 500 gerundet angeben.

1.2.2 Referenzmonat

Die Monatslohn- und Arbeitszeitvariablen der unterschiedlichen Datensätze beziehen sich nicht auf den gleichen Referenzmonat. Die Angaben in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996 beziehen sich auf den Monat Oktober 1995. Dies deckt sich in etwa mit dem Bezugszeitraum des Europäischen Haushaltspanels, wo allerdings nicht der Lohn und die Arbeitszeit eines bestimmten Monats erhoben werden, sondern durchschnittliche Werte für Lohn und Arbeitszeit im derzeitigen Beschäftigungsverhältnis, was eine exakte zeit-

10) Der exakte Wortlaut der Erhebungsunterlagen kann hier aus Platzgründen nicht wiedergegeben werden, ist aber auf Anfrage beim Autor erhältlich.

11) Der Gesetzgeber unterscheidet eine Vielzahl unterschiedlicher Arbeitslohnkomponenten, siehe Benner, W./Bals, B.: „Arbeitsentgelt im Sinne der Sozialversicherung und Arbeitslohn im Sinne des Lohnsteuerrechts“ in Betriebs-Berater 1/2001 (Beilage 1), S. 1 ff. Im Rahmen von Erhebungen ist eine exakte Abgrenzung eines Arbeitslohnbegriffs nicht operationalisierbar. Die Gestaltung von Fragebögen erfolgt daher immer unter Abwägung der erforderlichen Genauigkeit und des Aufwandes für die Befragten.

12) In einer alternativen Spezifikation wurden die bezahlten Überstunden als Unterschied zwischen den durchschnittlichen tatsächlichen und den vereinbarten Stunden berechnet. Die daraus resultierende Verteilung der Überstunden weicht allerdings stark von derjenigen in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung ab, insbesondere durch Häufungen hoher Werte.

13) Man könnte argumentieren, dass es gänzlich unbezahlte Arbeitszeit nicht gibt, da die unbezahlten Stunden implizit im Arbeitsvertrag enthalten sind; zum Phänomen unbezahlter Überstunden siehe Bell, D. N. F./Hart, R. A.: „Unpaid Work“ in *Economica* 66/1999, S. 271 ff. Der Schwerpunkt dieser Untersuchung liegt jedoch auf dem Vergleich der Verteilungen. Daher werden bezahlte Arbeitszeit und Stundenlöhne nach dem gleichen Konzept berechnet wie in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung.

14) Der resultierende Fehler ist gering, wenn die Überstunden mehr oder weniger permanent anfallen.

15) Siehe Rodgers, W. L./Brown, C. et al., a. a. O., Fußnote 2.

liche Zuordnung der Angaben verhindert. Die Angaben im Sozioökonomischen Panel beziehen sich bei der überwiegenden Mehrheit der Befragten auf die Monate Januar bis April. Tariflohnsteigerungen und die Einführung der tariflichen 35-Stunden-Woche in wichtigen Branchen im Laufe des Jahres 1995 mindern die direkte Vergleichbarkeit der Lohnverteilungen in den Datensätzen. Aus diesem Grund werden aus dem Sozioökonomischen Panel die Wellen 1995 und 1996 einbezogen, die eine Unter- und eine Obergrenze der unbeobachteten Lohnverteilung im Oktober 1995 darstellen.¹⁶⁾ Unterstellt man, dass die Durchschnitte im Europäischen Haushaltspanel aus Vergangenheitswerten berechnet werden, dann sind die Löhne des Europäischen Haushaltspanels ebenfalls als Untergrenze zu interpretieren.

1.2.3 Fehlende Werte

Eines der Argumente für die Zuverlässigkeit der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung ist, dass sie keine fehlenden Werte bei den hier verwendeten Variablen aufweist. Dies liegt zum einen daran, dass das ordnungsgemäße Ausfüllen des Erhebungsbogens gesetzlich vorgeschrieben ist und eine Verletzung der Auskunftspflicht entsprechend sanktioniert werden kann. Zum anderen wird die Plausibilität der Angaben schon während der Erhebungsphase durch elektronische Algorithmen geprüft und bei Vorliegen von Widersprüchen bei den Firmen nachgefragt.

Die Häufigkeit fehlender Werte im Sozioökonomischen Panel und im Europäischen Haushaltspanel wird in Tabelle 2 dargestellt. Im Sozioökonomischen Panel können etwa 10% der Stundenlöhne nicht berechnet werden, im Europäischen Haushaltspanel sind es zunächst 27,5%¹⁷⁾. Durch Einsetzen der im Jahr 1996 retrospektiv für 1995 erfragten durchschnittlichen Monatslöhne reduzieren sich der Anteil fehlender Monatslöhne auf 18,3% und der Anteil fehlender Stundenlöhne auf 18,9%.

Biewen¹⁸⁾ zeigt, dass fehlende Angaben beim Monatslohn im Sozioökonomischen Panel nicht unabhängig von der Lohnhöhe erfolgen, sondern bei niedrigen und vor allem bei hohen Löhnen wahrscheinlicher sind. Dieser selektive Antwortausfall lässt sich durch die Imputation geschätzter Werte anstelle der fehlenden Werte auf der Basis von multivariaten Regressionen ausgleichen. Da Regressionsmodelle immer nur einen Teil der Varianz der zu erklärenden Variablen erklären können, weisen die prognostizierten Werte eine

Tabelle 2: Häufigkeit fehlender Werte

Gegenstand der Nachweisung	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996		Sozioökonomisches Panel		Europäisches Haushaltspanel	
	beobachtete Werte ¹⁾	fehlend in %	beobachtete Werte ¹⁾	fehlend in %	beobachtete Werte ¹⁾	fehlend in %
Gesamt	2974	–	2835	–	1642	–
Monatslohn ..	2832	4,8	2696	4,9	1193	27,3
					1342 ²⁾	18,3
Arbeitszeit ...	2808	5,6	2667	5,9	1625	1,0
Stundenlohn .	2686	9,7	2545	10,2	1191	27,5
					1331 ²⁾	18,9

1) Die Fallzahlen beziehen sich auf die in Abschnitt 1.3 erläuterten Vergleichsstichproben. – 2) Nach Einsetzen der im Folgejahr retrospektiv für 1995 erhobenen Monatslöhne.

Quelle: Eigene Berechnungen u. a. auf Basis von Einzeldaten der amtlichen Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996.

geringere Varianz auf als die tatsächlichen Werte. Imputationen auf der Basis einer Kleinst-Quadrate-Schätzung würden daher zu einer verzerrten Schätzung der Lohnverteilungen führen. Aus diesem Grund werden hier Quantilsregressionen¹⁹⁾ durchgeführt, um nicht nur den Erwartungswert, sondern die gesamte geschätzte Verteilung des Lohnes bei gegebenen erklärenden Variablen zu berücksichtigen.²⁰⁾

Nach der Humankapitaltheorie lässt sich die Höhe des Lohns durch Ausbildungsstand und Berufserfahrung erklären. Als weitere erklärende Variablen werden hier Geschlecht, Region, Interviewzeitpunkt, Firmengröße, Branche und Nationalität in die Regression aufgenommen.²¹⁾ In Tabelle 4 (siehe S. 215) und Tabelle 6 (siehe S. 218) sind Mittelwerte und Quantile der Monats- und Stundenlohnverteilungen mit und ohne Imputationen angegeben. Trotz der hohen Anzahl imputierter Werte im Europäischen Haushaltspanel führen die Imputationen nur zu geringfügigen Anpassungen, eine starke Selektivität des Antwortausfalls in Bezug auf die Lohnhöhe wird in den betrachteten Daten somit nicht beobachtet.

1.3 Konstruktion der Vergleichsstichproben

Die Grundgesamtheit der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung schließt nicht alle Erwerbstätigen ein. Sie umfasst:

- Arbeitnehmer in den Wirtschaftszweigen Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung,

16) Alternativ könnte man die Löhne anhand der allgemeinen Verdienstentwicklung auf den Oktober 1995 auf- bzw. abdiskontieren. Auf Basis vierteljährlicher Verdiensterhebungen liegen in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes Informationen über durchschnittliche Verdienstentwicklungen auf Länder- und Branchenebene vor. Da die Fragen im Sozioökonomischen Panel 1995 und im Sozioökonomischen Panel 1996 identisch und die Befragten weitgehend dieselben sind, sollten Änderungen der Lohnverteilung zwischen beiden Jahren ausschließlich auf Lohnänderungen beruhen. Wenn sich diese Lohnänderungen durch die Auf- bzw. Abdiskontierung der Löhne anhand der Verdienstindizes auf den Oktober 1995 eliminieren ließen, müssten die auf diese Weise korrigierten im Sozioökonomischen Panel 1995 und im Sozioökonomischen Panel 1996 hinreichend ähnlich sein. Eigene Berechnungen ergaben diese Ähnlichkeit nicht, daher wird dieser Ansatz hier nicht verfolgt.

17) Der hohe Antwortausfall bei den Monatslöhnen im Europäischen Haushaltspanel liegt vermutlich daran, dass die Befragten alternativ zur Angabe des exakten Wertes eine Kategorie ankreuzen konnten.

18) Siehe Biewen, M.: "Item Non-Response and Inequality Measurement: Evidence from the German Earnings Distribution" in Department of Economics Discussion Paper, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, 298/1999.

19) Zur Methode der Quantilsregression siehe Greene, W. H.: "Econometric Analysis", Upper Saddle River, S. 399 f.

20) Die Verteilung des geschätzten Lohns, bedingt durch die erklärenden Variablen, wird berücksichtigt, indem sie in zehn Dezile eingeteilt wird, in denen sich der wahre Lohn jeweils mit einer Wahrscheinlichkeit von 10% befindet. Als Schätzwerte der Lohnhöhe in den Dezilen werden jeweils deren Mediane prognostiziert, also das 5., 15., 25., 35., 45., 55., 65., 75., 85. und 95. Quantil. Für jeden fehlenden Lohn liegen also anstatt eines Schätzwertes zehn „gleichwahrscheinliche“ Schätzwerte vor, die umso dichter beieinander liegen, je geringer die Varianz der bedingten Lohnverteilung ist, d. h. je genauer der Lohn durch die erklärenden Variablen erklärt wird.

21) Fehlen Angaben bei einer dieser Variablen, werden diese bei der Berechnung geschätzter Löhne per Annahme gesetzt, sodass schließlich für alle Beobachtungen Monats- und Stundenlöhne vorliegen. Im Europäischen Haushaltspanel wird in 28 Fällen die Betriebsgröße 50 bis 99 Beschäftigte unterstellt. Im Sozioökonomischen Panel wird zur Berechnung der Stundenlöhne in vier Fällen ein Ausbildungsniveau von elf Jahren angenommen, in einem Fall die deutsche Staatsbürgerschaft und in einem weiteren Fall der Juni als Interviewmonat.

Baugewerbe, Handel und im Kredit- und Versicherungsgewerbe (ausschließlich der Effektenbörsen und dergleichen),

- Arbeitnehmer in Betrieben mit 10 oder mehr Beschäftigten,
- regulär Beschäftigte, das heißt keine geringfügig Beschäftigten, keine Auszubildenden oder Praktikanten, keine Heimarbeiter, Frührentner, Personen im Mutterschaftsurlaub oder Angestellte auf Honorarbasis.

Um die Vergleichbarkeit der Lohnverteilungen zu gewährleisten, werden Vergleichsstichproben aus Gehalts- und Lohnstrukturerhebung, Sozioökonomischem Panel und Europäischem Haushaltspanel gezogen, die die Schnittmenge der Grundgesamtheiten der drei Datensätze darstellen. Tabelle 3 zeigt die resultierende Stichprobengröße für unterschiedliche Stufen des Auswahlprozesses, hochgerechnet auf die Grundgesamtheit anhand der jeweiligen Hochrechnungsfaktoren. Die Zahlen werden mit auf Basis des faktisch anonymisierten Mikrozensus von 1996 berechneten Werten verglichen.²²⁾

Die Zahl der Erwerbstätigen wird mit Sozioökonomischem Panel und Europäischem Haushaltspanel im Vergleich zum Mikrozensus geringer geschätzt. Eine Erklärung dafür ist, dass sich Schülerinnen und Schüler sowie Studierende mit kleinen Jobs dort nicht als erwerbstätig zu erkennen geben. Die zweite Zeile in Tabelle 3 vergleicht die Anzahl der regulär beschäftigten Arbeitnehmer. Ausgeschlossen werden Selbstständige, Wehr- und Zivildienstleistende, Auszubildende, Praktikanten, Frührentner/-innen und geringfügig Beschäftigte. Im Sozioökonomischen Panel können zudem Personen im Mutterschutz und unregelmäßig Beschäftigte ausgeschlossen werden und im Europäischen Haushaltspanel mithelfende Familienmitglieder. Heimarbeiter/-innen, Zeitungszusteller/-innen und auf Provisionsbasis angestellte Mitarbeiter/-innen werden ebenfalls in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung nicht erfasst. Aus Mangel an Informa-

tion können diese Arbeitnehmer/-innen nicht explizit aus den Vergleichsstichproben von Sozioökonomischem Panel und Europäischem Haushaltspanel ausgeschlossen werden, ein Großteil dieser Arbeitnehmer/-innen dürfte allerdings auch durch die anderen Restriktionen betroffen sein, insbesondere die Geringfügigkeit der Beschäftigung. Die vergleichsweise geringe Anzahl an regulär Beschäftigten im Sozioökonomischen Panel erklärt sich durch den Ausschluss von Personen im Mutterschutz, der im Europäischen Haushaltspanel und im Mikrozensus nicht möglich ist.

Im nächsten Schritt sind die Vergleichsstichproben auf die Branchen zu beschränken, die in die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung einbezogen sind. Gehalts- und Lohnstrukturerhebung, Europäischem Haushaltspanel und Mikrozensus liegt die NACE als Klassifikation der Wirtschaftszweige zugrunde, während für das Sozioökonomische Panel eine andere Systematik verwendet wird, die übersetzt werden muss.²³⁾ Nach der Beschränkung der Vergleichsstichproben auf die in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung berücksichtigten Branchen liegt die Zahl der Beschäftigten im Sozioökonomischen Panel über der im Europäischen Haushaltspanel, da im Sozioökonomischen Panel nur 42 bzw. 44% der Beobachtungen entfallen, im Europäischen Haushaltspanel jedoch 49%. Dieser Unterschied lässt sich nicht allein auf die unterschiedliche Branchenkodierung zurückführen, da im Mikrozensus nur 45% entfallen, obwohl wie beim Europäischen Haushaltspanel die NACE als Klassifikation verwendet wird.

Die letzte Einschränkung des in den Vergleich einbezogenen Personenkreises betrifft die Betriebsgröße. Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung umfasst, wie bereits erwähnt, Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten. Im Europäischen Haushaltspanel wird nach der Anzahl der Mitarbeiter des Unternehmens, der örtlichen Betriebseinheit oder der Institution, in der bzw. die Befragte beschäftigt ist, gefragt, im Sozioökonomischen Panel nach der Größe des Gesamtunternehmens. Da zudem die entsprechenden Variablen im Sozioökonomischen Panel und im Europäischen Haus-

Tabelle 3: Vergleich des Umfangs der hochgerechneten Vergleichsstichproben
Mill. Personen

Gegenstand der Nachweisung	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996	Sozioökonomisches Panel 1995	Sozioökonomisches Panel 1996	Europäisches Haushaltspanel	Mikrozensus 1996
Erwerbstätige	-	35,4	35,7	35,8	36,5
regulär beschäftigte Arbeitnehmer	-	27,3	27,8	28,4	29,1
in den NACE-Abschnitten ¹⁾ C, D, E, F, G und J, außer 67	-	15,7	15,6	14,4	15,9
in Betrieben ²⁾ ab 5 Beschäftigten	-	14,9	14,8	12,9	14,9
in Betrieben ²⁾ ab 10 Beschäftigten	11,7	-	-	-	13,7
in Betrieben ²⁾ ab 20 Beschäftigten	10,7	12,2	12,4	10,8	11,5

1) Dem Sozioökonomischen Panel liegt eine andere Branchenklassifikation zugrunde. – 2) Im Sozioökonomischen Panel beziehen sich die Angaben auf die Größe des Gesamtunternehmens.

Quelle: Eigene Berechnungen u.a. auf Basis von Einzeldaten der amtlichen Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996.

22) Für die Hochrechnung von Personengruppen eignet sich der Mikrozensus insbesondere durch die hohe Fallzahl. Leider liegen dort keine Angaben über Bruttolöhne vor, die in den Vergleich einbezogen werden könnten. Es wurde der Mikrozensus 1996 gewählt, da für 1995 keine Information über die Betriebsgröße vorliegt und Wehr- und Zivildienstleistende nicht identifiziert werden können.

23) Die hier vorgenommene Branchenzuordnung ist beim Autor erhältlich.

haltspanel klassifiziert sind, lassen sich lediglich Beschäftigte in Betrieben/Unternehmen der Größenklassen weniger als 5 Beschäftigte oder weniger als 20 Beschäftigte ausschließen. Daher werden für die weitere Analyse sowohl im Sozioökonomischen Panel und im Europäischen Haushaltspanel als auch in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung alle Arbeitnehmer in Betrieben/Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten ausgeschlossen.²⁴⁾ Im Sozioökonomischen Panel reduziert sich die Vergleichsstichprobe dadurch um 21 bzw. 22%, im Europäischen Haushaltspanel um 25% und im Mikrozensus um 28%.

Die Vergleichsstichproben repräsentieren am Ende dieser Selektionen etwa ein Drittel der Erwerbstätigen. Während der Umfang der hochgerechneten Stichprobe des Europäischen Haushaltspanels sehr nahe bei dem Vergleichswert der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung liegt, weicht der hochgerechnete Stichprobenumfang des Sozioökonomischen Panels nach oben ab. Die Zwischensummen der Auswahl der Vergleichsstichproben zeigen, dass im Sozioökonomischen Panel vor allem bei der Branchen- und Firmengrößeneingrenzung weniger Personen ausgeschlossen wurden als im Mikrozensus. Eine ungenaue Branchenzuordnung kann zum einen daran liegen, dass die Branchenklassifikation des Sozioökonomischen Panels nicht exakt in die NACE-Klassifikation überführt werden konnte. Zum anderen kann auch die Branchenvariable fehlerbehaftet sein, da für die befragten Arbeitnehmer die Branchenzuordnung nicht immer eindeutig möglich ist, insbesondere wenn sie in sehr heterogenen Unternehmen beschäftigt sind. Da sich die Angaben zur Beschäftigtenzahl im Sozioökonomischen Panel auf das Gesamtunternehmen beziehen, verbleiben zudem Beschäftigte in der Vergleichsstichprobe, die in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten arbeiten, die Teil eines Großunternehmens sind.

1.4 Vergleichbarkeit der Lohnverteilungen

Die Vergleichbarkeit der Lohnverteilungen setzt voraus, dass sich die Variablen auf die gleichen erhobenen Merkmale, den gleichen Zeitraum und den gleichen Personenkreis beziehen. Wie oben dargestellt, werden in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung und im Sozioökonomischen Panel sehr ähnlich abgegrenzte Monatslöhne und Arbeitszeiten erhoben, wenn auch die Fragen im Sozioökonomischen Panel weniger detailliert sind. Im Europäischen Haushaltspanel handelt es sich nicht um auf einen bestimmten Monat bezogene Werte, sondern um durchschnittliche Monatslöhne und Arbeitszeiten, was sich jedoch nicht auf die Vergleichbarkeit der berechneten Stundenlöhne auswirkt. Der deutlichen Abweichung der Referenzmonate im Sozioökonomischen Panel wird durch Einbeziehung der Befragung 1996 Rechnung getragen. Die Vergleichsstichproben lassen sich zwar nicht exakt abgrenzen, in Bezug auf die verbleibenden Abweichungen kann jedoch angenommen werden, dass sie nur einen geringen Einfluss auf die Lohnverteilung haben. Das erste Ergebnis dieser Untersuchung ist daher, dass innerhalb der Vergleichsstichproben die Monatslöhne und Arbeitszeiten in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung und im Sozioökonomischen Panel und die Stundenlöhne in allen drei Datensätzen vergleichbar sind. Bei der Interpretation von Unterschieden sind jeweils die unterschiedlichen Referenzmonate zu beachten.

2 Vergleich der Lohn- und Arbeitszeitverteilungen

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt gezeigt wurde, dass in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung, im Sozioökonomischen Panel und im Europäischen Haushaltspanel vergleichbare Informationen über Monatslöhne, Arbeitszeiten und somit auch Stundenlöhne vorliegen, sollen nun die Verteilungen dieser Variablen innerhalb der Vergleichsstichproben miteinander verglichen werden. Dies geschieht

Tabelle 4: Monatslöhne in Quantilen
DM

Daten	Mittelwert	10%	25%	50%	75%	90%
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996 ...	4626	2593	3362	4260	5417	7052
Sozioökonomisches Panel 1995	4450	2400	3200	4000	5200	7054
Mit Imputation	4448	2400	3200	4000	5200	7000
Absolute Differenz	-178	-193	-162	-260	-217	-52
Relative Differenz in %	-4	-7	-5	-6	-4	-1
Sozioökonomisches Panel 1996	4660	2400	3300	4200	5500	7750
Mit Imputation	4651	2400	3300	4200	5500	7700
Absolute Differenz	+25	-193	-62	-60	+83	+648
Relative Differenz in %	+1	-7	-2	-1	+2	+9
Europäisches Haushaltspanel	4515	2362	3199	4046	5399	7250
Mit Imputation	4572	2400	3199	4116	5500	7300
Absolute Differenz	-54	-193	-163	-144	+83	+248
Relative Differenz in %	-1	-7	-5	-3	+2	+4

Anmerkungen: Die Werte des Europäischen Haushaltspanels beziehen sich auf die zu Mittelwerten von 25 DM-Klassen aggregierte Variable. Da für Arbeitnehmer mit einem Monatslohn über 25 000 DM in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung keine Lohnangaben vorliegen, wurden diese für alle Datensätze bei der Berechnung der Mittelwerte ausgeschlossen und bei der Berechnung der Quantile einbezogen. Absolute und relative Differenz beziehen sich auf das Verhältnis des Wertes im Haushaltsdatensatz mit Imputation fehlender Werte zum Wert der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung.

Quelle: Eigene Berechnungen u. a. auf Basis von Einzeldaten der amtlichen Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996.

24) Im Europäischen Haushaltspanel wird die Betriebsgröße für alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten nicht erfragt. Hier wird unterstellt, dass diese, soweit sie in der Branchenauswahl noch enthalten sind, in Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten arbeiten. Berechnungen auf Basis des Mikrozensus 1996 zeigen, dass dies für fast alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst zutrifft.

jeweils zunächst anhand von Mittelwerten und Quantilen und anschließend grafisch anhand von Kerndichte- und Verteilungsfunktionen.

2.1 Monatslöhne

Tabelle 4 enthält Mittelwerte und verschiedene Quantile der Verteilung der Monatslöhne in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung, im Sozioökonomischen Panel 1995, im Sozioökonomischen Panel 1996 und im Europäischen Haushaltspanel. Die Imputation fehlender Werte wirkt sich nur beim Europäischen Haushaltspanel aus, wo etwa jeder fünfte Monatslohn fehlte. Die Ersetzungen führten zu höheren Mittel- und Quantilswerten. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Variablen einschließlich imputierter Werte. Die Rangfolge der mittleren Monatslöhne steht im Einklang mit Nominallohnsteigerungen im Zeitablauf. Für die Mediane gilt das nicht, da der Medianlohn der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung über dem des Sozioökonomischen Panels 1996 liegt. Für die Ränder der Verteilung stimmt die Rangfolge zwischen den Haushaltsdaten, das gilt jedoch nicht im Verhältnis zur Gehalts- und Lohnstrukturerhebung. Bemerkenswert ist, dass das 10%-Quantil in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung sogar deutlich über dem Wert des Sozioökonomischen Panels 1996 liegt und das 90%-Quantil der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung unter dem Wert des Europäischen Haushaltspanels liegt, der sich auf frühere Monate bezieht. Die deutlich breitere Streuung der Monatslöhne des Europäischen Haushaltspanels im Vergleich zur Gehalts- und Lohnstrukturerhebung ist auch deshalb interessant, da es sich um durchschnittliche Monatslöhne handelt und daher weniger extreme Werte zu erwarten waren als bei auf einen bestimmten Monat bezogenen Löhnen.²⁵⁾ Die runden Quantile der Löhne des Sozioökonomischen Panels geben einen ersten Eindruck über die Häufigkeit von Rundungen.

Schaubild 1 zeigt das Ergebnis der Kerndichteschätzungen.²⁶⁾ Obwohl für alle vier Kerndichteschätzungen die Normalverteilung als gewichteter Kern und die gleiche Bandbreite gewählt wurden, ist die Verteilung der Monatslöhne in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung glatt und eingipflig, während die anderen Kurven viele lokale Maxima aufweisen. Eine Erklärung für regelmäßige lokale Maxima im Europäischen Haushaltspanel läge in der Klassifizierung. Allerdings sollten diese dann im Abstand von etwa 25 DM liegen. Bei näherer Betrachtung der Daten zeigt sich jedoch, dass die Klassen, die Vielfache von 100 DM bzw. 500 DM enthalten, deutlich stärker besetzt sind als die anderen. In Schaubild 1 werden die Kurven auf Basis des Europäischen Haushaltspanels und des Sozioökonomischen Panels von Maxima bei Vielfachen von 500 DM dominiert. In der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung zeigt sich diese Häufigkeit gerundeter Monatslöhne nicht. Unter der Annahme, dass es sich in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung um exakte Werte handelt, liegen bei gerundeten Werten also Messfehler vor. Die Kurven legen nahe, dass die Klassifizierung der Monatslöhne im faktisch anonymisierten Europäi-

schen Haushaltspanel im Vergleich zu den Rundungen nur einen geringen Informationsverlust darstellt.

Trotz der Rundungsfehler lassen sich weitere Tendenzen erkennen. Im Vergleich zur Gehalts- und Lohnstrukturerhebung finden sich in allen Haushaltsbefragungen bei Monatslöhnen unter 3 500 DM mehr und zwischen 3 500 DM und 7 000 DM weniger Beobachtungen. Selbst das sich erst auf das Frühjahr 1996 beziehende Sozioökonomische Panel 1996 enthält mehr Beobachtungen im unteren Lohnbereich als die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung. Oberhalb von 7 000 DM finden sich im Sozioökonomischen Panel 1996 und im Europäischen Haushaltspanel wieder mehr Beobachtungen als in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung. Die Konfidenzbereiche basieren auf für unterschiedliche Löhne getrennt berechneten Standardfehlern der Kerndichteschätzung. Für einen bestimmten Lohn liegt mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit der wahre Wert der Dichtefunktion innerhalb des senkrechten Konfidenzintervalls, das durch die obere und untere Kurve begrenzt wird. Es zeigt sich, dass die Benchmark-Dichtekurve aus der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung nur an wenigen Punkten außerhalb der Konfidenzintervalle liegt. Abgesehen vom unteren Ende der Lohnverteilung im Sozioökonomischen Panel 1995, sind die wenigen sonstigen signifikanten Abweichungen als Folge der Rundungsfehler zu sehen.

Auf der rechten Seite von Schaubild 1 sind Verteilungsfunktionen abgetragen. Diese geben an, wie hoch der Anteil der Personen im jeweiligen Datensatz ist, deren Monatslohn unterhalb eines bestimmten Wertes liegt. Um die Unterschiede der Verteilungsfunktionen auf Basis der Haushaltsdaten von der Verteilungsfunktion auf Basis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung hervorzuheben, wurden in den Schaubildern die Abweichungen hinzugefügt und mit Konfidenzbereichen versehen. Die starken Schwankungen dieser Abweichungen sind auf die Rundungen im Sozioökonomischen Panel und im Europäischen Haushaltspanel zurückzuführen. Es lässt sich jedoch gut erkennen, dass in den betrachteten Haushaltsdaten ein höherer Anteil der Arbeitnehmer als in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung geringe Monatslöhne bezieht, denn die Differenzen der Verteilungskurven steigen zunächst bis etwa 3 500 DM an. Anschließend sinken sie und werden beim Sozioökonomischen Panel 1996 und beim Europäischen Haushaltspanel sogar negativ, da hier auch mehr hohe Löhne zu finden sind als in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung.

2.2 Bezahlte Arbeitszeit

Analog zu den Monatslöhnen beziehen sich die für die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung und das Sozioökonomische Panel konstruierten bezahlten Arbeitszeiten auf einen bestimmten Monat, während für das Europäische Haushaltspanel die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten im derzeitigen Beschäftigungsverhältnis vorliegen. Alle Variablen schließen bezahlte Überstunden ein.

25) Der Grund dafür liegt nicht in der Klassifizierung der Monatslöhne im Europäischen Haushaltspanel, da dieses Ergebnis auch für die Mittelwerte der nächsthöheren bzw. nächstniedrigeren 25 DM-Klasse Bestand hat.

26) Zur Methode der Kerndichteschätzung siehe Pagan, A./Ullah, A.: "Nonparametric Econometrics", Cambridge, Kapitel 2.

Schaubild 1

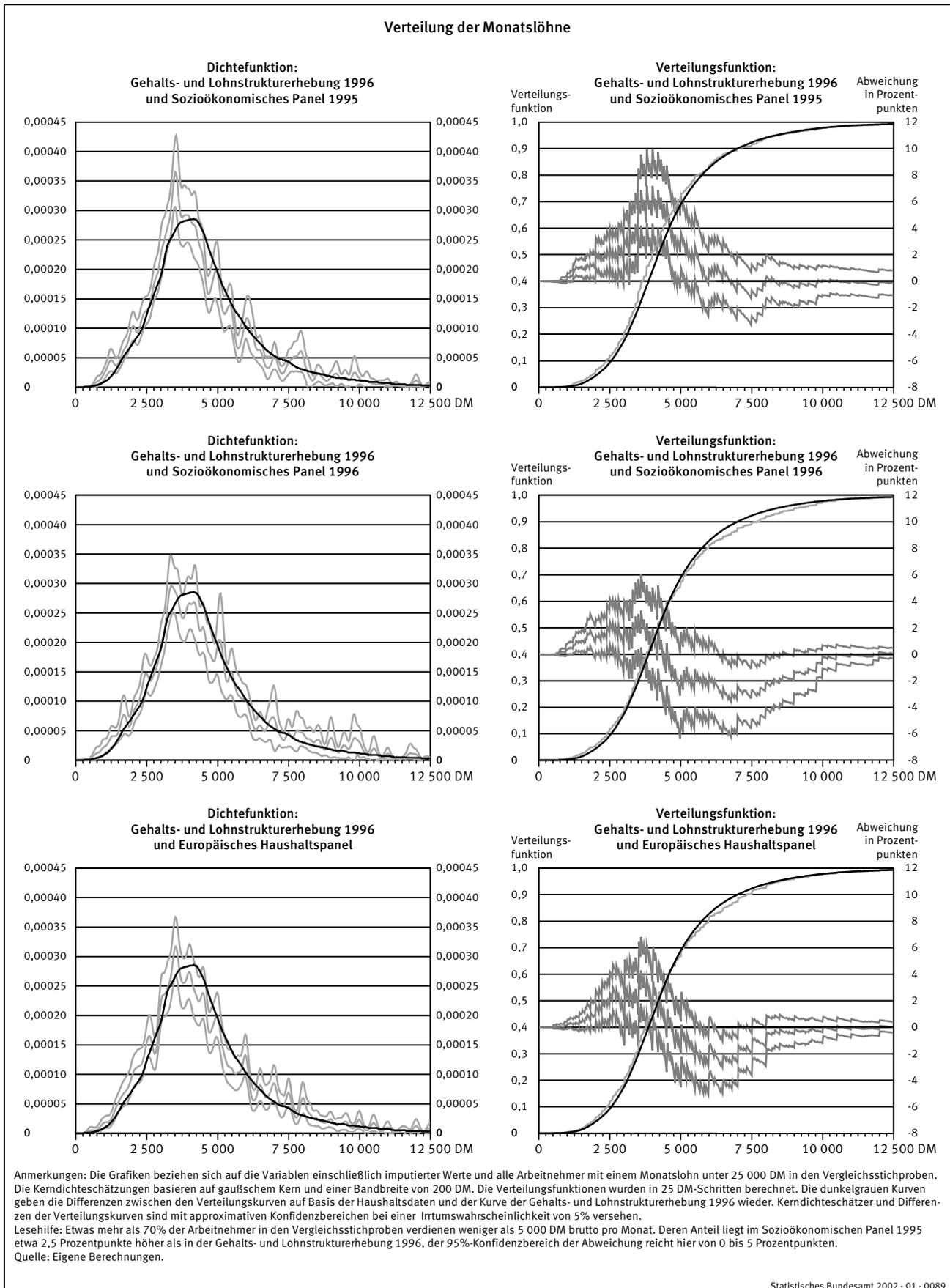


Tabelle 5: Bezahlte Wochenarbeitszeit in Quantilen
Stunden

Daten	Mittelwert	10%	25%	50%	75%	90%
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996 ...	37,84	34,52	36,00	38,20	40,00	42,92
Sozioökonomisches Panel 1995	38,16	35,00	37,45	38,50	40,00	43,20
Sozioökonomisches Panel 1996	37,81	35,00	37,00	38,50	40,00	42,35
Europäisches Haushaltspanel	39,91	35,00	37,00	39,00	41,00	50,00

Anmerkung: Fehlende Arbeitszeiten wurden nicht ersetzt.

Quelle: Eigene Berechnungen u.a. auf Basis von Einzeldaten der amtlichen Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996.

Tabelle 5 zeigt, dass die durchschnittliche bezahlte Arbeitszeit im Sozioökonomischen Panel von 1995 bis 1996 leicht gefallen ist. In beiden Jahren liegen jedoch die Quantile sehr nahe an denen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung. Die Werte des Europäischen Haushaltspanels weichen dagegen deutlich ab, der Mittelwert liegt um zwei Stunden, das 90%-Quantil sogar um sieben Stunden über dem Referenzwert.

Die Dichtekurven in Schaubild 2 zeigen, dass sich die Verteilungen der bezahlten Arbeitszeiten im Sozioökonomischen Panel und in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung sehr ähnlich sind. Die geringere Häufigkeit einer Arbeitszeit von 35 Stunden im Sozioökonomischen Panel 1995 hat ihre Ursache in der Einführung der 35-Stundenwoche in wichtigen Branchen im Laufe des Jahres 1995, die in der Regel erst zeitlich nach der Befragung des Sozioökonomischen Panels erfolgte. Für lokale Maxima zwischen 40 und 50 Arbeitsstunden im Sozioökonomischen Panel 1995 und im Sozioökonomischen Panel 1996 sind Rundungen bei den für den gesamten Monat angegebenen Überstunden verantwortlich. Unklar ist die Ursache für die große Häufigkeit von 40 Arbeitsstunden. Abgesehen davon lassen sich keine gravierenden systematischen Unterschiede zwischen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung und dem Sozioökonomischen Panel feststellen.

Im Europäischen Haushaltspanel weist die bezahlte Arbeitszeit eine andere Verteilung auf. Neben der geringeren Fallzahl im Bereich von 35 Stunden weicht die Dichtekurve insbesondere durch Häufungen bei 45, 50, 55 und 60 Arbeitsstunden von der Dichtekurve der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung ab. Da im Europäischen Haushaltspanel nach der üblichen Arbeitszeit gefragt wird und nicht nach der Arbeitszeit in einem bestimmten Monat und da durch Durch-

schnittsbildung extreme Werte außergewöhnlicher Monate nivelliert werden, sind eigentlich weniger Beobachtungen an den Rändern der Verteilung zu erwarten. Eine Erklärung dafür, dass deutlich mehr hohe Werte beobachtet werden, liefert das Sozioökonomische Panel, denn hier wird neben der vereinbarten Arbeitszeit und den Überstunden zusätzlich die tatsächliche durchschnittliche Arbeitszeit erfragt. Die Verteilung dieser der Europäischen Haushaltspanel-Definition entsprechenden Variablen weist ähnliche Häufungen bei 50 und 60 Stunden auf, auch wenn man nur die Beschäftigten betrachtet, deren Überstunden bezahlt werden. Ein Teil der Befragten gibt demnach einen höheren Wert an, wenn er nach der tatsächlichen durchschnittlichen bezahlten Arbeitszeit gefragt wird, als wenn die vereinbarte Arbeitszeit und die bezahlten Überstunden getrennt erhoben werden. Dies ist beim Vergleich der Stundenlöhne im nächsten Abschnitt zu beachten: Werden durch diesen Unterschied im Fragebogen des Europäischen Haushaltspanels mehr Überstunden als bezahlt angegeben als in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung und im Sozioökonomischen Panel, führt dies zu geringeren Stundenlöhnen.

2.3 Stundenlöhne

Die vorhergehenden Abschnitte haben gezeigt, dass die Verteilung der Monatslöhne nach den Haushaltsbefragungen von der auf Basis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung berechneten Benchmark-Verteilung abweicht, wenngleich die Abweichungen der Dichtefunktionen bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% nur an wenigen Punkten signifikant sind. Die Verteilungen der bezahlten Arbeitszeit unterscheiden sich kaum zwischen Sozioökonomischem Panel und Gehalts- und Lohnstrukturerhebung, deutlich hingegen zwischen Europäischem Haushaltspanel und Gehalts- und Lohnstrukturerhebung.

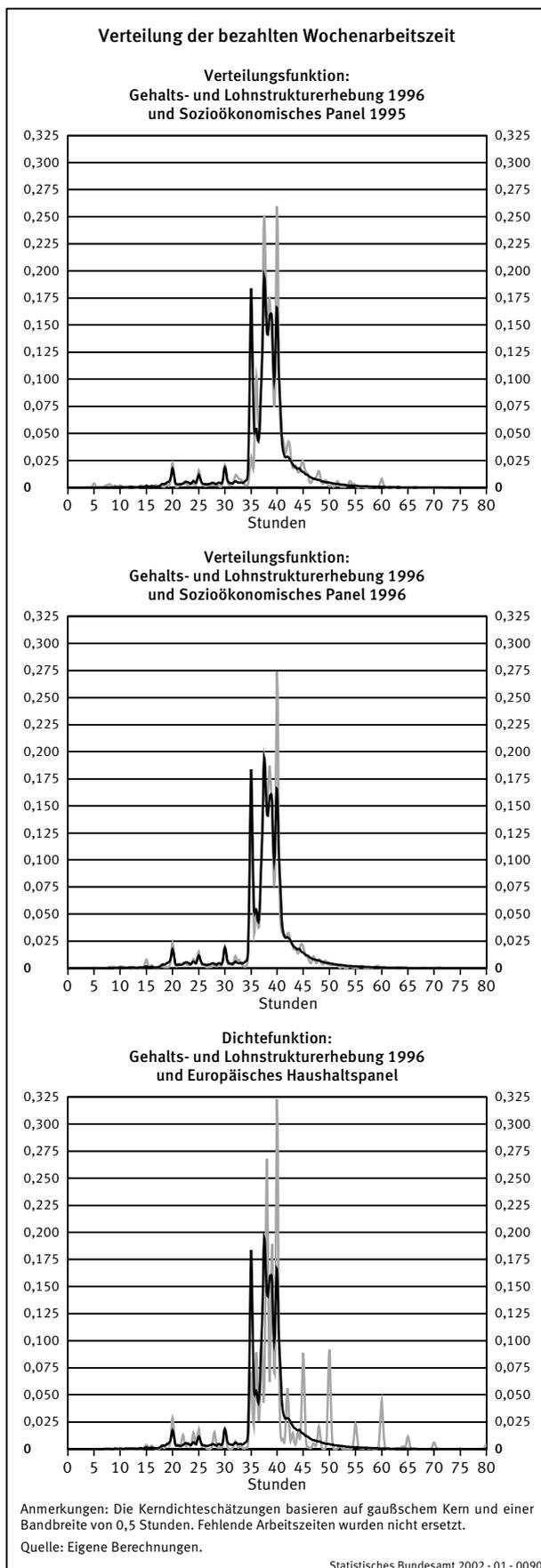
Tabelle 6: Stundenlöhne in Quantilen
DM

Daten	Mittelwert	10%	25%	50%	75%	90%
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996 ...	28,09	17,06	20,70	25,51	32,32	41,95
Sozioökonomisches Panel 1995	26,19	15,34	19,40	23,64	29,68	39,64
Mit Imputation	26,35	15,34	19,40	23,70	29,93	39,89
Absolute Differenz	-1,74	-1,72	-1,30	-1,81	-2,39	-2,06
Relative Differenz in %	-6	-10	-6	-7	-7	-5
Sozioökonomisches Panel 1996	27,54	15,80	19,73	24,92	31,93	44,01
Mit Imputation	27,63	15,83	19,84	25,00	32,22	43,58
Absolute Differenz	-0,46	-1,23	-0,86	-0,51	-0,10	+1,63
Relative Differenz in %	-2	-7	-4	-2	0	+4
Europäisches Haushaltspanel	26,04	15,74	19,37	24,23	31,07	39,36
Mit Imputation	26,31	15,74	19,47	24,55	31,49	39,63
Absolute Differenz	-1,78	-1,32	-1,23	-0,96	-0,83	-2,32
Relative Differenz in %	-6	-8	-6	-4	-3	-6

Anmerkung: Ohne Arbeitnehmer mit Monatslöhnen über 25 000 DM.

Quelle: Eigene Berechnungen u.a. auf Basis von Einzeldaten der amtlichen Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996.

Schaubild 2



Für die aus Monatslöhnen und Arbeitszeiten berechneten Stundenlöhne kommt als zusätzliche Fehlerquelle hinzu, dass sich der Monatslohn nicht exakt auf die angegebene Arbeitszeit bezieht, wenn beispielsweise Überstunden verzögert bezahlt werden. In der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung wird diese mögliche Nichtübereinstimmung durch eine gezielte Erläuterung der in den Monatslohn einzubeziehenden Komponenten und im Europäischen Haushaltspanel durch die Erhebung von Durchschnittswerten vermieden. Im Sozioökonomischen Panel könnten die Stundenlöhne jedoch davon betroffen sein. Weiterhin ist unklar, ob Fehler bei Monatslöhnen und Arbeitszeiten positiv oder negativ korreliert sind, ob sie sich also bei der Berechnung der Stundenlöhne neutralisieren oder verstärken.

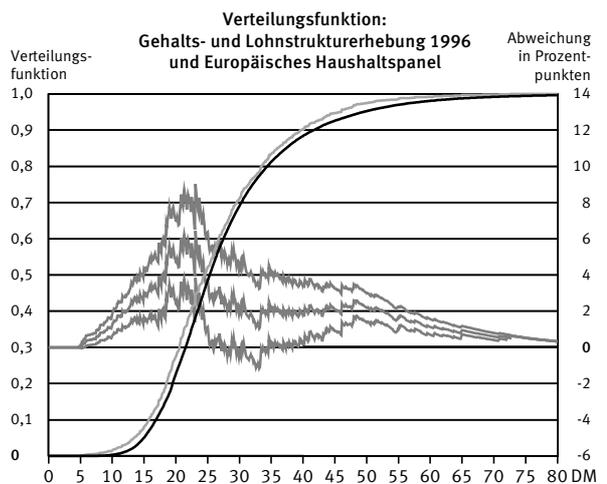
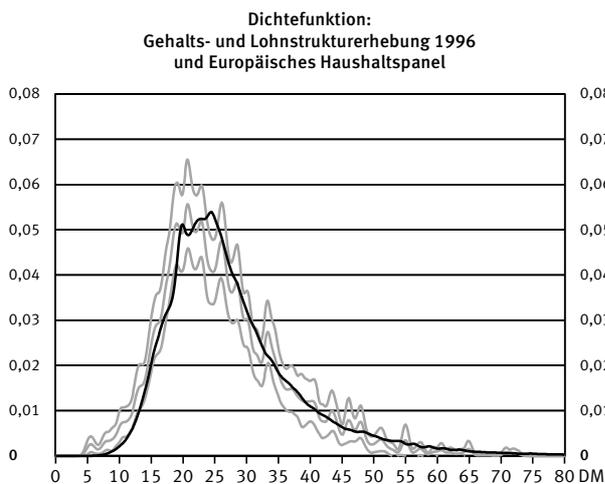
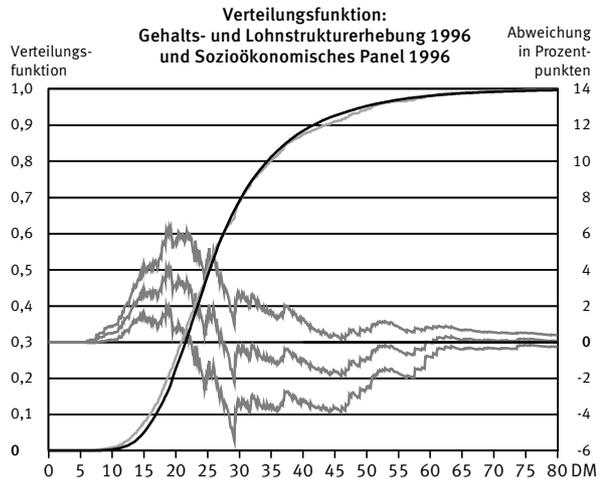
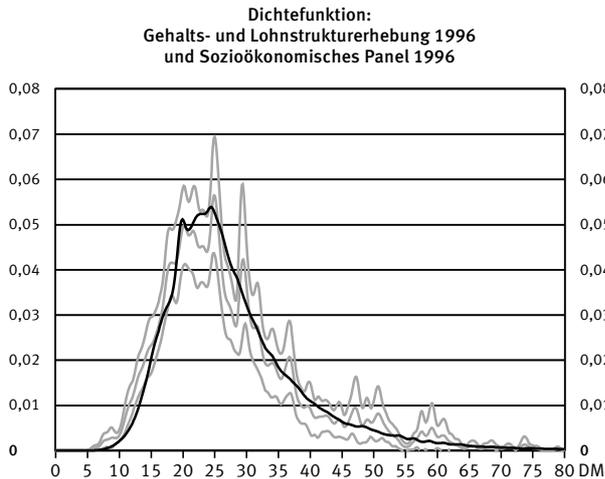
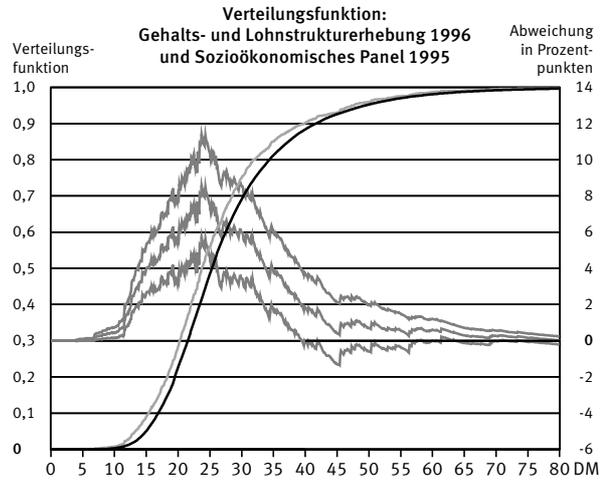
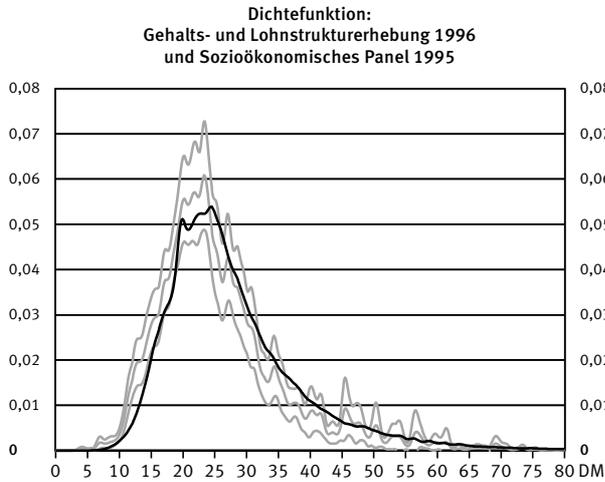
Tabelle 6 zeigt Mittelwerte und Quantile der Stundenlohnvariablen mit und ohne imputierten Werten bei den Haushaltsdatensätzen (siehe Abschnitt 1.2.2). Die Imputationen führen zu etwas höheren Mittelwerten. Die unteren Quantile bleiben nahezu unverändert, während die oberen überwiegend leicht ansteigen. Die Imputationen führen demnach zu mehr Beobachtungen im oberen Stundenlohnbereich. Im Weiteren werden die Werte auf Basis der Variablen mit Imputationen mit den Benchmarks aus der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung verglichen. Es zeigt sich, dass – mit einer Ausnahme – alle Mittelwerte und Quantile in den Haushaltsdaten geringer ausfallen. Für das Sozioökonomische Panel 1995 entspricht dies der Erwartung, vor dem In-Kraft-Treten der Tarifverträge im Oktober 1995 wurde länger gearbeitet und weniger verdient. Dadurch allein lässt sich der Unterschied von 10% im 10%-Quantil allerdings nicht erklären. In den zwei vorhergehenden Abschnitten wurde gezeigt, dass die Monatslöhne und insbesondere die Arbeitszeiten im Europäischen Haushaltspanel etwas höher ausfallen als im Sozioökonomischen Panel 1995. Dies führt zu sehr ähnlich verteilten Stundenlöhnen. Interessanter ist die Verteilung der Stundenlöhne im Sozioökonomischen Panel 1996. Trotz des späteren Befragungszeitpunktes liegen der mittlere Stundenlohn und alle betrachteten Quantile, ausgenommen das 90%-Quantil, unter den Vergleichswerten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung.

Schaubild 3 enthält Dichte- und Verteilungsfunktionen der Stundenlöhne. Im Vergleich zur Gehalts- und Lohnstrukturerhebung enthält das Sozioökonomische Panel 1995 einen größeren Anteil an Personen mit Stundenlöhnen unter 24 DM, während die Lohngruppen zwischen 25 und 45 DM schwächer besetzt sind. Im Sozioökonomischen Panel 1996 findet sich ein höherer Anteil der Beschäftigten mit Stundenlöhnen unter 20 DM, der von einem geringeren Anteil von Beschäftigten mit solchen zwischen 20 und 30 DM kompensiert wird. Diese Kompensation erfolgt beim Europäischen Haushaltspanel nur teilweise, auch bei mittleren Stundenlöhnen liegt die Verteilungsfunktion über der auf Basis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung berechneten, erst bei hohen Stundenlöhnen nähern sich die Verteilungsfunktionen von Europäischem Haushaltspanel und Gehalts- und Lohnstrukturerhebung an.

Es zeigt sich, dass auf Basis der Haushaltsdaten der Anteil der Personen mit niedrigen Stundenlöhnen deutlich höher

Schaubild 3

Verteilung der Stundenlöhne



Anmerkungen: Die Grafiken beziehen sich auf die Variablen einschließlich imputierter Werte und alle Arbeitnehmer mit einem Monatslohn unter 25 000 DM in den Vergleichsstichproben. Die Kerndichteschätzungen basieren auf gaußischem Kern und einer Bandbreite von 1 DM. Die Verteilungsfunktionen wurden in 10 Pf-Schritten berechnet. Die dunkelgrauen Kurven geben die Differenzen zwischen den Verteilungskurven auf Basis der Haushaltsdaten und der Kurve der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996 wieder. Kerndichteschätzer und Differenzen der Verteilungskurven sind mit approximativen Konfidenzbereichen bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% versehen.
 Lesehilfe: Etwas mehr als 25% der Arbeitnehmer in den Vergleichsstichproben verdienen weniger als 20 DM brutto pro Stunde. Deren Anteil liegt im Sozioökonomischen Panel 1995 etwa 6 Prozentpunkte höher als in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996, der 95%-Konfidenzbereich der Abweichung reicht hier von 4 bis 8 Prozentpunkten.
 Quelle: Eigene Berechnungen.

geschätzt wird als auf Basis der Gehalts- und Lohnstrukturhebung. Nach der Gehalts- und Lohnstrukturhebung beträgt beispielsweise der Anteil der bis zu 20 DM pro Stunde verdienenden Arbeitnehmer in der Vergleichsstichprobe 22,7%. Im Sozioökonomischen Panel 1995 liegt deren Anteil bei 28,4%, im Sozioökonomischen Panel 1996 bei 25,9% und im Europäischen Haushaltspanel bei 27,4%.

Ausblick

Die nächste Gehalts- und Lohnstrukturhebung ist für das Jahr 2002 geplant und wird sich auf den Referenzmonat Oktober 2001 beziehen. Im Unterschied zu den bisherigen Erhebungen schließt sie Wirtschaftszweige des Dienstleistungsbereichs und weitere Personengruppen, wie Auszubildende und Praktikanten, sowie Verdienste über 25 000 DM ein und wird dadurch etwa 18,6 Mill. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer repräsentieren. Da zum einen klassische Niedriglohnbranchen einbezogen werden und zum anderen der Umfang der Vergleichsstichproben der anderen Datensätze steigt, werden mit Verfügbarkeit der Ergebnisse der nächsten Gehalts- und Lohnstrukturhebung noch genauere Vergleiche der Lohnverteilung in der Gehalts- und Lohnstrukturhebung mit Lohnverteilungen in Haushaltsdatensätzen möglich sein. [uu](#)

Dipl.-Kaufmann Günther Elbel

Preise im Februar 2002

Im Februar 2002 stiegen in Deutschland gegenüber dem Vormonat der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um 0,1%, der Index der Großhandelsverkaufspreise um 0,2%, der Index der Einzelhandelspreise um 0,1% und der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 0,3%. Die deutlich höheren Raten im Januar waren – wie vor einem Monat bereits erläutert – auf Sondereinflüsse (Steuererhöhungen, Wintereinbruch in Südeuropa) zurückzuführen und haben sich im Februar – wie erwartet – nicht fortgesetzt.

Im Vorjahresvergleich ist der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um 0,3% gesunken, der Index der Großhandelsverkaufspreise um 0,5%. Der Index der Einzelhandelspreise stieg im Vergleich zum Februar 2001 um 1,6% und der Preisindex für die Lebenshaltung um 1,7%.

Im Februar 2002 haben sich die Preise in Deutschland im Vergleich zum Vormonat auf allen Wirtschaftsstufen leicht erhöht. So stieg der Index der Erzeugerpreise um 0,1%, der Index der Großhandelsverkaufspreise um 0,2%, der Index der Einzelhandelspreise um 0,1% und der Preisindex für die Lebenshaltung um 0,3%.

Bei den Jahresveränderungsraten der Preisindizes ergibt sich ein uneinheitliches Bild. Während die Indizes der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Februar 2002 um 0,3% und der Großhandelsverkaufspreise um 0,5% unter dem Niveau des Februar 2001 lagen, erhöhten sich binnen Jahresfrist der Index der Einzelhandelspreise um 1,6% und der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 1,7%.

Im Jahresvergleich war im Februar 2002 ein deutlicher Preisrückgang bei den Mineralölerzeugnissen zu verzeich-

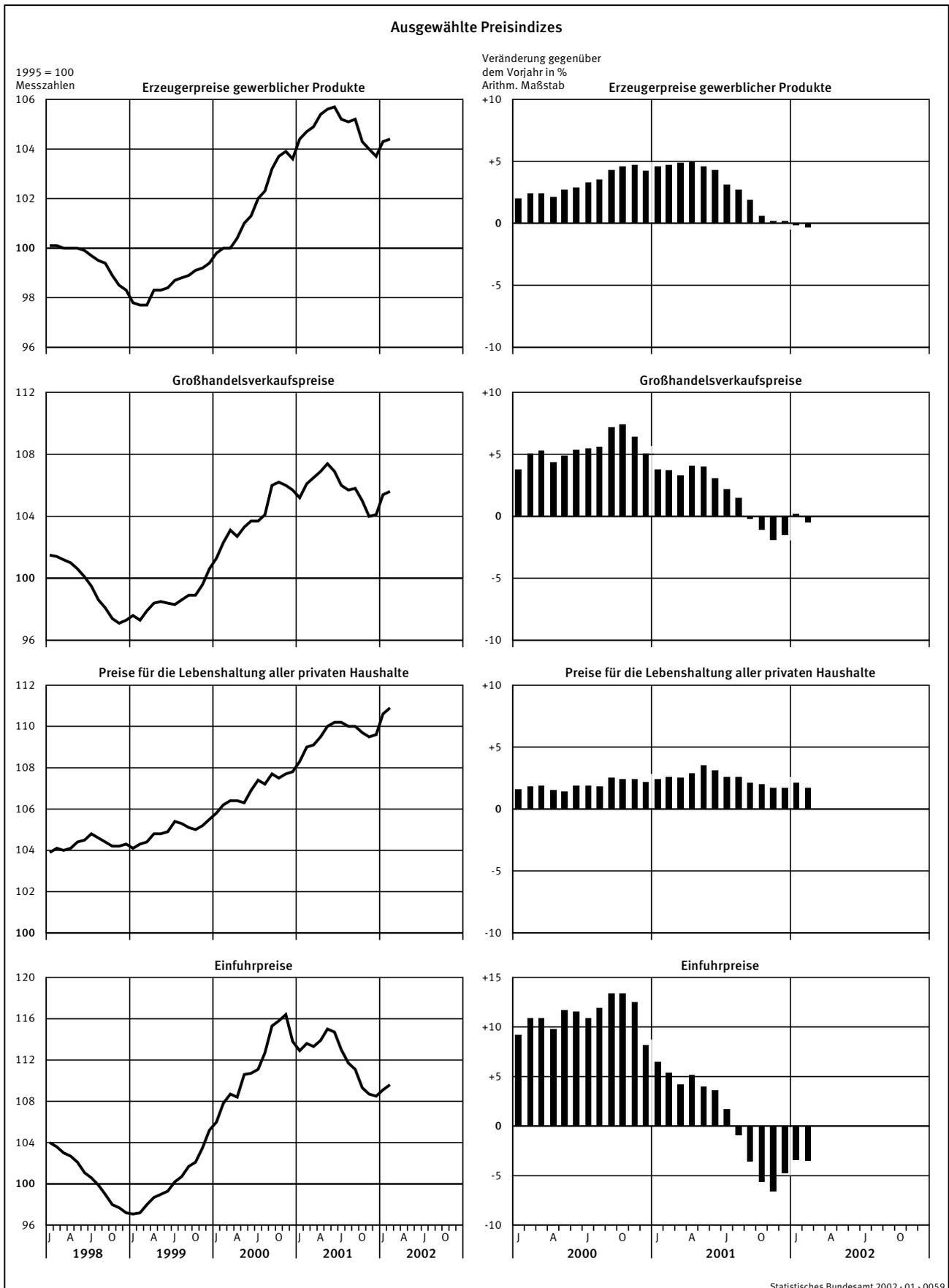
nen (Erzeugerpreise: –7,4%, Großhandelsverkaufspreise: –7,8%, Verbraucherpreise: –6,7%). Im Vormonatsvergleich stiegen diese Preise außer im Großhandel (–0,1%) zuletzt allerdings wieder deutlich an (Erzeugerpreise: +1,3%, Verbraucherpreise: +1,2%).

Im Vergleich zum Vorjahr verteuerten sich Saisonwaren besonders stark (Großhandelspreise: +15,3%, Verbraucherpreise: +10,2%). Gegenüber Januar hat sich die Lage allerdings wieder etwas entspannt (Großhandelspreise: –0,3%, Verbraucherpreise: –1,7%).

	Veränderungen Februar 2002 gegenüber	
	Januar 2002	Februar 2001
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 0,1	– 0,3
ohne Mineralölzeugnisse	– 0,1	+ 0,1
Mineralölzeugnisse	+ 1,3	– 7,4
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 0,2	– 0,5
ohne Mineralölzeugnisse	+ 0,1	+ 0,6
Mineralölzeugnisse	– 0,1	– 7,8
ohne Saisonwaren	+ 0,2	– 1,1
Saisonwaren	– 0,3	+ 15,3
Index der Einzelhandelspreise	+ 0,1	+ 1,6
Preisindex für die Lebenshaltung		
aller privaten Haushalte		
insgesamt	+ 0,3	+ 1,7
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,2	+ 2,1
Heizöl und Kraftstoffe	+ 1,2	– 6,7
ohne Saisonwaren	+ 0,3	+ 1,5
Saisonwaren	– 1,7	+ 10,2

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) in Deutschland lag im Februar 2002 um

Schaubild 1



Ausgewählte Preisindizes
1995 = 100

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte ¹⁾	Groß- handels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
				Deutschland	Früheres Bundes- gebiet	Neue Län- der und Berlin-Ost
1997 D	99,9	101,5	101,3	103,3	103,2	104,2
1998 D	99,5	99,5	101,7	104,3	104,1	105,3
1999 D	98,5	98,6	101,9	104,9	104,8	105,7
2000 D	101,8	104,0	103,0	106,9	106,9	107,5
2001 D	104,9	105,8	104,6	109,6	109,4	110,6
2001 Febr. .	104,7	106,1	103,7	109,0	108,9	109,8
März .	104,9	106,5	104,0	109,1	109,0	110,0
April .	105,4	106,9	104,4	109,5	109,3	110,4
Mai ...	105,6	107,4	104,9	110,0	109,8	111,1
Juni ..	105,7	106,9	105,1	110,2	110,0	111,2
Juli ...	105,2	106,0	104,9	110,2	110,0	111,3
Aug. ..	105,1	105,7	104,8	110,0	109,8	111,0
Sept. .	105,2	105,8	105,1	110,0	109,8	111,0
Okt. ..	104,3	105,0	105,0	109,7	109,5	110,7
Nov. ...	104,0	104,0	104,8	109,5	109,3	110,5
Dez. ...	103,7	104,1	104,8	109,6	109,4	110,7
2002 Jan. ..	104,3	105,4	105,3	110,6	110,4	111,7
Febr. .	104,4	105,6	105,4	110,9	110,7	111,9
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %						
2001 Febr. .	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
März .	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
April .	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4
Mai ...	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6
Juni ..	+ 0,1	- 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Juli ...	- 0,5	- 0,8	- 0,2	-	-	+ 0,1
Aug. ..	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,3
Sept. .	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	-	-	-
Okt. ..	- 0,9	- 0,8	- 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Nov. ...	- 0,3	- 1,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Dez. ...	- 0,3	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
2002 Jan. ..	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Febr. .	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
1997 D	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,3
1998 D	- 0,4	- 2,0	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
1999 D	- 1,0	- 0,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4
2000 D	+ 3,4	+ 5,5	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7
2001 D	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,9
2001 Febr. .	+ 4,7	+ 3,7	+ 1,1	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,7
März .	+ 4,9	+ 3,3	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,8
April .	+ 5,0	+ 4,1	+ 1,8	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,2
Mai ...	+ 4,6	+ 4,0	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,8
Juni ..	+ 4,3	+ 3,1	+ 2,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,4
Juli ...	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,5	+ 3,2
Aug. ..	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,4	+ 3,0
Sept. .	+ 1,9	- 0,2	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,8
Okt. ..	+ 0,6	- 1,1	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,7
Nov. ...	+ 0,1	- 1,9	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0
Dez. ...	+ 0,1	- 1,5	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,2
2002 Jan. ..	- 0,1	+ 0,2	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,4
Febr. .	- 0,3	- 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Einschl. Umsatzsteuer.

0,3% unter dem Niveau vom Februar 2001. Einen stärkeren Preisrückgang hatte es zuletzt im September 1999 (-0,5%) gegeben. Im Januar 2001 hatte die Jahresveränderungsrate -0,1% betragen. Im Vergleich zum Vormonat ist der Index im Februar 2002 um 0,1% gestiegen.

Hauptursache für das im Vergleich zum Vorjahr weiter gesunkene Preisniveau war die Preisentwicklung bei Energie (-2,6% gegenüber Februar 2001) und bei Vorleistungsgütern (-1,8%). Erzeugnisse höherer Verarbeitungsstufen

waren dagegen im Durchschnitt teurer als im Vorjahr (Investitionsgüter: +1,5%, Konsumgüter: +1,8%).

Besonderen Anteil an der Verbilligung der Energie hatten die Mineralölzeugnisse, deren Preise um 7,4% zurückgingen (darunter Kraftstoffe: -3,7%, leichtes Heizöl: -16,8%, schweres und mittelschweres Heizöl: -15,7%, Flüssiggas: -23,2%). Erdgas war um 5,4% preiswerter, während die Preise für Kohle (+5,3%), elektrischen Strom (+0,8%) und Fernwärme (+5,4%) stiegen. Ohne Energie lag der Index der Erzeugerpreise im Februar 2002 um 0,3% höher als im Vorjahr.

Auch für viele Vorleistungsgüter lagen die Preise im Februar 2002 unter denen des Vorjahres. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Preisentwicklung bei chemischen Grundstoffen (-9,8%), Roheisen und Stahl (-9,2%) sowie bei einigen Nichteisenmetallen, wie zum Beispiel Aluminium (-6,8%), Zink (-21,1%) und Kupfer (-5,7%), hervorzuheben.

Der Index der Großhandelsverkaufspreise ist im Februar 2002 gegenüber Februar 2001 um 0,5% zurückgegangen. Im Januar 2002 und im Dezember 2001 hatte die Jahresveränderungsrate +0,2 bzw. -1,5% betragen. Der Gesamtindex ohne Mineralölzeugnisse lag im Februar 2002 um 0,6% über dem Vorjahresniveau.

Gegenüber dem Vormonat stiegen die Großhandelsverkaufspreise um 0,2%. Ohne Mineralölzeugnisse lag der Index der Großhandelsverkaufspreise nur geringfügig über dem Stand von Januar 2002 (+0,1%). Binnen Monatsfrist verteuerten sich vor allem Bananen (+16,9%), Tomaten (+16,2%) und lebende Schweine (+5,4%). Dagegen wurden Gurken (-14,0%) und Kartoffeln (-5,3%) billiger.

Im Einzelnen wiesen die Teilindizes für die Wirtschaftsgruppen des Großhandels folgende Monats- bzw. Jahresveränderungsraten auf:

	Veränderungen Februar 2002 gegenüber	
	Januar 2002	Februar 2001
	%	
Großhandel mit		
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden		
Tieren	+ 0,7	+ 0,4
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ...	+ 0,1	+ 2,5
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	- 0,1	- 0,2
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und		
Reststoffen	+ 0,1	- 3,1
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	+ 0,6	-
Sonstiger Großhandel	-	+ 0,9

Der Index der Einzelhandelspreise ist im Februar 2002 gegenüber Februar 2001 um 1,6% gestiegen. Im Januar 2002 und im Dezember 2001 hatte die Jahresveränderungsrate +1,8 bzw. +1,3% betragen. Im Vormonatsvergleich nahm der Index um 0,1% zu, nach +0,5% im Januar 2002 und keiner Veränderung im Dezember 2001.

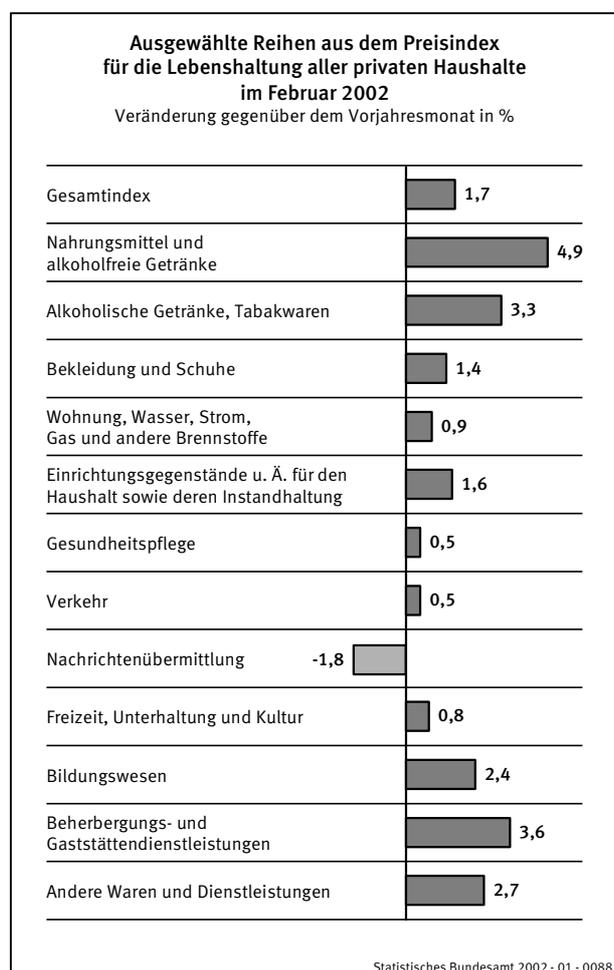
Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland ist im Februar 2002 im Vorjahresver-

gleich um 1,7% gestiegen. Im Januar 2002 hatte die Jahresteuersatzrate bei +2,1% und im Dezember 2001 bei +1,7% gelegen. Im Vergleich zum Januar 2002 ergibt sich eine Erhöhung um 0,3%, nach +0,9% im Januar 2002 und +0,1% im Dezember 2001.

Die rückläufige Entwicklung zum Vorjahresmonat wird entscheidend von den fallenden Preisen für Heizöl und Kraftstoffe (-6,7%) beeinflusst. Die Preise für leichtes Heizöl gingen im Jahresvergleich um 17,0% zurück, binnen Monatsfrist fielen sie um 1,0%. Die Kraftstoffpreise ermäßigten sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,2%, im Vormonatsvergleich sind sie jedoch um 1,7% gestiegen. Ohne Heizöl und Kraftstoffe betrug die Jahresveränderungsrate der Verbraucherpreise im Februar 2002 +2,1%, gegenüber dem Vormonat +0,2%.

Nahrungsmittel waren im Februar 2002 im Durchschnitt um 5,7% teurer als im Februar 2001, darunter Obst um 6,4%, Fische und Fischwaren sowie Molkereiprodukte und Eier um jeweils 6,7% und Gemüse um 15,3%. Die Preiserhöhungen für Nahrungsmittel waren jedoch geringer als im Januar 2002 (+6,7%). Im Vergleich zum Vormonat waren die Preise für Nahrungsmittel fast generell rückläufig. Besonders verbilligte sich Gemüse (-3,7%).

Schaubild 2



Die Preise für Verkehr stiegen um 0,7% gegenüber dem Vormonat und um 0,5% gegenüber Februar 2001. Der höhere Preisanstieg binnen Monatsfrist ist im Wesentlichen auf die Verteuerung bei Kraftstoffen zurückzuführen.

Die Preise für Informationsverarbeitungsgeräte (wie z. B. PC, Taschenrechner, Schreibmaschine u. Ä.) sanken im Februar 2002 deutlich um 16,1% gegenüber Februar 2001, im Monatsvergleich ergibt sich ein Plus von 0,4%.

Der Preisindex für Nachrichtenübermittlung ist sowohl im Jahresvergleich als auch im Monatsvergleich (-1,8 bzw. -0,1%) gesunken. Die Preise für Telekommunikationsdienstleistungen gingen im Februar 2002 im Vergleich zum Februar 2001 um 2,7% zurück.

Die nachstehende Übersicht stellt die Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in der Gliederung nach dem Verwendungszweck dar:

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte auf Basis 1995 = 100

	Veränderungen Februar 2002 gegenüber	
	Januar 2002	Februar 2001
	%	
Gesamtindex	+ 0,3	+ 1,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	- 0,5	+ 4,9
Alkoholisches Getränke, Tabakwaren	- 0,2	+ 3,3
Bekleidung und Schuhe	- 0,2	+ 1,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	+ 0,1	+ 0,9
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	+ 0,1	+ 1,6
Gesundheitspflege	+ 0,1	+ 0,5
Verkehr	+ 0,7	+ 0,5
Nachrichtenübermittlung	- 0,1	- 1,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+ 1,7	+ 0,8
Bildungswesen	+ 0,4	+ 2,4
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 0,5	+ 3,6
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 0,1	+ 2,7

Der für das *frühere Bundesgebiet* berechnete Verbraucherpreisindex hat sich im Februar 2002 gegenüber dem Vormonat um 0,3% erhöht, im Vorjahresvergleich ergab sich eine Preissteigerungsrate von 1,7%.

In den *neuen Ländern und Berlin-Ost* stiegen die Verbraucherpreise im Vergleich zum Vormonat um 0,2%, gegenüber Februar 2001 ergab sich eine Teuerungsrate von 1,9%. Die höhere Jahresteuersatzrate für die neuen Länder ist zu einem großen Teil auf das geringere Gewicht des Heizöls und das höhere Gewicht von Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken im ostdeutschen Verbraucherpreisindex zurückzuführen.

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* für Deutschland ist im Februar 2002 gegenüber Februar 2001 um 1,8% gestiegen. Gegenüber Januar 2002 hat sich der Index um 0,2% erhöht.

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich im Einzelnen folgende Preisveränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen Februar 2002 gegenüber	
	Januar 2002	Februar 2001
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Raffinierte Pflanzenöle	- 4,0	+ 24,6
Fischerzeugnisse	+ 0,5	+ 23,0
Edelmetalle	+ 3,9	+ 14,2
Tabakerzeugnisse	+ 0,2	+ 8,4
Rindfleisch	- 0,6	+ 7,6
Synthetische Spinnfasern	+ 2,5	+ 6,8
Sanitärarmaturen	+ 0,3	+ 5,7
Zentralheizungskessel	+ 1,2	+ 5,6
Pharmazeutische Grundstoffe	- 0,2	+ 5,2
Pkw und Wohnmobile	+ 0,7	+ 2,9
Möbel	+ 0,1	+ 2,9
Nadelschnittholz	- 0,2	- 3,0
Röstkaffee	- 0,3	- 3,5
Schweinefleisch	+ 0,8	- 4,8
Zeitungsdruckpapier	-	- 4,9
Spanplatten	+ 0,5	- 5,5
Elektronische Bauelemente	- 0,1	- 6,4
Butter	- 1,1	- 7,0
Düngemittel und Stickstoffverbindungen	- 0,3	- 7,3
Wellpapier und -pappe	- 0,1	- 7,3
PVC	- 1,1	- 7,5
Gewürze	- 1,3	- 8,8
Synthetischer Kautschuk	- 2,3	- 11,0
Polyethylen	- 0,6	- 13,8
Organische Grundstoffe und Chemikalien	- 2,5	- 15,4
Großhandelsverkaufspreise		
Gurken	- 14,0	+ 83,7
Kartoffeln	- 5,3	+ 57,3
Tomaten	+ 16,2	+ 52,4
Äpfel	+ 2,0	+ 19,2
Lebende Rinder	+ 1,9	+ 18,7
Bananen	+ 16,9	+ 5,1
Rohaluminium und Aluminiumlegierungen	+ 2,0	- 6,9
Getreide	- 0,4	- 7,0
Mineralölerzeugnisse	- 0,1	- 7,8
Rohkupfer und Kupferlegierungen	+ 3,3	- 8,3
Kunststoffe in Primärformen	- 3,5	- 9,4
Schweinefleisch	- 2,0	- 16,9
Leichtes Heizöl	- 1,1	- 19,7
Lebende Schweine	+ 5,4	- 23,6



Dr. Hans-Joachim Haß, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.

Welche Konsequenzen hat die „New Economy“ für die amtliche Statistik?

Am 4. und 5. März 2002 fand in Rom das 17. Seminar des Europäischen Beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (Comité consultatif Européen de l'Information statistique dans les domaines Économique et Social – CEIES) zum Thema „The New Economy – Key Measurement Issues“ statt (siehe auch Bericht in den Kurznachrichten in diesem Heft).

Ähnlich wie im nationalen Bereich der Statistische Beirat soll der durch eine Entscheidung des Rates der Europäischen Union aus dem Jahr 1991 eingesetzte CEIES unter Berücksichtigung des Bedarfs der Nutzer und der den Auskunftgebenden entstehenden Kosten zu den Schwerpunkten der europäischen statistischen Arbeitsprogramme Stellung nehmen. Der Ausschuss setzt sich zusammen aus Vertretern des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), des Ausschusses für Währungs-, Bilanz- und Zahlungsbilanzstatistiken, den Leitern der nationalen statistischen Ämter sowie aus jedem Mitgliedstaat zwei Repräsentanten der verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Gruppen und der Wissenschaft, die für je vier Jahre vom Rat ernannt werden. Einmal jährlich findet eine Vollversammlung des CEIES in Brüssel statt, in der über die laufenden und geplanten Arbeiten berichtet wird und die offiziellen Stellungnahmen abgestimmt werden. Die eigentliche Arbeit des CEIES vollzieht sich in vier Unterausschüssen, die seit 2001 für die Bereiche „Social Statistics“, „Economic and Monetary Statistics“, „Dissemination policy“ und „Innovation“ bestehen.

Ziel der vom CEIES und von Eurostat regelmäßig veranstalteten Seminare ist es, den Dialog von Produzenten und Nutzern von Wirtschafts- und Sozialstatistiken zu fördern, um Verständnis für die unterschiedlichen Interessenlagen zu

wecken, und durch einen breiten Informationsaustausch zur Verbesserung des europäischen statistischen Systems beizutragen.

Als Vertreter der Unternehmen als Datenlieferanten der amtlichen Statistik einerseits und als Nutzer statistischer Informationen andererseits setzte sich Herr Dr. Hans-Joachim Haß vom Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. im Rahmen des diesjährigen Seminars mit den Konsequenzen der „New Economy“ für die amtliche Statistik auseinander. Die Leitthesen seines Beitrags möchten wir unseren Leserinnen und Lesern im Folgenden vorstellen und damit auch zur weiteren Diskussion über dieses aktuelle Thema anregen.

1. Bisher gibt es keine allgemein akzeptierte Definition der so genannten „New Economy“. Wirtschaftswissenschaftler, Vertreter der amtlichen Statistik und Politiker haben große Anstrengungen unternommen, um Bedeutung und Inhalt dieses Phänomens zu erhellen. Dieser Definitionsprozess ist noch nicht abgeschlossen. Weitere Anstrengungen und Diskussionen sind erforderlich, doch gibt es große Zweifel daran, ob die Versuche, zu einer einzigen, allgemein akzeptierten Definition von „New Economy“ zu kommen, von Erfolg gekrönt sein werden. Die Nutzer ebenso wie die Erzeuger von Statistiken zur „New Economy“ werden lernen müssen, mit einem Mangel an Präzision bei ihrer Beschreibung zu leben.
2. Breite Zustimmung hat der Versuch des US Council of Economic Advisers (CEA) gefunden, zu einer Definition der „New Economy“ zu kommen: „This report defines the New Economy by the extraordinary gains in per-

formance – including rapid productivity growth, rising incomes, low unemployment and moderate inflation – that have resulted from this combination of mutually reinforcing advances in technologies, business practices and economic policies.” Im Licht des kürzlich insbesondere in der US-Wirtschaft eingetretenen Abschwungs scheinen Zweifel angebracht, ob eine solche Definition – trotz ihrer breiten Akzeptanz – noch dazu angetan ist, die Anwendung des Begriffs „New Economy“ zu rechtfertigen. Es wird einer längeren Phase der statistischen Beobachtung und dabei insbesondere des Vorliegens kompletter Konjunkturzyklen bedürfen, um die Frage zu beantworten, ob die „New Economy“ wirklich etwas Neues ist.

3. Neben dem Versuch, die „New Economy“ als neues Phänomen auf der Zeitachse zu definieren, hat es Ansätze gegeben, die sie als einen neuen, schnell wachsenden Wirtschaftssektor beschreiben. Aus der Sicht der Industrie sind diese Ansätze irreführend, weil sie einen Unterschied zwischen einer alten und einer neuen Wirtschaft oder – mit anderen Worten – zwischen einer guten und einer schlechten Wirtschaft implizieren. Dies ist weder für die Unternehmen noch für die politischen Entscheidungsträger hilfreich. Insoweit die „New Economy“ mit den neuen IT-Technologien in Verbindung gebracht wird, werden einerseits neue Waren und Dienstleistungen und damit neue Sektoren der Wirtschaft geschaffen oder andererseits diese neuen Technologien in bestehende Waren und Dienstleistungen integriert. Für Deutschland zum Beispiel ist der letztere Aspekt von größerer Bedeutung als der erstere.
4. Angesichts der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen scheint es nur vernünftig zu sein, die „New Economy“ als Anzeichen für einen – im Wesentlichen durch die neuen Informationstechnologien im Verbund mit der Globalisierung der Weltwirtschaft bewirkten – beschleunigten Strukturwandel anzusehen. Daraus definieren sich die Herausforderungen für die amtliche Statistik. Diese sollte den Prozess des Strukturwandels hinreichend genau abbilden. Wenn während dieses Prozesses neue ökonomische Phänomene auftauchen – neue Waren und Dienstleistungen, neue Formen des Geschäftsverkehrs, neue Beziehungen zwischen verschiedenen Wirtschaftssektoren oder Unternehmens-einheiten –, dann muss die amtliche Statistik diese in die statistischen Programme aufnehmen. Wenn sich der Strukturwandel beschleunigt, dann muss die amtliche Statistik neue Methoden und Technologien entwickeln, um mit dem Tempo des Strukturwandels Schritt zu halten.
5. Die Beschleunigung des Strukturwandels, die sich hinter dem Ausdruck „New Economy“ verbirgt, hat zu einem neuen und größeren Datenbedarf bei verschiedenen Gruppen von Nutzern amtlicher Statistiken geführt. So benötigen die Europäische Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten zuverlässiges Datenmaterial für die Umsetzung und die Beobachtung des Lissabon-Prozesses, mit dem Europa versucht, sich zu dem am schnellsten wachsenden und technologisch am weitesten fortgeschrittenen Wirtschaftsraum der Welt zu entwickeln. Die Europäische Zentralbank ebenso wie die Sozialpartner in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union benötigen makroökonomische Daten, um ihre Geld- bzw. Lohnpolitik angemessen gestalten zu können. Heutige amtliche Statistiken rechtfertigen gewisse Zweifel daran, ob sie den Output, die Preise und die Produktivität – sämtlich Indikatoren, die für die Geld- wie für die Lohnpolitik von entscheidender Bedeutung sind – mit hinreichender Genauigkeit messen. Last but not least haben Unternehmen und Verbraucher einen neuen und größeren Datenbedarf, um sich auf den sich rasch verändernden Märkten zurechtzufinden. Wegen dieser Veränderungen im Bedarf der verschiedenen Nutzergruppen sollte die amtliche Statistik den Interessen der Statistiknutzer erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Zwischen den Erzeugern und den Nutzern von Statistiken müssen neue und intensivere Formen des Dialogs entwickelt werden.
6. Für die Wirtschaft sind amtliche Statistiken zur „New Economy“ eine Medaille mit zwei Seiten. Einerseits haben Unternehmen und Verbände einen Bedarf an Detailinformationen zu allen einschlägigen Aspekten des Strukturwandels. Andererseits sind die Unternehmen selbst verpflichtet, Rohdaten für die offizielle Statistik bereitzustellen. Je größer die geforderte Detailtiefe und je höher die Frequenz der statistischen Erhebungen ist, je häufiger Veränderungen an den statistischen Verfahren und Klassifikationen vorgenommen werden, desto höher sind die den Unternehmen entstehenden Kosten. Die amtliche Statistik ist für einen großen Teil des bürokratischen und administrativen Aufwandes der Unternehmen – ein Problem, das für kleine und mittlere Unternehmen von besonderer Bedeutung ist – verantwortlich. Daher muss ein Kompromiss zwischen den Datenanforderungen und den den Unternehmen durch die statistische Auskunftspflicht entstehenden Kosten gefunden werden. Nicht jeder Aspekt der „New Economy“, der für politische Entscheidungsträger oder Wissenschaftler möglicherweise von Interesse ist, muss durch die amtliche Statistik abgedeckt werden.
7. Der beschleunigte Strukturwandel, der hinter dem Begriff „New Economy“ steht, ist von seinem Charakter her ein internationales Phänomen. Daher ist die Vergleichbarkeit der amtlichen Statistiken von entscheidender Bedeutung, sowohl für die amtliche Statistik selbst als auch für alle ihre Nutzer. Am besten geeignet für die Entwicklung der entsprechenden Definitionen und Methoden scheint die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zu sein. Was Europa angeht, so ist ein „Top-to-bottom“-Ansatz bei Eurostat einem „Bottom-up“-Ansatz vorzuziehen, bei dem die einzelnen europäischen Staaten versuchen, die „New Economy“ in ihre nationalen Statistiken zu integrieren, die dann von Eurostat harmonisiert werden müssen.
8. Ein Bereich der amtlichen Statistik, der stark von der „New Economy“ beeinflusst wird, sind die Klassifikationen. Im Prozess des technologischen Wandels werden neue Waren und Dienstleistungen und somit neue Sek-

toren geschaffen, die in die verschiedenen Klassifizierungssysteme integriert werden müssen. Neben diesem Erweiterungsfaktor gibt es ein weiteres Phänomen, das von großer Bedeutung für die Klassifikationen ist. Die Beziehungen und Verbindungen zwischen den verschiedenen Sektoren der Wirtschaft werden im Laufe der Zeit immer enger. Bis zu einem gewissen Grade verwischen auf diese Weise die Grenzen zwischen den einzelnen Sektoren. Für die amtliche Statistik bedeutet dies eine doppelte Herausforderung: Sie muss einerseits die Klassifikationen erweitern und vertiefen und andererseits zuverlässige Angaben zu den engeren Verbindungen zwischen den einzelnen Sektoren der Wirtschaft liefern. Wegen der Beschleunigungseffekte der „New Economy“ sollten die Klassifikationen häufiger überprüft werden. Darüber hinaus sollte es in der Zeit zwischen größeren Erhebungen Gelegenheit für kleinere Korrekturen geben.

9. Die Beschleunigung des Strukturwandels in der aufkommenden „New Economy“ führt zu höheren Anforderungen an die Aktualität der statistischen Daten. Märkte, Technologien und Verbraucherverhalten unterliegen sehr schnellen Veränderungen. Um sich in einem solchen Umfeld orientieren zu können, müssen die richtigen Daten so früh wie möglich vorliegen. Anderenfalls werden die Daten obsolet. Für die amtliche Statistik heißt dies, dass ein neues Gleichgewicht zwischen der Aktualität der Daten und anderen Merkmalen wie Vollständigkeit, regionale Tiefe u. a. gefunden werden muss. Neue elektronische Verfahren zur Gewinnung und Bearbeitung der Daten, neue internetbasierte Kommunikationsstrukturen zwischen den Erzeugern und den Nutzern von Statistiken, die verstärkte Verwendung von Stichproben- und Ad-hoc-Erhebungen sowie eine engere Zusammenarbeit mit privaten Lieferanten statistischer Daten können der amtlichen Statistik bei ihren Bemühungen helfen, die Aktualität der Indikatoren zu verbessern.
10. Bei den Ressourcen, die der amtlichen Statistik heute zur Verfügung stehen, scheint es nicht möglich, alle aus der „New Economy“ kommenden neuen Anforderungen zu erfüllen, ohne dass dadurch die nach wie vor vorhandenen alten Anforderungen an die Statistik vernachlässigt werden. Das Aufkommen der „New Economy“ hat nicht zum Verschwinden anderer statistisch wichtiger Phänomene geführt. Dies bedeutet auf der einen Seite, dass die amtliche Statistik alle Möglichkeiten ausschöpfen muss, um ihre Ressourcen besser zu nutzen und ihre eigene Produktivität zu steigern. Auf der anderen Seite jedoch muss die amtliche Statistik ihren Blick auf diejenigen Gebiete und Indikatoren richten, die bei den Nutzern die größte Aufmerksamkeit finden. Dies ist im Wesentlichen eine politische Frage. Nicht selten aber verbinden politische Entscheidungsträger Kürzungen bei den für die Statistik vorgesehenen Finanzmitteln mit einer Erhöhung der Anforderungen an die Daten – rechtzeitig und in Bestqualität. Doch liegt der Kern einer politischen Entscheidung nicht in der Maximierung des „Output“ bei gleichzeitiger Minimierung des „Input“, sondern im Setzen von Prioritäten. Eine relevante Frage in diesem Kontext ist die nach der weiteren Notwendigkeit der heutigen Detaildichte in der Agrarstatistik. [\[1\]](#)



ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Statistik und politisches Monitoring in Europa	2	89
Rechtliche Rahmenbedingungen der amtlichen Statistik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	2	96
Wirtschaftsstatistische Einzeldaten für die Wissenschaft	2	101
Datenqualität und Datenprüfungen	2	110
Der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus	1	26
Das derzeitige System der Erwerbstatistiken	3	165
Jahreserhebung im Handel erstmals auf der Basis der EU-Strukturverordnung	1	48
Auswirkungen der Änderungen des Harmonisierten Systems auf das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	1	56
Außenhandel mit Hochtechnologieprodukten	2	116
Zum Einfluss des Euro auf die Preisentwicklung in Deutschland	3	182
Die Lohnverteilung in Haushaltsdatensätzen und in amtlich erhobenen Firmendaten	3	209
Bevölkerung		
Der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus	1	26
Erwerbstätigkeit		
Das derzeitige System der Erwerbstatistiken	3	165
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 2001	1	39
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Jahreserhebung im Handel erstmals auf der Basis der EU-Strukturverordnung	1	48
Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 2001	3	189
Entwicklung im Großhandel im Jahr 2001	3	195

	Heft	Seite
Außenhandel		
Auswirkungen der Änderungen des Harmonisierten Systems auf das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	1	56
Außenhandel mit Hochtechnologieprodukten	2	116
Der deutsch-polnische Außenhandel im Kontext der EU-Osterweiterung	3	201
Gesundheitswesen		
Letztmalig Ergebnisse der amtlichen Statistik zu meldepflichtigen Krankheiten für das Berichtsjahr 2000	1	61
Sozialleistungen		
Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 2000	2	123
Löhne und Gehälter		
Die Lohnverteilung in Haushaltsdatensätzen und in amtlich erhobenen Firmendaten	3	209
Preise		
Zum Einfluss des Euro auf die Preisentwicklung in Deutschland	3	182
Preisentwicklung im Jahr 2001	1	67
Preise im Januar 2002	2	139
Preise im Februar 2002	3	222
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Bruttoinlandsprodukt 2001	1	13
Gastbeiträge		
Welche Konsequenzen hat die „New Economy“ für die amtliche Statistik?	3	227
Die Lohnverteilung in Haushaltsdatensätzen und in amtlich erhobenen Firmendaten	3	209
Historische Aufsätze		
Internationaler Statistischer Congress in Berlin	2	144

Neuerscheinungen¹⁾ vom 23. Februar 2002 bis 22. März 2002

● Zusammenfassende Veröffentlichungen		EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, Februar 2002	10,85	
Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft, November 2001	6,75	
Verkehr aktuell, Februar 2002	7,70	
Schriftenreihe „Beiträge zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“, Band 10: „Makroindikatoren des Umweltzustandes“	25,-	
● Fachserien		
Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit		
Reihe 4.2.1 Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1999	12,15	
Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten		
Reihe 5 Gewerbeanzeigen, November 2001	2,60	
Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Heft 2 Landwirtschaftszählung 1999: Betriebe und Arbeitskräfte in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 1999	6,75	
Reihe 1 Ausgewählte Zahlen für die Agrarwirtschaft 2001	15,75	
Reihe 4.2.1 Schlachtungen und Fleischerzeugung, 4. Vierteljahr und Jahr 2001	6,75	
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe		
Reihe 2.1 Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe, Dezember 2001	5,50	
Reihe 2.2 Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indizes –, Dezember 2001	13,65	
	Januar 2002	13,65
Reihe 8.1 Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau, eisenschaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei), Januar 2002	5,50	
Reihe 8.1 Februar 2002 (Vorbericht)	1,70	
Reihe 8.2 Düngemittelversorgung, 4. Vierteljahr 2001	2,60	
Fachserie 6: Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Reihe 1.1 Beschäftigte und Umsatz im Großhandel (Messzahlen), Dezember und Jahr 2001	5,50	
Reihe 3.1 Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel (Messzahlen), Dezember und Jahr 2001	4,35	
Fachserie 8: Verkehr		
Reihe 2 Eisenbahnverkehr, November 2001	4,35	
Reihe 4 Binnenschifffahrt, Oktober 2001	5,50	
Reihe 5 Seeschifffahrt, 3. Quartal 2001	4,35	
Reihe 7 Verkehrsunfälle, November 2001	5,50	
Fachserie 10: Rechtspflege		
Reihe 4.1 Strafvollzug – Demographische und kriminologische Merkmale der Strafgefangenen am 31.3.2001	4,35	

Fachserie 14: Finanzen und Steuern		EUR [D]
Reihe 3.3 Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte 1999	15,75	
Reihe 4 Steuerhaushalt, 3. Vierteljahr 2001	5,50	
Reihe 9.2.1 Absatz von Bier, Januar 2002	1,70	
Reihe 9.2.2 Brauwirtschaft 2001	2,60	

Fachserie 15: Wirtschaftsrechnungen		
Heft 3 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998: Konsumausgaben privater Haushalte für Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren	18,15	

Fachserie 16: Löhne und Gehälter		
Reihe 2 Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe (Vorbericht), Oktober 2001	2,15	
Reihe 2.1 Arbeitervergdienste im Produzierenden Gewerbe, Juli 2001	15,75	
Reihe 2.1 Oktober 2001	15,75	
Reihe 2.2 Angestelltenverdienste im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe, Juli 2001	15,75	
Reihe 2.3 Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe, Juli 2001	5,50	
Reihe 2.3 Oktober 2001	5,50	
Reihe 4.3 Index der Tariflöhne und -gehälter, Oktober 2001	7,70	

Fachserie 17: Preise		
Reihe 2 Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise) 2001	10,50	
	Januar 2002	5,50
Reihe 6 Index der Großhandelsverkaufspreise 2001	6,75	
Reihe 6	Januar 2002	4,35
Reihe 7 Preisindizes für die Lebenshaltung, Januar 2002	10,50	
Reihe 7	Februar 2002 (Eilbericht)	2,15
Reihe 8 Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr, Dezember 2001	9,10	
Reihe 8	Januar 2002	9,10
Reihe 11 Preise und Preisindizes im Ausland, Januar 2002	5,50	

Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Reihe 3 Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung, 4. Vierteljahr 2001	6,75	

● Elektronische Veröffentlichungen		
Außenhandel nach Waren und Ländern, Dezember und Jahr 2001 (Vorläufige Ergebnisse) (CD-ROM)	25,05	

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt. Der Kalender kann unter der Internetadresse www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm abgerufen werden.

¹⁾ Zu beziehen durch den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung: SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Telefon (0 70 71) 93 53 50, Telefax (0 70 71) 93 53 35. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.